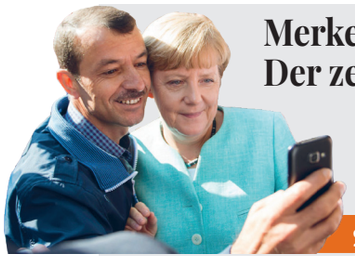


Merkels Deutschland: Der zentraleuropäische Magnet der Massenmigration

Um ihr Ziel der Masseneinwanderung durchzusetzen, schreckt die Bundesregierung nicht einmal vor Rechtsbruch zurück.

Seite 32

George Soros: Finanzier der Migrations-Infrastruktur

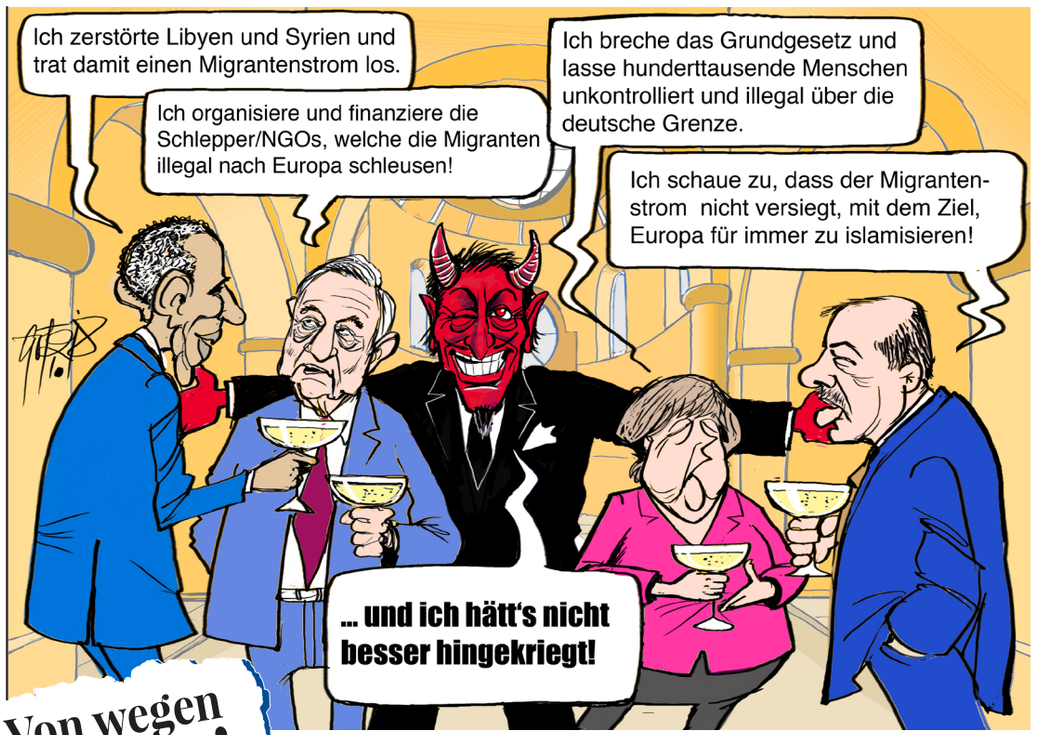
Der Milliardär schuf mit riesigen Geldspenden an NGOs die Infrastruktur, um den Schleppern den Weg nach Europa zu öffnen.

Seite 23

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 14, Februar 2018

Jetzt abonnieren - Seite 2



Von wegen Krise!

Massenmigration

Seit Jahrzehnten geplant und umgesetzt

Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat «Flüchtlingskrise» verpasst, was suggerierte, dass unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer «Krise» zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger aus UN, EU und Pentagon seit Jahrzehnten offenherzig artikulieren.

Die Muslimbruderschaft: Weltherrschaft des Islam durch Migration

Die Muslimbruderschaft setzt offen darauf, die Weltherrschaft des Islam durch Migration zu erreichen.

Seite 37

UN und EU: Die Auflösung monokultureller Staaten auf dem Weg zur Weltregierung

EU und UN machen keinerlei Hehl aus ihren Plänen zur Völkervermischung.

Seite 8

Von der «Islamisierung» über die Revolution zur Invasion

Wird es auf dem Höhepunkt ethnosozialer Unruhen zu einer russischen Invasion Europas kommen?

Seite 49

Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption (Anm: unvermischte Völker) zu bekämpfen, was seit Jahrzehnten auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte [...] Nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.»

Sérgio Vieira de Mello (†), ehemaliger UN-Hochkommissar für Menschenrechte

Die Philosophin Ayn Rand sagte einmal: «Man kann die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.» Besser kann man kaum zusammenfassen, was einer Bevölkerung droht, die sich an die kollektive Leugnung von Problemen und Missständen gewöhnt hat. Je länger man die Realität verleugnet oder verdrängt, umso verheerendere Konsequenzen wird dieses «Kopf in den Sand stecken» nach sich ziehen. Weite Teile Europas– insbesondere Deutschland – scheinen zutiefst von dieser Art wirklichkeitsfremden Denkens durchdrungen zu sein. Allen Fakten zum Trotz wird die Politik der offenen Grenzen und die unkritische «Willkommenskultur» immer noch von der Mehrheit mit Wohlwollen oder zumindest schuldbewusster Verantwortlichkeit betrachtet.

Doch wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass Immigration zwar für jedes Land bereichernd sein KANN (sofern sie selbstbestimmt ist), doch uns in der Art, wie sie momentan stattfindet, langfristig in ein Chaos gigantischen Ausmasses führen wird. Die sprunghaft in die Höhe geschossene Anzahl an Gewaltverbrechen und Vergewaltigungen in Ländern wie Deutschland und Schweden zeigt deutlich, in welch katastrophale Richtung sich das Abendland zubewegt. Wie bereits in der vorangegangenen Ausgabe erläutert, wird die Eskalation der ethnischen und kulturellen Konflikte nur noch vom sozialstaatlich garantierten, materiellen Wohlstand verhindert. Dieser schwindet jedoch ebenso nachhaltig wie die Geburtenrate der europäischen Heimatbevölkerung. Wenn die breite Masse gegenüber diesen drängenden Missständen weiterhin die Augen verschliesst, wird sie sich schon bald in einer äusserst ungemütlichen Bürgerkriegssituation wiederfinden, die sie schmerzhaft aus ihrer Illusion von «Weltoffenheit und Toleranz» herausreisst und auf die sie weder mental, materiell noch physisch vorbereitet sein wird.

Auch ist es an der Zeit, zu realisieren, dass die politische Klasse mit aller Kraft auf die «Vermischung der Völker» und die Ersetzung der westlichen Heimatbevölkerung durch Migranten der dritten Welt hinarbeitet und dies auch seit Jahrzehnten öffentlich bekräftigt. Warum unsere Medien diese wirren und oft durchaus rassistischen Bekenntnisse der Eliten «lauthals» totschweigen und konsequent ignorieren, dürfte mittlerweile klar sein. So findet nirgends eine grossflächige Diskussion zu den Hintergründen und Planungen statt, die genau die Szenarien seit Jahren ankündigen, mit denen Europa heute zu kämpfen hat. Auch die offenkundigen Verbindungen zwischen verbrecherischen politischen Entscheidungen wie der Bombardierung Libyens, der Kürzung der Hilfsgelder in UN-Flüchtlingslagern 2014, Merkels Öffnung der Grenzen usw. und der mit ihnen gezielt in die Wege geleiteten Massenmigration nach Europa wird niemals in übergeordnetem Zusammenhang thematisiert und kritisiert! Und so sieht die Mehrheit der Menschen in ihrer illusorischen Wahrnehmung nichts weiter als eine vorübergehende und gleichfalls gar selbstverantwortete «Flüchtlingskrise», bei deren Bekämpfung man nun fleissig und schuldbewusst gemeinsam anpacken muss. Dass es sich bei dieser sogenannten «Flüchtlingskrise» in der Realität um nichts geringeres als ein von langer Hand geplantes Projekt zur Auflösung der heimischen Bevölkerung handelt, wird in dieser Ausgabe dutzendfach belegt und kann von jedem nachgeprüft werden!

Gebrauchen wir unsere Augen zum Sehen, statt später zum Weinen!

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08 / info@expresszeitung.com
Website	www.ExpressZeitung.com
Erscheinung	12 x jährlich im Abonnement
Abo-Preis	Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Bestellung	Tel +41 61 511 45 08 / abo@expresszeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / Gerhard Wisnewski *(gw)* redaktion@expresszeitung.com
Gastautoren	Jeder Autor haftet für seine Aussagen selber.
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	März 2018

Jetzt abonnieren!

Nr. 4

Nr. 5

Nr. 6

Nr. 7

Nr. 8

Nr. 9

Nr. 10

Nr. 11

Nr. 12

Nr. 13

Das Abo kann auch rückwirkend ab Nr. 1 bestellt werden!

Online-Bestellung: www.ExpressZeitung.com
Jahresabo mit 10 Ausgaben:
Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-

Thema der Ausgabe:

Von wegen Krise! – Massenmigration von langer Hand geplant

Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat «Flüchtlingskrise» verpasst, was suggerierte, dass unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer «Krise» zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger aus UN, EU und Pentagon seit Jahrzehnten offenherzig artikulieren.

4

Geopolitik

Flüchtlingskrise oder geplanter Bevölkerungsaustausch?

Die Beweislage für eine künstlich und bewusst herbeigeführte Migrationswelle ist erdrückend. Dennoch glaubt die breite Masse bis heute an den modernen Mythos einer «humanitären Krise» aus dem Nichts. 4

UN und EU: Die Auflösung monokultureller Staaten auf dem Weg zur Weltregierung

Bereits weitgehend über nationale Interessen hinweg entscheidende Eine-Welt-Organisationen wie EU und UN machen keinerlei Hehl aus ihren Plänen zur Völkervermischung. 8

USA: Migration als Hegemonialstrategie für Europa

Das US-Pentagon zog in seinen Strategiepapieren den Import kulturfremder Bevölkerungsteile in ein gegnerisches Aufnahmeland in Betracht, um dieses zu schwächen und zu destabilisieren. Wird die US-«Migrationswaffe» heute gegen Europa eingesetzt? 15

George Soros: Finanzier der Migrations-Infrastruktur

Der Milliardär George Soros schuf mit seinen riesigen Geldspenden an NGOs die Infrastruktur, die den Schleppern den Weg nach Europa öffnete. 23

Merkels Deutschland: Der zentraleuropäische Magnet der Massenmigration

Den Verlautbarungen Dutzender Politiker für mehr Einwanderung liess Angela Merkel im September 2015 die Entscheidung folgen, Ausländer, die ohne Aufenthaltstitel die Grenze überschreiten wollten, nicht aufzuhalten. 32

Die Muslimbruderschaft: Weltherrschaft des Islam durch Migration

Fernab der Aufmerksamkeit der Leitmedien setzt die in islamischen Ländern tonangebende Muslimbruderschaft offen darauf, die Weltherrschaft des Islam durch Migration zu erreichen. 37

Von der «Islamisierung» über die Revolution zur Invasion

Wird es auf dem Höhepunkt ethnosozialer Unruhen zu einer russischen Invasion Europas kommen? Es ist bemerkenswert, dass sich die Streitkräfte Russlands seit Jahren genau auf ein solches Szenario vorbereiten. 49

Migration

Flüchtlingskrise oder

- Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat «Flüchtlingskrise» verpasst, was suggerierte, dass unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer «Krise» zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger seit Jahren offenherzig artikulieren.
- Allen voran sind es die bereits weitgehend über nationale Interessen hinweg entscheidenden Eine-Welt-Organisationen wie EU und UN, deren Funktionsträger keinerlei Hehl aus ihren Plänen zur Völkervermischung machen. U.a. wird hier davon gesprochen, «die Homogenität der Völker» zerstören zu wollen, «monokulturelle Staaten» auszuradieren oder eine «Replacement Migration» (Bevölkerungsaustausch durch Migration) herbeizuführen.
- Das US-Pentagon zog in seinen Strategiepapieren den Import kulturfremder Bevölkerungsteile in ein gegnerisches Aufnahmeland in Betracht, um dieses zu schwächen und zu destabilisieren. Die US-Professorin Kelly M. Greenhill erklärte bereits 2008, wie Massenmigration als Waffe – möglicherweise heute von den USA gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten Europa - eingesetzt werden kann. Fakt ist, dass die USA durch die Zerstörung Libyens und Syriens die Bevölkerungsströme nach Europa erst möglich machten.
- Der Milliardär George Soros schuf mit seinen riesigen Geldspenden an NGOs die Infrastruktur, die den Schleppern den Weg nach Europa öffnete. Seine NGOs arbeiten mit den Schleppern zusammen und schleusen illegal hunderttausende Menschen nach Europa. Dafür wurden sie von der europäischen Politik jedoch nicht bestraft, sondern sogar teilweise gelobt.
- Zuwanderung gilt für die deutsche Bundesregierung seit Jahren als bester Weg, um den «demografischen Wandel» zu bekämpfen. Den Verlautbarungen Dutzender Politiker für mehr Einwanderung liess Angela Merkel im September 2015 die Entscheidung folgen, die Bundespolizei direkt anzuweisen, Ausländer, die ohne Aufenthaltstitel die Grenze überschreiten wollten, nicht aufzuhalten. Ein klarer Rechtsbruch, der bis heute nicht geahndet wurde.
- Fernab der Aufmerksamkeit der Leitmedien setzt die in islamischen Ländern tonangebende Muslimbruderschaft offen darauf, die Weltherrschaft des Islam durch Migration zu erreichen. Aufgrund der militärischen Unterlegenheit muslimischer Staaten wird deren hohe Geburtenrate genutzt, um mit Millionen Immigranten den Islam nach Europa zu tragen. Sicher nicht zufällig, wie es zahlreiche Verbindungen der Muslimbruderschaft zum westlichen Establishment andeuten, wird diese friedliche Invasion mitorganisiert von den Globalstrategen in Brüssel, in der UN, im Pentagon und in Soros' NGOs.

Zweifellos: Die Mehrheit der zahlreichen Freiwilligen aus der deutschen Bevölkerung, die sich zu Beginn der Migrationskrise im September 2015 an den Bahnhöfen aufreihten, hatte nichts als gute Absichten und verfolgte das hehre Ziel, in Not geratenen Menschen, so gut es ihnen möglich war, zu helfen. Gefühle können jedoch auch zielstrebig benutzt werden, für ein Geschäft, für eine Agenda; gerade in der Politik, wo längst nicht alles so ist, wie es scheint; wo vieles, allzu vieles anscheinend gemacht wird; auch in der sogenannten «Flüchtlingskrise».

Zu einer Art geführtem Opfer wurden gerade zu Beginn der von Medien und Politik so genannten «Flüchtlingskrise» all jene, die dachten, die vonstattengehende Bevölkerungsverschiebung nach Europa sei auf plötzliche heftige Änderungen in den Unwägbarkeiten des Weltgeschehens (Krisen, Kriege, Hunger) zurückzuführen. Sicher, die Mainstreammedien behaupteten das; sie tun es bis heute. Sie suggerieren, dass Hungersnöte oder Kriege die aktuelle Massenmigration in Gang gesetzt hätten, doch diese Deutung weckt Zweifel.

Erstens gab es im afrikanisch-arabischen Raum schon immer Kriege und Hungersnöte, ohne dass es dabei auch nur ein einziges Mal zu einem Exodus Richtung Europa gekommen wäre. Und zweitens stammt der Löwenanteil des seit 2015 in die Millionen gehenden Wanderungsstroms weder aus Kriegs- noch aus Hungergebieten. Dieses Narrativ hat sich damit zwar prinzipiell erledigt, es wird aber trotzdem immer wieder aufs Neue erzählt und auch von dem, einem einseitigen Nachrichtenstand ausgesetzten, Mainstreammedien-Konsumenten immer wieder aufs Neue geglaubt.

Für das zahlenseitig eher übersichtliche Klientel der Querdenker legte die Grosspresse wiederum über alle politischen Affinitäten hinweg eine zweite Theorie für das historische Wanderungsphänomen nach. Demnach hätten die Menschen der Dritten Welt erst durch die Vernetzung im Internet von den Reichtümern und Vorteilen Europas erfahren, von denen sie jetzt mit einem Schlag magisch angezogen würden. Doch kann man das glauben? TV und Kino hat es laut dieser Erklärung weder in den 50er-Jahren, noch in den 60er-, noch in den 70er-, noch in den 80er-, noch in den 90er-Jahren gege-

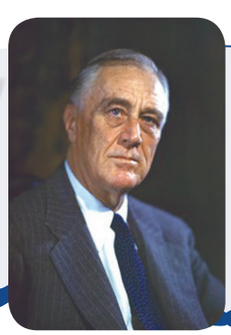


Foto: FDR Presidential Library & Museum

In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war.»

Franklin D. Roosevelt (†), früherer US-Präsident

geplanter Bevölkerungsaustausch?

ben, auch nicht im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, jedenfalls nicht in Afrika. Ausserdem müssten der genannten Erklärung zufolge hunderttausende nach dem Zweiten Weltkrieg in die Länder ihrer französischen, belgischen, spanischen, portugiesischen und englischen Kolonialherren gezogene Drittweltbürger ausnahmslos blind gewesen sein. Sie hatten demnach wohl auch allesamt keinen Telefonanschluss, Briefe schreiben war ihnen gleich ganz verboten, das Medien- und Informationszeitalter begann also erst mit der Erfindung von Facebook.

Auch diese Erklärung des Migrationsphänomens, für die sich tatsächlich Journalisten und Wissenschaftler hergeben, ist das, was der Amerikaner salopp mit dem Kürzel «BS» bezeichnet: Bullshit. Trotzdem wird auch dieses wirre Gedankenkonstrukt regelmässig von respektablen Geistesgrössen über den politischen und medialen Ladentisch gereicht.

Flüchtlinge aus Syrien oder wohlernährte, wehrfähige Männer aus Afrika?

Es gibt noch weit mehr Realitätsverzerrungen, die uns von oben zugemutet werden: Einige «Best ofs» gefällig? Bitte schön:

Erstens übersah die Volksvertreterschaft mitsamt der ihr angeblich als kritisches Korrektiv übergestellten Mediengewalt lange Zeit, dass die meisten Ankömmlinge schon sehr bald keine Syrer mehr waren, sondern waschechte Schwarzafrikaner, was allein schon wegen der Hautfarbe schnell hätte auffallen müssen. Allein das Narrativ «Hier kommen Verfolgte aus dem syrischen Kriegsgebiet» wurde noch Wochen, ja Monate weiterverfolgt.

Zweitens musste das Erscheinungsbild des anziehenden Trosses auch aus einem anderen Grund auffallen, denn es entsprach nur wenig dem, was man sich landläufig unter bedürftigen Verfolgten vorstellt. Mit den ausgemergelten Vertriebenen, die gegen Kriegsende 1945 in Deutschland ankamen, hatte es schon überhaupt nichts zu tun. Was man stattdessen sah, waren wohlerhaltene Männer, die zum Teil sogar bei der Durchreise in Budapest zugereichte Lunchpakete zurück auf die Bahngleise warfen. Weder Politiker noch Medienvertreter sahen irgendeinen Anlass, diese Logikschieflage zur Sprache zu bringen.

Verbalisiert wurde ebensowenig drittens die Tatsache, dass es sich bei den Ankommenden weniger um Familien, sondern vielmehr bei 70–80% um junge Männer handelte. Angesichts des weit gestreuten Mediennarrativs, dass diese Migranten einer Leib- und Lebensbedrohung entkommen waren, stellt sich automatisch die Frage, wie die Geflüchteten ihre Frauen und Kinder in der behaupteten Notlage zurücklassen konnten. Ebendiese Frage wurde aber weder von Politikern noch von Pressevertretern aufgeworfen. Im Gegenteil: Die Medien verzerrten die Realität, indem sie ihre Bildberichte gerade auf Frauen und Kinder fokussierten, mit denen sich auch Politiker gern ablichten liessen.

Ein weiterer, nie behandelter Widerspruch liegt viertens im wehrfähigen Alter jener Männer, die im ersten Migrationsschub aus Syrien kamen. Warum kämpften diese nicht in ihrer Heimat gegen den IS, der die Katastrophe erst ausgelöst hatte? Warum liessen sie russische und europäische Soldaten den Job machen?

Fünftens: Wie können Politik und Medien bei Menschen, die um die halbe Welt, durch zig friedliche Länder zu uns reisen, immer noch von «Schutzsuchenden» sprechen? Sind die Türkei, Griechenland, Serbien, Kroatien, Ungarn und Italien neuerdings ungeschützte Kriegsgebiete? Sie sind es natürlich nicht, was zeigt, dass die Migranten nicht in erster Linie ihr Leben in Sicherheit bringen wollten, sondern zumindest auch von wirtschaftlichen Motiven geleitet waren. Sie «hörten auf, Flüchtlinge zu sein, als sie kein Interesse daran zeigten, sich nach Ankunft im ersten sicheren Land im Asylregister einzutragen», so schrieb völlig korrekt die Washington Times am 18. November 2015. Einen solchen Satz suchte man in der deutschen Mainstreampresse bisher vergebens.

Bemerkenswert ist ebenfalls sechstens, dass zu Beginn der Welle alle Medien und Politiker, die Neuankömmlinge als gut ausgebildete, hochmotivierte marktfähige Abituri-

Die frenetisch jubelnden Deutschen, die die neuen Bewohner an den Bahnhöfen willkommen hiessen, machten sich unwissend zu nützlichen «Bauern» in einem perfiden Schachspiel von globalen Strippenziehern.

Das moderne Lexikon	
Afrika	Das Zuhause der Afrikaner
Arabien	Das Zuhause der Araber
Asien	Das Zuhause der Asiaten
Indien	Das Zuhause der Inder
Israel	Das Zuhause der Juden
Mexiko	Das Zuhause der Mexikaner
Europa	Schmelztiegel der Diversität; sozialstaatliches Wohlfühlparadies für jeden, der kommen will

Das Erscheinungsbild der sogenannten «Flüchtlinge» entsprach nur wenig dem, was man sich landläufig unter bedürftigen Verfolgten vorstellt. Zum Teil warfen die wohlerhaltenden Ankommenden die bei der Durchreise in Budapest zugereichten Lunchpakete zurück auf die Bahngleise.

Seite 5

enten, Ärzte und sonstige dringend benötigte Facharbeiter vorstellten. Für diese kühne Behauptung gab es aber nicht den Hauch eines Anhaltspunktes. Im Gegenteil musste von Anfang an in Rechnung gestellt werden, dass – und das ist inzwischen belegt – der grösste Teil der vermeintlichen Wirtschaftsbeglücker keine höhere Schul- oder Berufsausbildung hat. Zu einem grossen Teil haben wir es hier sogar mit Analphabeten zu tun, die die Schriftssprache nicht einmal in ihrer Muttersprache beherrschen und daher völlig ungeeignet für den deutschen Arbeitsmarkt sind.

Inkompetenz oder Planung?

All das wusste man höheren Orts und sponn sich das genaue Gegenteil zusammen: Die Haltlosigkeiten der von oben ins Wahlvolk herabtransportierten «Wahrheiten» lag von Anfang an dermassen auf der Hand, dass sie eigentlich bereits von Halbwüchsigen durchschaut werden konnte.
Dass sich gefeierte und mit Ehrungen überhäufte Politiker und Journalisten an ihnen vergreifen, erscheint somit schwer fassbar. Die Elite des Abendlands ein Haufen von realitätsblinden Vollidioten? Der vielfach in ihrer speziellen Echokammer sitzenden Presselandschaft mag man einiges zutrauen, vielleicht auch einem Teil der weltfremden Berufspolitiker? Aber auch die anderen? Gleich alle? Sozial- und Christdemokraten? Durchweg jede Tageszeitung von FAZ bis taz? Frau Merkel? Herr Gabriel? Klaus Kleber, Zamperoni und wie sie sonst noch alle heissen? Alle, die die gleichen windigen Pro-Asyl-Erklärungen von sich geben, sie alle irren nur?

In der Tat erstaunlich. Auch dass all unsere Denker unisono bei ein und demselben Thema schwach werden. Parteipolitiker und konkurrierende Zeitungsredaktionen aller Couleur, deren Beruf es gerade ist, verschiedene und gegensätzliche Meinungen abzubilden, werden allesamt über Nacht blind? Und sie ticken auf einmal alle im Gleichtakt? Wo gibt es denn sowas? Ja, wo bitte?

Die Drahtzieher der Massenmigration

Wer es zu dieser Frage hin geschafft hat und wer ehrlich an einer Antwort interessiert ist, dem soll dieser Wunsch im Folgenden erfüllt werden. Hatten sich die vorhergegangenen zwei Ausgaben auf eine Zustandsbe-

rung gewesen. Die Folgen sehe man heute: «Eine beispiellose Vergiftung der Gesellschaft und einen Vertrauensverlust gegenüber den Eliten und den im Bundestag vertretenen Parteien.»

Den Medien und damit auch sich selbst warf er vor: «Ohne Not haben wir uns wieder dem Verdacht ausgesetzt, wir würden mit den Mächtigen unter einer Decke stecken, wir würden so uniform berichten, als seien wir gesteuert; wir würden die Sorgen und Ängste der Menschen ignorieren, die nicht selbst zur Flüchtlingshilfe oder zur politischen Klasse gehören.»

Quelle: Epoch Times, «Zeit»-Chefredakteur: Medienberichte in Flüchtlingskrise «zu uniform» – «beispiellose Vergiftung der Gesellschaft» mitverursacht, 19.09.2016

Der ZEIT-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo entschuldigte sich öffentlich für die unkritische Berichterstattung während der Asylkrise.
Foto: Moritz Kosinsky / Wikipedia

Die ZEIT gesteht Fehler bei Berichterstattung über Merkels Grenzöffnung ein – Ein Jahr zu spät

Exemplarisch für den einheitlichen Lobgesang der deutschen Gesamtpresse für Angela Merkels «alternativlose» Politik der offenen Grenzen im Sommer 2015 steht eine Titelseite der ZEIT, welche die neuen Deutschen damals «Willkommen» hiess. Ein Jahr später, im September 2016, räumte Giovanni di Lorenzo, der Chefredakteur der ZEIT, ein, dass es sich beim unkritischen Verhalten der Leitmedien um «eine historische Panne» gehandelt habe.

Kanzlerin Merkel habe damals gesagt, es werde sich um eine «Ausnahme» handeln. Doch aus der Schliessung der Grenzen wurde dann nichts mehr, weil die Aktion bereits einen Sog ausgelöst hatte, «den die Nachrichten und Bilder aus Deutschland ausgeübt hatten». «All das hätten wir von Anfang an beschreiben und analysieren können», so di Lorenzo. Aber: «Wir waren zumindest in der Anfangszeit geradezu beseelt von der historischen Aufgabe, die es nun zu bewältigen galt».

«Damit einher ging die Missachtung der Ängste in der Bevölkerung», so di Lorenzo. Noch problematischer sei «die kritiklose Übernahme» der Erklärungen der Bundesregie-

schreibung beschränkt – der erzwungenen Förderung des Multikulturalismus in westlichen Gefilden, einhergehend mit der Sabotage seit Jahrhunderten gewachsener Familienstrukturen – widmen wir uns in dieser Ausgabe dem Beweis dessen, was die bereits genannten Tatsachen schon erahnen lassen: Dass die prekäre Mischung aus sinkenden Geburtenraten und Massenmigration keinen unerwarteten Missstand darstellt, den wir der Inkompetenz unserer Politiker zu verdanken haben; sondern vielmehr, dass die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die höchste Entscheidungsträger seit Jahren offenherzig artikulieren.

Tatsächlich entspricht die geradezu selbstzerstörerische Politik der Dekulturalisierung, Islamisierung und Auflösung aller stabilisierenden gesellschaftlichen Strukturen dem Willen höherer geopolitischer Institutionen, was von diesen nicht einmal verschleiert wird. Die Karten wurden in diesem Fall längst auf den Tisch gelegt: Wäre die Frage nach den Hauptverantwortlichen für die Massenmigration nach Europa ein Kriminalfall, es müsste keinerlei Ermittlung mehr eingeleitet werden, da die Drahtzieher ihr Geständnis bereits entweder vor Kameras oder in offiziellen Planungsdokumenten verewigt haben. Dabei ist der am 21. März 2000 auf der Website der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen veröffentlichte Plan der «Replacement Migration» (Bevölkerungsaustausch durch Migranten) nur die Spitze eines riesigen Eisbergs: Ungewählte und zentralistische Eine-Welt-Organisationen wie UN und EU, deren Wirken wir in Ausgabe 06/April 2017 schon untersucht haben, ziehen gemeinsam mit dem US-Pentagon und weniger transparenten Strippenziehern wie George Soros oder der Muslimbruderschaft an einem Strang, um den Bevölkerungsaustausch durch Migration anzuschieben.

Die Beweislage für eine solche künstlich und bewusst herbeigeführte Migrations-«Krise» ist erdrückend. Allein die öffentliche Empörung bleibt aus, denn über die vielfach geleisteten Offenbarungseide der internationalen Entscheider, die wir Ihnen in dieser Ausgabe präsentieren werden, herrscht mediales Stillschweigen. Vor allem deshalb glaubt die Bevölkerung bis heute an den modernen Mythos einer «humanitären Krise» aus dem Nichts, bei der die westliche Bevölkerung nun ihren tatkräftigsten Beistand zu leisten hat. Fragen zu den genaueren Hintergründen und Planungen, die diese Missstände ankündigten und in der Tat herbeisehnten, sind gefürchtet, denn bei einem Blick auf die grösseren Zusammenhänge wird jeder gutherzige Flüchtlingshelfer sowie naive Migrant, der in Europa das gelobte Land vermutete, zu einem Bauern in einem heimtückischen globalen Schachspiel degradiert. Eine Aufdeckung dieser Pläne könnte die wachsende Wut der Bevölkerung schnell auf die wahren Strippenzieher der katastrophalen Massenmigration lenken. Die Erkenntnis eines grösseren Plans, der sowohl für die Migranten als auch für die Einwohner ihrer Zielländer nichts als Nachteile birgt, könnte in der Zukunft eine Eskalation der Zustände verhindern, denn die Einsicht, dass wir alle Teil eines perfiden Teile-und-herrsche-Spiels einflussreicher Eliten sind, hat das Potenzial, uns zu der Entscheidung führen, dieses Spiel nicht länger mitspielen zu wollen.

Überzeugen Sie sich auf den kommenden Seiten selbst anhand von Originalzitaten, Dokumenten, Finanzströmen und weitreichenden politischen Entscheidungen davon, dass die Einwanderungsströme nach Europa von UN, EU, USA, George Soros und der Muslimbruderschaft gewollt und von ihnen gezielt angeschoben werden. *(tk)*

Schwarzafrikaner statt Syrer?

Presse und Regierung schien nicht aufzufallen, dass die meisten Ankömmlinge bald keine Syrer mehr waren, sondern waschechte Schwarzafrikaner.

Studie belegt: Medien berichteten einseitig positiv über Masseneinwanderung

Die deutschen Leitmedien haben über die Asylkrise fast ausschliesslich positiv berichtet. Dies geht aus dem Zwischenbericht einer Medienstudie der Hamburger Media School (HMS) hervor. Für die Studie wertete Michael Haller, Leiter des Projektteams, mehr als 34.000 Pressebeiträge aus, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Insgesamt seien 82 Prozent aller Beiträge zur Flüchtlingsthematik positiv gewesen, zwölf Prozent rein berichtend und sechs Prozent hätten die Flüchtlingspolitik problematisiert, so das Blatt. Es habe nur wenige Berichte gegeben, die eine Überforderung von Behörden, Flüchtlingshelfern in Asylheimen oder andere Schwierigkeiten während der Asylkrise beleuchtet hätten.

Quelle: Epoch Times, Objektive Berichterstattung? – Studie zeigt: Leitmedien berichteten einseitig über Asylkrise, 13.08.2016

UN und EU: Die Auflösung

Foto: Basil D Soufi (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:United_Nations_General_Assembly_Hall_(3).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

UN empfiehlt Bevölkerungsaustausch durch Migration

Abteilung Bevölkerungsfragen

Vereinte Nationen

BESTANDSERHALTUNGSMIGRATION: EINE LÖSUNG FÜR ABNEHMENDE UND ALTERNDE BEVÖLKERUNGEN?

Die mögliche Antwort auf die Frage nach den eigentlichen Hintergründen der Migrationswelle und warum europäische Regierungen diese auch noch fördern sollten, lautet wohl, dass dies erklärte UN-Politik ist. Für schrumpfende Bevölkerungen sehen die UN nicht etwa eine Erhöhung der Geburtenraten vor, sondern die «Replacement Migration», also den Bevölkerungsaustausch durch Migranten. Der entsprechende Plan wurde bereits am 21. März 2000 auf der Website der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen veröffentlicht, also etwa ein Jahr bevor die Vereinigten Staaten mit ihrem Krieg in Afghanistan anfingen, systematisch Flüchtlinge «zu produzieren».

«Der Bericht erwägt einen Bevölkerungsaustausch für acht wenig fruchtbare Länder (Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, die Koreanische Republik, die Russische Föderation, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten) und zwei Regionen (Europa und die Europäische Union)», heisst es auf der UN-Website.

«Bevölkerungsaustausch durch Migration bezieht sich auf die internationale Zuwanderung, die ein Land benötigt, um den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung durch niedrige Geburten und Sterberaten auszugleichen.»

Auf der UN-Website wurden sechs Pressemitteilungen über den UN-Bericht in Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Russisch und Japanisch angeboten. Anders als in den anderssprachigen Pressemitteilungen sucht man den Begriff «Bevölkerungsaustausch durch Migration» (englisch: «replacement migration» beziehungsweise französisch: «migrations de remplacement») in der deutschen Version allerdings vergeblich. Dort wird dieser Begriff vielmehr in «Bestandserhaltungsmigration» umgelogen, was natürlich viel positiver klingt – nämlich so, als würde man das deutsche Volk nicht austauschen, sondern «erhalten» wollen. Allein an diesem Täuschungsmanöver kann man aber erkennen, worum es geht: das deutsche und ihm verwandte Völker auszutauschen und es zusätzlich im Unklaren darüber zu lassen. *(gw)*

monokultureller Staaten auf dem Weg zur Weltregierung

Foto: Mehr Demokratie (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:European_Parliament_Strasbourg_2015-10-28_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

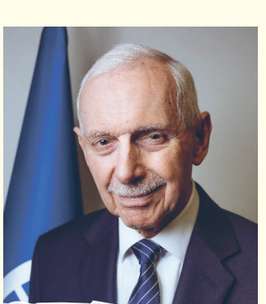
UN-Sonderberichterstatter für Migranten: «Homogenität der Völker zerstören»

Sutherland war von 1995 bis 2015 Aufsichtsratsvorsitzender der Investment-Bank Goldman Sachs, nicht gerade bekannt für ihren Altruismus. Der Ire ist mittlerweile Sonderberichterstatter des Generalsekretärs der UN für Einwanderung und Entwicklung. Sutherland sprach auf der CFR-Konferenz von «widerlichen Internet-Tweets», die bei ihm hereingekommen seien. Er sagte:

«Je widerlicher sie werden, desto erfreuter bin ich. Denn jeder Idiot oder Nicht-Idiot, der diese Tweets liest, die besagen, dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt Recht. Ich bin dazu entschlossen. Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, inklusive meines eigenen Volkes.»

➔

Am 30.09.2015, also nur einige Wochen, nachdem in Europa die Dämme gebrochen waren, veranstaltete der Council on Foreign Relations (CFR) – eine höchst einflussreiche US-Organisation - eine Tagung namens «Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum», zu der Teilnehmer aus der Think-Tank-Szene, den Medien, der Wissenschaft, den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der hohen Politik herbeiströmten. Auf diesem Kongress des Sommers 2015 diskutierte unter anderem der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM) (siehe S.24) William Swing mit dem UN-Funktionär Peter Sutherland. Im Folgenden Auszüge:



UN-Globalstratege: Migration in grossem Ausmass ist wünschenswert

Swing: «Peter, sie gründeten die WTO. Das geschah zugunsten des freien Verkehrs von Kapital, Waren und Dienstleistungen. Wer bewirkt das? Menschen! Es gibt aber noch keine freie Bewegung von Menschen und das ist das Element, worüber Sie sprechen. Das ist es, was tatsächlich noch fehlt. Migration in grossem Ausmass ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert.»

Sutherland: «Als erstes müssen wir das öffentliche Narrativ, die Erzählung über Migration ändern. Jetzt ist es noch toxisch, es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen.

Swing: «Peter hat damit vollkommen Recht. Die Menschen haben Ängste und wir müssen mit diesen Ängsten umgehen. Wir müssen ihnen erzählen, dass sie (also ihre Ängste) nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.»

Schon zuvor hatte Peter Sutherland dem britischen Oberhaus gesagt, die EU solle alles daran setzen, die «Homogenität ihrer Mitgliedsstaaten zu untergraben». Jedes Gefühl von Gleichartigkeit und Unterschiedlichkeit müsse verschwinden. Die Zukunft sei der Multikulturalismus.

EU-Kommissar: «Multikultur ist das Schicksal der Menschheit»

Wer nun denkt, dieser wahrlich starke Tobak Sutherlands gebe die internationale Politik nicht gut wieder und sei lediglich ein alkoholschwangerer Ausrutscher eines senilen alten Mannes, der lausche den Worten, die der ehemalige niederländische Aussenminister Frans Timmermans nur wenige Tage später sprach (in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar). Hier der O-Ton aus Timmermans´ Rede, während des sogenannten Grundrechtekolloquiums der EU im Oktober 2015:

«Multikultur wird heute in einigen Teilen Europas als Bedrohung angesehen. Multikultur bringt sicherlich Herausforderungen mit sich, aber Multikultur ist das Schicksal der Menschheit. Es wird künftig nicht mal in den entlegensten Ecken dieses Planeten eine Nation geben, die in ihrer Zukunft vom Multikulturalismus ausgespart bleibt, denn auf dieses Ziel steuert die Menschheit zu. Und die Politiker, die ihren Wählern einen Weg anpreisen, in dem es um einzigartige Kulturen geht: Die verkaufen etwas, das keine Chance haben wird. Europa wird multikulturell sein wie alle anderen Teile der Welt.»

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission sprach jeden einzelnen dieser Sätze mit nachdrücklicher Betonung aus.

Foto: Tasnim News Agency

UN-Generalsekretär fordert Massenmigration nach Europa

Der neue UN-Generalsekretär, der Sozialist und frühere Ministerpräsident Portugals Antonio Guterres, gab kürzlich in aller Deutlichkeit zu verstehen, dass die nach Europa drängende Migration nicht aufzuhalten sei. Die hiesigen Politiker sollten daher besser den mehrheitlichen Wählerwillen ignorieren (!) und sich auf die unabwendbar kommenden Entwicklungen einstellen. Auf einer kürzlich in Lissabon gehaltenen Rede liess er durchblicken, dass die europäischen Staaten nach seiner Auffassung kein Recht hätten, ihre Grenzen zu überwachen. Sie seien vielmehr in der Pflicht, die nach Europa drängenden Menschen aufzunehmen. Guterres betonte in diesem Zusammenhang, dass man jedes europäische Land dazu zwingen müsste, die mit der Massenmigration einhergehenden «Lasten zu teilen.»

«Wir müssen die Europäer davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist, und dass es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen», liess der zur Zeit ranghöchste UN-Vertreter auf (nicht nur) seine Sicht der Dinge blicken. Antonio Guterres war von 1999 bis 2005 Präsident der «Sozialistischen Internationale».

Quelle: Vertrauliche Nachrichten

UN-Hochkommissar für Menschenrechte: UN wurde gegründet, um «Nazi-Konzept» unvermischter Völker zu bekämpfen

Sérgio Vieira de Mello (†) war ab 2002 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und auf Fürsprache George W. Bushs UN-Sonderbotschafter im Irak, wo er in den Nachkriegswirren einem Bombenanschlag zum Opfer fiel. Seine in Washington und im Pentagon gewünschte Erhebung zum UN-Generalsekretär kam dadurch nicht mehr zustande. Am 4. August 1999 sagte de Mello, damals in seiner Eigenschaft als UN-Sonderbotschafter im Kosovo, gegenüber einem US-Fernsehsender:

Foto: Wilson Dias/ABr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:S%C3%A9rgio_Vieira_de_Mello.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

«Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die Alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Jahrzehnten auch geschieht. **Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangt. Nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.»**

Das sind deutliche Worte: Unvermischte Völker werden bei der UN als ein Problem gesehen, dem man mit politischen oder gar militärischen Mitteln zur Leibe rücken muss. Eine brutale Sicht der Dinge und eine verstiegen ideologische noch dazu.

UN-Empfehlung im Jahr 2000: 160 Millionen Einwanderer für Europa

Die Zahlen, die die UN für die Einwanderung in europäische Staaten vor Augen hat, sind beträchtlich: Schon Anfang 2000, also 15 Jahre vor dem so schicksalhaften Sommer 2015, überlieferten die Vereinten Nationen Bedarfszahlen, die man nur noch als schwindelerregend bezeichnen kann.

«In Anbetracht seiner Überalterung», schrieb die französische Libération «wird Europa bis zum Jahre 2025 annähernd 160 Millionen zugewanderter Arbeiter benötigen. Und Frankreich, das jährlich ca. 100.000 Immigranten aufnimmt, wird diese Zahl im kommenden Vierteljahrhundert um das 7,6-fache erhöhen müssen. Dies sind einige der Zahlen, die in einem diese Woche publizierten Vorausbericht der Bevölkerungsabteilung der UN zu lesen sind. Das Verhältnis zwischen aktiven und nicht-aktiven Bürgern - heute kommen auf einem Pensionierten 4 bis 6 Arbeitende - wird sich in den kommenden 25 Jahren ungefähr halbieren. Durch eine simple mechanische Übertragung gelangen die Demografie-Experten der UN also zum Ergebnis, Europa benötige zur Aufrechterhaltung seiner aktiven Bevölkerung auf dem absoluten Niveau von 1995 bis zum Jahre 2025 24 Millionen Einwanderer. Will man aber das heutige Verhältnis zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven bewahren, beläuft sich der Bedarf an ausländischen Facharbeitern auf nicht weniger als 159 Millionen Menschen, von denen 23 Millionen auf Frankreich, 26 Millionen auf Italien und gar 44 Millionen auf Deutschland entfallen.» [1]

Als mögliche Alternative zu diesen Einwandererzahlen nennen die UN-Demografen laut Libération nicht etwa eine familienfreundliche Staatspolitik, sondern die Erhöhung des Rentenalters auf 75 Jahre. Ist dies Wahnsinn, so hat es doch Methode. Unter den Verantwortlichen der Expertise hebt Libération als einzig namentlich genannten Josef Alfred Greenblatt hervor, der, 1944 in Frankreich geboren, Ende der 60er-Jahre an der US-Universität Princeton als Demograf seinen Karriereweg begann, um anschliessend bei der UN Führungspositionen im Amt für Bevölkerungsfragen zu übernehmen.

Die geschilderte und wie Science Fiction anmutende Zahlenjonglage aus dem Jahr 2000 war übrigens kein Versehen oder ein Einzelfall. Nach dem Millennium erstellte die UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen noch eine ganze Reihe weiterer alarmistischer Berichte, die alle darauf hinzielten, einen Massenzustrom von Menschen aus der Dritten Welt nach Europa zu führen. Nicht umsonst stellt die UN ihre Planskizzen unter den Oberbegriff «Replacement Migration» (Ersetzungsmigration).

1. liberation.fr, L'immigration, un remède pour la vieille Europe, 06.01.2000

Der Startschuss zum Exodus nach Europa: UN kürzte 2014 Hilfsgelder für Flüchtlingslager

Während sich syrische Flüchtlingslager 2014 im Laufe des dort seit 2011 vor sich gehenden Kriegs füllten, wurden die für sie bestimmten Hilfsgelder des UN-Welternährungsprogramms im Sommer 2014 radikal um 40 Prozent reduziert, sodass nun auch in den Lagern die medizinische und ernährungsseitige Versorgung mangelhalft wurde. Auf die Leistungsfähigkeit der UN-Mitgliedsländer gerechnet, fiel der fehlende Betrag (280 Millionen Euro) geradezu lächerlich aus. Die benötigten Gelder hätten von Deutschland alleine aufgebracht werden können und bilden nur einen Bruchteil dessen, was jetzt für die in Europa aufgenommenen Menschen bezahlt werden muss.

Im Sinne unbürokratischer Soforthilfe den fehlenden Betrag aufzustocken, kam aber weder für die UN noch für die deutsche Bundesregierung oder andere europäische Staatsführer in Frage, wodurch die Verhältnisse in den syrischen Auffangstationen immer schlechter wurden. Mitten hinein in diese Mangellage breschte danach eine mysteriöse PR-Lawine (siehe S.33), die den hilflosen Menschen einredete, dass sie nach Europa kommen sollten.

Die Europäische Union: Umsetzung des Kalergi-Plans?

Offen und politisch wurde die Abschaffung der europäischen Völkervielfalt zuerst in den frühen 20er-Jahren angedacht. Von Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der Paneuropa-Bewegung, die als früheste Keimzelle der Europäischen Union gilt. Kalergi verfasste die Multikulti-Schriften «Adel» 1922 und «Praktischer Idealismus» 1925. Im letzteren Buch lesen wir: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteilen zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch die Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.»

Barbara Coudenhove-Kalergi, die Nichte von Graf Nikolaus, spricht genau wie ihr Onkel von alternativloser Völkervermischung. / Foto:Franz Johann Morgenbesser (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Barbara_Coudenhove-Kalergi-5656_(10722121806).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Interessanterweise wird die angebliche «Alternativlosigkeit» der Völkervermischung von Kalergis Nachfahren bis heute publizistisch herbeigeredet. Nach wie vor prophetisch - denn immer noch Monate vor dem Anlanden der afrikanisch-nahöstlichen Millionen an den Gestaden Europas- schrieb Barbara Coudenhove-Kalergi in ihrer Kolumne für den österreichischen

Der Präsident des Europäischen Rats Herman van Rompuy nimmt den Coudenhove-Kalergi-Europapreis 2012 entgegen.

Standard, dass «jetzt für Europa eine Epoche der Völkerwanderung und Masseneinwanderung einbricht, die die Bevölkerungsstruktur Europas noch gehörig durcheinanderbringen wird. Es ist unumkehrbar. Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.» [1]

Diese Worte stammen vom Januar 2015. Barbara Coudenhove-Kalergi ist die Nichte von Graf Coudenhove-Kalergi. Weiter spricht sie in ihrem Artikel von der «Gleichschaltung» der Kulturen und der Mehrheit von braunen und schwarzen Gesichtern, die man bereits in der Londoner Bahn sehen könne.

1. derstandard.at, Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht, 07.01.2015

Angela Merkel erhält Kalergi-Preis

Foto: Ralf Roletschek/roletschek.at

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde 2010 mit dem «Europapreis» der «Coudenhove-Kalergi Stiftung» ausgezeichnet. Merkel betonte bei der Entgegennahme des Preises, die Auszeichnung sei ihr Ansporn, mit ihrer Arbeit für Europa engagiert fortzufahren. Ist Multi-Kulti bei der Kanzlerin deshalb so angesagt, weil sie Kalergis Konzept der grösstmöglichen Vermischung aller Völker und Kulturen vorantreiben will? Spätestens in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015, als Angela Merkel, gemeinsam mit ihrem österreichischen Kollegen Faymann, die deutschen und österreichischen Grenzen öffnete, um die in Ungarn gestoppten Flüchtlingsmassen nach Deutschland zu leiten, hatte sie ihren Namen als «Flüchtlingskanzlerin» weg. Inzwischen wird deutlich, dass Merkel ihre Multi-Kulti- und Integrationsagenda um jeden Preis, ungeachtet jeglicher Kosten und Sicherheitsrisiken für das deutsche Volk, durchsetzen will.

Sieht das politische Establishment Kalergis Schriften als Vorbild für ihre Politik? Verfolgen sie eine Art Kalergi-Ideologie der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen? Wer einen genaueren Blick auf die Fakten und Zusammenhänge rund um die Flüchtlingskrise wirft, merkt, dass das Szenario von langer Hand geplant und von Eliten wie George Soros eingefädelt wurde. Vielleicht erfüllen sich Kalergis Voraussagen nicht ganz zufällig.

In 20 Jahren 70 Millionen Migranten für Europa!

Das fordert EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Im Zuge der Vergreisung der Gesellschaft würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 70 Millionen Migranten gebraucht, um Europa zu retten. Dass man schwächelnde Geburtenraten auch mit einer familienfreundlichen Politik lösen kann, kam Avramopoulos nicht in den Sinn.

Quelle: EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio Migranten in 20 Jahren, salzburg.com

Foto: European Commission (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Press_Conference_by_Commissioner_Dimitris_Avramopoulos.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Foto: Remi Jouan (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:President_Nicolas_Sarkozy.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Nicolas Sarkozy: Rassenvermischung Kernziel der europäischen Politik

Im Mai 2007, erst von der US-Regierung gegen den im Pentagon verhassten Jacques Chiraq und dann von den Franzosen zum französischen Präsidenten gewählt, bekleidete Nicolas Sarkozy im zweiten Halbjahr 2008 auch noch das Amt des Vorsitzenden des Europäischen Rates. Wenige Tage bevor er dieses Amt wieder abzugeben hatte, hielt er am 17. Dezember eine durchaus interessante Rede, an der «École polytechnique» bei Paris. Ein Kernziel der europäischen Politik, so verkündete Sarkozy hier in aller Öffentlichkeit, sei die Vermischung der Rassen und verschiedenen Kulturen, also die Abschaffung der originären Nationen und ihrer Völker.

Das Programm, das er in dieser Rede erklärt, ist totalitär. Es sieht sich als völlig alternativlos und zwingend an. Wir hätten nicht die Wahl, so zu handeln, wir seien dazu obligatorisch verpflichtet, weshalb Widerspruch und Widerstand mit allen Mitteln bekämpft und vernichtet werden müsse. Sarkozy im Original:

«Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung! Es ist zwingend! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr grossen Problemen [...], deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Massnahmen anwenden!» [1]

1. lepoint.fr, Comment Sarkozy compte relever «le défi du métissage», 17.12.2008

Grossbritannien: Geheimes Einwanderungsprojekt seit dem Jahr 2000, um ein «absolut multikulturelles Land» zu schaffen

Festzuhalten gilt, dass der grosse Bevölkerungsaustausch in den ersten Jahren des Millenniums kein öffentliches Thema wurde. Sowohl die Parlamente als auch die Chefetagen der Medien verfuhren wie bei einem Stillhalteabkommen. Das Projekt «Austauschmigration» war da aber bereits praktisch auf den Weg gekommen. Jedenfalls in Britannien. 2009, also mit einer satten Verspätung von 9 Jahren, berichtete der Telegraph in einem Moment der Offenheit, dass es in Grossbritannien bereits seit Ende 2000 ein vorsätzlich geheim gehaltenes Einwanderungsprojekt gab. Kein geringerer als Andrew Neather, seinerzeit Berater des Premierministers Tony Blair, bestätigte diese Operation gegenüber der Zeitung. Laut Neather war es das Ziel, aus dem Königreich unter sozialdemokratischer Herrschaft ein «absolut multikulturelles Land» zu machen. Vor diesem Hintergrund habe allein Grossbritannien am Anfang des neuen Jahrtausends etwa 2,3 Millionen neue Einwanderer ins Land gelassen. Sir Andrew Green, seit den 90ern britischer Botschafter in Syrien und Saudi-Arabien sowie Leiter der Abteilung Mittlerer Osten im Aussenministerium, nannte die Enthüllungen «Politisches Dynamit» und fügte hinzu: «Endlich ist die Wahrheit heraus. Man kann nun nicht länger von einer angeblichen Verschwörungstheorie sprechen.» [1]

Geheimplan der EU: 56 Millionen Migranten bis 2050

Der Artikel über Tony Blairs geheimes Immigrationsprojekt ist einer der ganz seltenen Fälle medialer Offenheit bei dieser Thematik. Rückblickend scheint es so ein Ausscheren aus dem Schweigekartell selbst im presseseitlich etwas transparenteren England maximal ein Mal im Jahr gegeben zu haben.

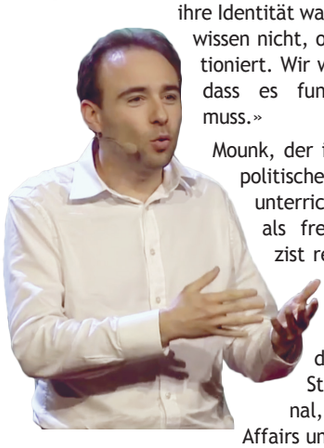
Für das Jahr 2008 schlägt lediglich eine Meldung des «Daily Express» zu Buche. Die Zeitung berichtete im Oktober 2008, dass nach einem wörtlich «Geheimplan» der Brüsseler Ökonomen die EU bis 2050 56 Millionen Immigranten aus Afrika nach Europa holen wolle. Dazu würden in Afrika zu Anwerbungszwecken bereits Jobcenter aufgebaut, berichtete der Express-Journalist vor Ort aus Mali. Sir Andrew Green kommentierte auch in diesem Skandal dahingehend, dass damit jeder Rahmen gesprengt werde. Green wörtlich: «Zusammen mit Holland ist England jetzt schon der grösste Ballungsraum in Europa. Nach Lage der Dinge müssen wir in den kommenden 25 Jahren für Immigranten 7 Städte der Grösse von Birmingham errichten und das nur hinsichtlich der Einwanderungszahlen, welche die Regierung sowieso bereits erwartet.»

Die anvisierte Massenmigration, so die Zeitung, bewege sich im Flussbett eines Monate zuvor unterzeichneten Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Afrika. Der zitierte 56-Millionen-Report, in dem für irreguläre Migranten Straffreiheit gefordert wird, stammt von der statistischen EU-Behörde Eurostat. Der Daily Express weist auf die starke französische Beteiligung bei der realen Durchführung des Vorhabens hin. So heisst es, der französische Einwanderungsminister Brice Hortefeux habe alle 27 EU-Staaten in einer Reihe überstürzter Vor-Ort-Besuche vertreten, die ihn zur Umsetzung des Plans durch Westafrika führten. Weiter erfahren wir, dass der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy ein EU-weites Immigrationsabkommen noch Ende des Jahres 2008 vor Ablauf seiner Amtszeit als Chef des Europäischen Rates in trockene Tücher bringen wollte. [2]

1. telegraph.co.uk, Labour wanted mass immigration to make UK more multicultural, says former adviser, 23.10.2009
2. express.co.uk, Secret plot to let 50million African workers into EU, 11.10.2008

Harvard-Professor: In Westeuropa läuft ein multikulturelles Experiment, das funktionieren muss

Der in Deutschland gebürtige Harvard-Professor Yascha Mounk sagte im September 2015 gegenüber dem Spiegel: «In Westeuropa läuft ein Experiment, das in der Geschichte der Migration einzigartig ist. Länder, die sich als monotheistische, monokulturelle und monoreligiöse Nationen definiert haben, müssen ihre Identität wandeln. Wir wissen nicht, ob es funktioniert. Wir wissen nur, dass es funktionieren muss.»



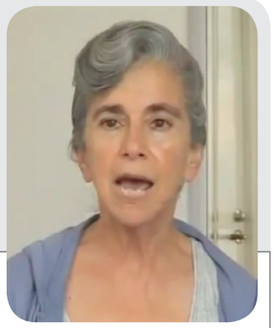
Mounk, der in Harvard politische Theorie unterrichtet und als freier Publizist regelmässig für die New York Times, das Wall Street Journal, Foreign Affairs und die ZEIT schreibt, behauptet weiter, die hereinströmenden Muslime seien gut für Multikulti, und Multikulti sei gut für eine kulturell entspannte Normalität. Wörtlich: «Ein Deutschland, in dem sich Juden wohlfühlen, ist ein Deutschland, in dem sich auch Muslime wohlfühlen.» [1]

Eine Bewertung, die kaum weiter an den statistisch-wissenschaftlich erfassten Daten vorbeigehen könnte. Nach einer am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführten Umfrage unter Muslimen in sechs europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Schweden und den Niederlanden – meinen 45% der Befragten, «Juden könne man nicht trauen». «Für Belgien fand der Soziologe Mark Elchardus bereits im Jahre 2011 heraus, dass die Hälfte der muslimischen Schüler in Brüssel antisemitische Meinungen vertreten.»

Gemäss Umfragen des «Pew Global Attitudes Project» von 2009 sind mehr als 95% der Befragten in Ägypten, Jordanien oder dem Libanon Juden gegenüber negativ eingestellt. In Ländern ausserhalb des Nahen Ostens wie Pakistan, Indonesien oder der Türkei äusserten 70% der Befragten diese Position und in Nigeria immerhin noch 60%. [2,3]

1. spiegel.de, «Einzigartiges Experiment», 26.09.2015
2. Neil J. Kressel, The Sons of Pigs and Apes, Muslim Antisemitism and The Conspiracy of Silence, 2012, S.129
3. Ruud Koopmans, Sympathisanten des Terrors, Wie stark ist der ideologische Rückhalt des islamischen Extremismus?

Hochrangige schwedische Akademikerin: Ohne Multikulturalismus wird Europa nicht überleben



Als schwedische Vertreterin der ethnischen Neugestaltung des Abendlandes soll die schwedisch-israelische Doppelstaatsbürgerin Barbara Lerner Spectre genannt sein. Sie gründete die Stockholmer Lehranstalt Paideia.

Sie sagte: «Ich denke, es gibt einen Wiederanstieg des Antisemitismus, weil Europa an diesem Zeitpunkt noch nicht gelernt hat, multikulturell zu sein. Und ich denke, wir werden teilhaben an den Geburtswehen dieser Umwandlung, die stattfinden muss. Europa wird nicht mehr aus monolithischen Gesellschaften bestehen, wie es noch im vorigen Jahrhundert der Fall war. Juden werden eine zentrale Rolle dabei spielen. Es ist eine ungeheure Umwandlung, die Europa machen muss. Sie gehen jetzt in den multikulturellen Zustand über und man wird es den Juden übelnehmen wegen ihrer führenden Rolle. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Umwandlung wird Europa nicht überleben.» [1]

Diese Worte stehen stellvertretend für eine fundamentalistische Denkart, die die Auflösung der europäischen Nationalvölker in einer globalisierten Welt nicht nur als historisch unvermeidlich ansieht, sondern geradezu als moralischen Imperativ verlangt.

1. youtube.com, 2000 – BARBARA– SPECTRE: We make You multikulti, 30.11.2014

Spectres Twitter-Konto wurde übrigens Anfang 2015 gesperrt. Grund: Sie hatte dort im November und Dezember 2014 unter dem genozidalen Hashtag #Endwhitepeople («Tod den Weissen») kommuniziert.

Bürgerkrieg in Europa?

Zahlreiche Experten zeichnen ein ungemütliches Bild davon, welche Konsequenzen für die europäische Sicherheitslage die Massenmigration nach sich zieht: Der erste Bezug auf Deutschland stammt von Soeren Kern, Chefanalyst für europäische Politik an der regierungsnahen Madrider «Strategic Studies Group». Der Mitarbeiter etlicher sicherheitspolitischer Fachblätter schrieb im August 2017:

«Muslimische Bürgerwehren, die islamische Justiz durchsetzen, werden in Deutschland immer alltäglicher. Die Unfähigkeit oder der Unwille der Regierung, sie aufzuhalten, hat zu einem Anschwellen von antimuslimischen Gegenbürgerwehren geführt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in seinem jüngsten Bericht vor einem eskalierenden Zyklus von Aktionen und Reaktionen der zu offenem Krieg auf Deutschlands Strassen führen könnte.» [1]

In Polizei- und Geheimdienstkreisen ist selbst ein aufkommender Bürgerkrieg kein Tabuthema mehr: Dass sich ein solcher ankündigt und durch die Migration erheblich begünstigt wird, davor warnt Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, bereits seit Jahren. O-Ton: «Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiss, was sich da zusammenbraut. Aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber.» [2]

Bereits 2008 sah CIA-Chef Michael Hayden das Potenzial für Bürgerkriege in Europa wegen des starken Anwachsens der muslimischen Bevölkerungsgruppe und schwieriger Integrationsbedingungen, wie er sagt, «deutlich erhöht». [3]

Der US-Geheimdienst hatte da bereits eine Studie erstellt, in der Kerneuropa für die vor uns liegende Zeit regelrechte Unregierbarkeit attestiert wird: Die Sozialsysteme halten nicht, die muslimische Einwanderung führt zu unerträglichen inneren Spannungen. Im Ergebnis bricht die Europäische Union bis zum Jahr 2020 zusammen oder auseinander, so die Prognose der US-Behörde. [4]

Kein geringerer als George Soros (siehe S.23) schrieb den Eurokraten auf dem Brüsseler Wirtschaftsforum ins Stammbuch, die Flüchtlingskrise könne die Europäische Union «zerstören», aber Merkel und Co. müssten dennoch in der unbegrenzten Aufnahmepolitik fortfahren, d.h. ihren sicherheitspolitischen Selbstmord in Kauf nehmen.

1. de.gatestoneinstitute.org, Deutschland: Muslimische Motorradrockerbande will Muslime «beschützen», 09.08.2017
2. focus.de, «Kaum beherrschbar»: Wendt fürchtet offene Unruhen in Deutschland, 15.08.2016
3. washingtonpost.com, CIA Chief Sees Unrest Rising With Population, 01.05.2008
4. scotsman.com, CIA gives grim warning on European prospects, 16.01.2005

USA: Migration als Hegemonialstrategie für Europa

Foto: Kremlin.ru

Wladimir Putin: USA stecken hinter dem Migrantenstrom nach Europa

In einem Interview für den Schweizer TV-Sender Radio Télévision Suisse (RTS) sagte der russische Präsident Putin am 27. Juli 2015: «Sehen Sie, Europa ist jetzt mit einem konkreten Problem konfrontiert: Dem Massenzustrom von Migranten. Stand aber Europa am Ursprung der Entscheidungen, die zu dieser Situation geführt haben? Man muss ehrlich sein: Diese Entscheidungen kamen von Übersee. Mit dem Problem ist aber Europa konfrontiert.»

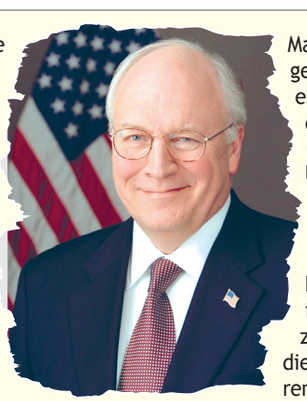
Das ist nur ein Beispiel, von denen es viele gibt. Auf die Zusatzfrage, ob er die USA meine, antwortete Putin: «Aber natürlich», um sogleich entschärfend hinzuzufügen: «Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nun die amerikanische Politik irgendwie dämonisieren sollten. Sie gestalten ihre Politik so, wie sie es für ihre Interessen als nützlich betrachten. Man muss aber ein Gleichgewicht von Interessen anstreben.» (1)

Diverse Mainstreammedien im In- oder Ausland berichteten über dieses Interview. Auch unter Anführung von O-Tönen. Die genannte Aussage Putins war jedoch nie dabei, weder in direkter noch in indirekter Rede. Selbst ein versteckter Hinweis, dass der Schweizer Sender in dem Gespräch das Thema Massenmigration behandelt hatte, findet sich nirgends. Trotzdem kann sich jeder, der den auszugsweisen Filmmitschnitt im Netz findet, davon überzeugen, dass die Worte Putins gefallen sind.

1. de.sputniknews.com, Putin: USA stehen hinter heutigem Migrantenproblem in Europa, 28.07.2015

Migration als Waffe des US-Imperiums zur Schwächung Europas

Dass die USA Einzelstaaten, die in der Lage sind, in ihrem eigenen Grossraum eine Vormachtstellung einzunehmen, als Gefahr einstuft, geht aus ihren militärischen Direktiven der jüngeren Vergangenheit klar hervor: Als Präsident George Bush Senior in den damaligen Umbruchtagen des Mauerfalls eine «Neue Weltordnung» ausrief, waren die Vereinigen Staaten darin die einzige verbleibende Supermacht. Um diesen Status beizubehalten, stellte der damalige Verteidigungsminister und nachmalige Vizepräsident Dick Cheney im Februar 1992 eine neue Richtlinie zur Verteidigungsplanung fertig. Die New York Times leakte Auszüge aus diesem «Defense Planning Guidance» betitelten und eigentlich geheimen Pentagon-Entwurf. Wir lesen:



«Unser wichtigstes Ziel ist es, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen - ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo - zu verhindern. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie. Dies erfordert, dass wir jegliche Macht daran hindern, eine Region zu dominieren, deren Ressourcen es ihr bei genügender Kontrolle erlauben würde, globale Macht zu erlangen. Bei den infrage kommenden Regionen handelt es sich um Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Südwestasien. Umgesetzt in die praktische Politik bedingt das drei Aufgabenstellungen:

Erstens müssen die USA den Führungsstil zeigen, der nötig ist, um eine neue Ordnung einzuführen und zu sichern. Eine, die verspricht, potentielle Konkurrenten davon zu überzeugen, dass sie erst gar nicht zu versuchen brauchen, eine grössere Rolle zu spielen oder eine aggressivere Haltung einzunehmen, um ihre legitimen Interessen wahrzunehmen.

Zweitens müssen wir in den nicht-militärischen Bereichen die Interessen der fortgeschrittenen Industrienationen ausreichend berücksichtigen, um sie davon abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder zu versuchen, die bestehende politische und wirtschaftliche Weltordnung zu kippen.

Drittens müssen wir die Mechanismen pflegen, die potentielle Konkurrenten davon abschrecken, eine bedeutendere regionale oder globale Rolle auch nur anzustreben.» (1)

Kissinger deutet verdeckten Krieg gegen Deutschland an

Dass Cheneys Warnung gerade auch an Deutschland gerichtet war, zeigte ein Artikel des ehemaligen US-Aussenministers Henry Kissinger, der am 2. März 1992 im International Herald Tribune schrieb: «Wenn sich auch heute noch keine europäische Macht gegenüber den USA feindlich zeigt, so nimmt man doch den Beginn eines irgendwie gearteten Verhaltens in jener Region unverzüglich als feindliches Verhalten wahr. Eine diesbezügliche Herausforderung könnte sich aus der Neudefinierung der Rolle Deutschlands ergeben.» (2)

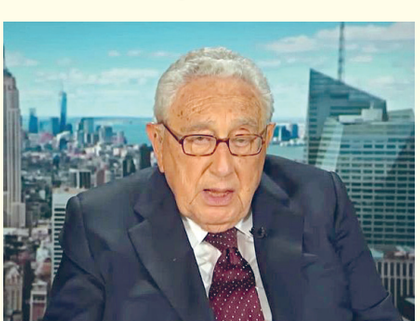


Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Davos_2017_-_A_Conversation_with_Henry_Kissinger_on_the_World_in_2017.webm) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Migration als Teil einer dezentralen Kriegsstrategie?

Der erste Moment, der erkennen lässt, dass Migration als militärische Strategie in die Wahrnehmung der US-Militärs geriet, ist die Erfindung des Begriffs «Fourth Generation Warfare» (Kriegsführung der vierten Generation). Gemeint ist damit: «Ein Konflikt, in dem die Grenzen zwischen Krieg und Politik, Kämpfern und Zivilisten überschritten und verwischt werden. Der Terminus wurde erstmalig 1989 von einem Team amerikanischer Militäranalysten verwendet, die unter Beteiligung des Militärberaters William S. Lind die Rückkehr einer dezentralisierten Form der Kriegsführung beschrieben.»

Fourth Generation Warfare umfasst Taktiken, die wir alle im heissen Verlauf der Migrationskrise wiederfinden. Diese sind u.a.

a) auf dem politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen Feld die Nutzung aller Formen von Druckmassnahmen

b) ausgeklügelte psychologische Kriegsführung, umgesetzt vor allem durch die Massenmedien

c) ein direkter Angriff auf die Kultur des Gegners, volkszerstörende und genozidale Akte gegen die Einwohnerschaft des Zielgebietes eingeschlossen.

Der letzte Punkt ist für unser Grundthema der wesentliche. Er mag auf den ersten Blick zu hart klingen, da die meisten Menschen Volkszerstörung und Genozid mit physischer Tötung gleichsetzen. [3]

Der US-amerikanische Militärtheoretiker William S. Lind erdachte den Begriff «Fourth Generation Warfare», die nichtstaatliche Akteure wie Migranten in die Kriegsführung miteinbezieht.

Die «giftige Ideologie des Multikulturalismus»

Weist man den Zielvorsatz einer Strippenzieherschaft nach, dann lässt sich die Definition der Kriegsführung vierter Generation auf die Transferierung von Abermillionen Afrikanern und Arabern nach Kerneuropa zweifellos anwenden. Selbst William S. Lind, Miterfinder der Fourth Generation Warfare, stellt diese Verbindung her. Bereits im Jahr 2004 schrieb er – damals die Folgen des Irakkriegs fürchtend:

«Die Kriegsführung der vierten Generation zeichnet sich auch dadurch aus, dass hier Kulturen und nicht allein Staaten miteinander in Konflikt geraten, wir sehen uns heute mit dem ältesten und standhaftesten Gegner des christlichen Westens konfrontiert, dem Islam. Nach drei Jahrhunderten strategischer Defensive, die der gescheiterten zweiten Belagerung Wiens durch die Türken 1683 nachfolgten, hat der Islam jetzt wieder die Offensive ergriffen, indem er in alle Himmelsrichtungen expandiert. Im Krieg der vierten Generation kann die Invasion durch Immigration mindestens so gefährlich sein wie der Einmarsch einer gegnerischen Staatsarmee.» [4]

Lind, der Vater oder vielmehr Seher des Kriegs der vierten Generation warnt hier explizit vor den Folgen der wörtlich «giftigen Ideologie des Multikulturalismus». Dies zumal er Massenimmigration als kriegstaugliches Mittel erkennt.

USA hegen «kulturelle Todessehnsucht»

Lind schreibt: «Tatsächlich kann eine ganze Völkerschaft zu einer militärischen Waffe werden. Krieg durch Migration ist heute nicht weniger effektiv als es zur Zeit des römischen Imperiums war. Die unmittelbarste Herausforderung ist dabei der Islam. Und hier wird die Herausforderung kaum eine friedliche sein. Der Islam breitet sich heute von seinen traditionellen Kerngebieten in jede erdenkliche Richtung aus. […] Äusserst desaströs ist die Situation aus Sicht des Westens in der ehemaligen Sowjetunion. Dort bricht unsere gesamte Flanke vom Schwarzen Meer bis nach Wladiwostok unter dem moslemischen Druck zusammen. Was ist die Antwort Amerikas? Wir verurteilen europäische Massnahmen, die darauf abzielen, die Immigration einzudämmen. Zugunsten der bosnischen Muslime drohen wir den Serben mit Krieg. Wir warnen Russland vor jedem Versuch, die Kontrolle gegenüber seinem Süden zu behaupten. Zum allermindesten illustriert das ein totales Unvermögen, eine sich verändernde strategische Situation zu verstehen. Andere nennen es dagegen eine kulturelle Todessehnsucht.» [5]

Die Strategie des gelenkten Chaos

Es war seit den frühen 90ern der Durchmarsch der Neokonservativen, welche die Eroberung und Destabilisierung gegnerischer Räume zu ihrer Maxime erhoben, die Lind - den Seher der Fourth Generation Warfare - zu diesen Worten führten. Eine Arbeitsform der neokonservativen Politik ist die «Strategie des gelenkten Chaos». Sie wurde von den USA sofort in die Aussenpolitik integriert, zunächst gegen Russland und heute anscheinend gegen Europa. Diese Strategie wurde von Stephen R. Mann in einem Fachartikel im Jahr 1992 propagiert. Stephen R. Mann ist nicht irgendwer: Er ist seit 1976 im US-Auslandsdienst aktiv, spezialisiert auf die Sowjetunion und Südasien. Er hat Botschaften in der Mongolei und Armenien eröffnet, er war Botschafter in Turkmenistan.

Mann fordert dort nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in der Strategie der nationalen Sicherheit der USA. Das alte Paradigma ist laut Mann mechanistisch, es stellt die Denkweise eines Ingenieurs bzw. Technikers dar. Aus dieser Denkweise ergaben sich etwa die Forderungen nach Stabilität oder dem Gleichgewicht der Kräfte. Mann sieht grosses Potenzial darin, die Denkweise umzukrempeln und die Chaostheorie zur Basis strategischen Denkens zu machen. Kennzeichnend für das Paradigma der Chaostheorie ist, dass es nicht den bleibenden Gleichgewichtszustand gibt, sondern lediglich temporär stabile Zustände, zwischen denen das System hin- und herwechselt. Der Wechsel zwischen zwei stabilen Zuständen ist besonders chaotisch. In gesellschaftlichen Systemen erleben wir solche Zustandswechsel als Krisen: Kriege, Revolutionen, Verlust der alten Ordnung, Orientierungslosigkeit. Gelenktes Chaos bedeutet also, dass die USA komplexe gesellschaftliche Dynamiken gezielt steuern soll, um Gesellschaften in chaotische Phasen reinzutreiben. In diesen chaotischen Phasen ist eine Gesellschaft formbar, selbstverständlich zum Vorteil der USA.

Ordnung aus dem Chaos? US-Strategen entwarfen die «Strategie des gelenkten Chaos», um Gesellschaften durch Krisen zu ihren Gunsten zu verändern. / Foto: User:VargaA (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chisinau_riot_2009-04-07_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Bezüglich des Konfliktpotenzials dürfen Sie gerne an die US-NGOs denken, die sich überall in der Welt für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen und dabei das Konfliktpotenzial der Bevölkerung erhöhen; sie dürfen an die Unterstützung von Oppositionellen überall in der Welt denken; sie dürfen an die Unterstützung gemässigter Rebellen denken; sie dürfen aber auch an den aktuellen Flüchtlingsstrom nach Deutschland denken, der das Konfliktpotenzial im Land unübersehbar erhöht. Man solle laut Mann gar nicht versuchen, nach Stabilität zu streben. Man solle das Chaos als Gelegenheit begreifen, um die Welt zu formen. [6,7]

Dass schockartig durchgeführte Menschenverschiebungen durch Import kulturfremder Bevölkerungsteile auf das Aufnahmeland einen schwächenden, destabilisierenden Effekt haben, liegt auf der Hand und wird von den Aussagen der Pentagon-Strategen bestätigt. Wer so etwas auslöst oder fordert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dieses Negativresultat mit Vorsatz zu verfolgen. Dies gilt vor allem dann, wenn - wie in unserem Fall - mit der EU ein aufstrebender Wirtschaftsraum betroffen ist und der Planer des Grossumbruchs im geostrategisch-militärischen Apparat der Konkurrenzmacht USA sitzt. *(tk)*

1. nytimes.com, U.S. STRATEGY PLAN CALLS FOR INSURING NO RIVALS DEVELOP, 08.03.1992
2. Gerhard Wisnewski/Wolfgang Landgraeber/Ekkehard Sieker: Das RAF-Phantom, Knaur München, 1992, Seite 197f.
3. wikipedia.org, Fourth-generation warfare
4. antiwar.com, Understanding Fourth Generation War, 15.01.2004
5. dnipogo.org, Fourth Generation Warfare: Another Look, Dezember 1994
6. analitik.de, Strategie des gelenkten Chaos, 25.10.2015
7. voltairenet.org, Die Blindheit der Europäischen Union gegenüber der Militärstrategie der USA, 27.04.2015

Der US-Militärstratege Thomas Barnett ruft in seinen Schriften dazu auf, Gegner der von ihm hochgeschätzten Völkervermischung zu ermorden.

Thomas Barnett: Pentagon-Vordenker der grossen Völkerwanderung

Sucht man einen Neokonservativen, der a) die europäische Destabilisierung mit b) amerikanischem Vormachtgeist und c) den Erfordernissen einer gleichgeschalteten Weltregierung am elegantesten auf einen Nenner bringt, dann findet man ihn in dem amerikanischen Militärstrategen Thomas P. M. Barnett.

Anfang 2000 bis Sommer 2001 wurde er von der angesehenen Wall Street Firma «Cantor Fitzgerald» verpflichtet, ein Forschungsprojekt zur Ausarbeitung neuer Regeln und Strategien zur weltweiten Umsetzung der globalen Wirtschaftsordnung zu leiten, an dem Wissenschaftler, führende Militärs, gewichtige Vertreter der Wall Street und leitende Funktionsträger von Think Tanks teilnehmen sollten. Tagungsort waren die New Yorker Twin Towers, wo Cantor ausgedehnte Bürokomplexe unterhielt. Die mit Kriegsspielen verbundenen Arbeiten wurden nach den Angriffen auf die New Yorker Twin Towers offiziell eingestellt. Nur wenige Tage nach 9/11 erfolgte dann Barnetts Versetzung ins Pentagon, als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der umgehend ein Amt zur Transformierung der Streitkräfte schuf, dem der Geopolitik-Experte in führender Position zugeordnet wurde.

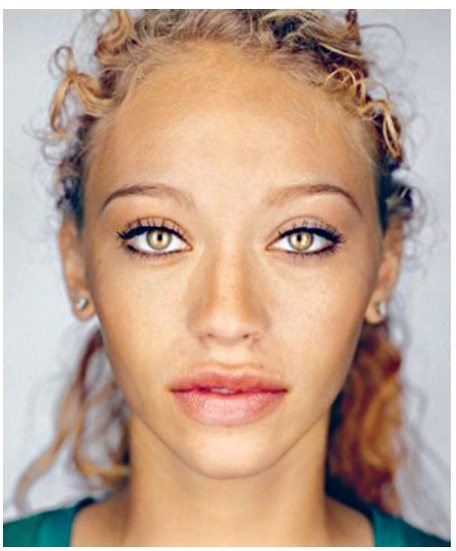
Barnett fordert «freien Fluss von Einwanderern»

Zur Ideenwelt Barnetts schreibt die Wochenzeitung «Junge Freiheit»: «Für diesen Clausewitz der Globalisierer hat der 11. September 2001 eine neue, in seiner Zählung die vierte, Stufe der Globalisierung eingeleitet. Im Zeitalter der asymmetrischen Kriege gehen die grössten Bedrohungen von nicht-staatlichen Akteuren aus, die mittels Computer, Kleinwaffen und Internet weltweit terroristisch tätig werden können. Um maximale Sicherheit zu gewährleisten, müssten die Länder sich einem Netz gegenseitiger Abhängigkeiten verknüpfen und einen Regelkanon aus Demokratie, Transparenz und freiem Handel miteinander teilen, der Wohlfahrt, Freiheit und ein friedliches Miteinander gewährleistet. Die Vernetzung besteht aus vier Hauptelementen: Aus dem freien Fluss von Einwanderern, von Erdöl und Erdgas, von Krediten und Investitionen sowie dem ungehinderten Zugang amerikanischer Sicherheitskräfte weltweit. Die Welt von Morgen schwebt ihm als eine multikulturelle Freihandelszone vor. Die Staaten sind nur noch Verwaltungseinheiten, durch die Waren, Kapital und Menschenströme fliessen, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Angleichung sorgen.» [1]

Foto: Joachim Seidler, photog_at (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Refugee_march_Hungary_2015-09-04_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Barnetts Vorliebe für die ethnische «Mischfarbe»

Ungehinderte Migration und die ethnisch-kulturelle Angleichung der Völker, die Barnett gerade für Europa einfordert, sind im Übrigen keine blosse Fussnote in dieser globalen amerikanischen Kriegszielbestimmung. Barnett formuliert sie, ob vorgeschoben oder nicht, als ein persönliches Anliegen: «Offen gesagt» schreibt er, «gefällt mir der Gedanke, dass die Menschheit als hellbraune Gesamtethnie begann, sich dann in eine grosse Verschiedenheit von Hautfarben teilte, nur um eines Tages wieder zu ihrer Mischfarbe zurückzukehren.» Hier blitzt wieder der Geist des Mischrassen-begeisterten Europa-Stammvaters Coudenhove-Kalergi (siehe S.12) auf.



Barnetts Schlusssatz in seinem Buch «Blaupause des Handelns» könnte ebenso von der deutschen Kanzlerin stammen: «Unabhängig davon, wie klar es erscheint, dass die ökonomische Logik die Welt zusammenwachsen lässt, steckt dieser Planet voller irrationaler Leute, die gegen die Vermischung von Rassen, Angleichung von Kultur und die Aufgabe ethnischer Identitäten wettern. Ich verstehe das Argument und würdige die Sorgen, aber ich glaube ebenfalls, dass der Kampf gegen diesen globalen Indikationsprozess sowohl amoralisch als auch sinnlos ist.» (2)

George Soros ausführender Arm von Barnetts Strategien?

Die konservative Junge Freiheit erfasst Barnetts Geistesnähe zur deutschen Kanzlerin im zuvor genannten Artikel, der im Oktober 2015 beim Losbrechen der Hypermigration verfasst wurde und die Überschrift «Unter der Kontrolle Amerikas» trägt. Darin ist zu lesen:

«Die Zugangsberechtigung der Flüchtlinge nach Europa steht für ihn (Anm.: George Soros) ausser Frage. Europa soll faktisch eine unter Vormundschaft gestellte Aufnahmeprovinz für eine globale Wanderungsbewegung werden. Soros betreibt aktiv Politik. Seine Ausführungen lesen sich wie die Aktualisierung und Konkretisierung globalstrategischer Entwürfe, wie man sie beispielweise vom neokonservativen Thomas Barnett kennt. Die Wurzeln der Neocons liegen in der marxistischen und trotzkistischen Linken. Karl Marx hatte im kommunistischen Manifest die Beseitigung aller historischer Bindungen, Traditionen und Grenzen durch den Kapitalismus gefeiert, weil das für ihn die Voraussetzung für die weltweite Gemeinschaft freier Menschen war.»

Barnett: Gegner der globalen Ordnung sollen ermordet werden

Die völkerfeindliche Planwirtschaft erscheint im Pentagon wie im Bundeskanzleramt fast gleich, das Pochen auf Alternativlosigkeit ebenfalls. Man verkauft es nur anders: Typisch weich in Deutschland, in Cowboy-Manier dagegen in den Vereinigten Staaten. Merkels mütterliche Dauersuche nach besseren Argumenten, nach besserem Vermitteln, findet jenseits des Atlantiks ihre Entsprechung in einer eher stiefväterlichen Qualität, die sich ehrlicher, aber auch erschreckender auf das Gewaltmonopol zurückzieht. Das geht bis zur Aufforderung zur Ermordung politischer Gegner, O-Ton Barnett:

«Jawohl, ich rechne irrationale Akteure in meine Weltsicht ausdrücklich mit ein. Und wenn sie der globalen Ordnung Gewalt androhen, dann sage ich: Legt sie um!» (2)

Foto: shutterstock/Pixel 4 Images

1. Junge Freiheit, 45/15, 30. Oktober 2015
2. Blueprint for Action: A Future Worth Creating

«In einem modernen Europa ist kein Platz für ethnisch reine Staaten oder Völker. Das ist eine falsche Idee aus dem 19. Jahrhundert. Wenn wir ein modernes Europa in das 21. Jahrhundert hinüberretten wollen, dann werden wir dies mit multi-ethnischen Staaten vollziehen.»

Wesley Clark, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Kosovo-Krieg und Präsidentschaftskandidat 2004

Barnetts Schmuggeloperation

Im November 2013 findet man Thomas Barnett als Leitungsoffiziellen des privaten israelisch-amerikanischen Geheimdienstanbieters Wikistrat in Stuttgart am US-Militäroberkommando für Afrika (Africom). Dort zeigt er den verbeamteten Kollegen, wie die nähere Zukunft auf dem schwarzen Kontinent aussehen könnte. Offiziellen Angaben zufolge spielte Barnett dieses gemeinsam mit den US-Militärs drei Wochen lang durch, in Manöver-ähnlichen Simulationen unter Einbeziehung von Schauspielern. Im Fokus der Studien «Illicit Trafficking» («Illicit» bedeutet «Illegal», «Trafficking» wird im englischen sowohl für das Drogen- als auch für das Menschenschmuggelgeschäft verwendet).

Die Führungsriege des US-Militäroberkommandos für Afrika (Africom). Planten sie schon 2013, wie man einen Migrationsstrom aus Afrika gezielt nach Europa lenkt?

Barnett will bei Africom seine Konzentration auf das Thema Drogen verwandt haben. Hierbei gilt es dreierlei zu beachten:

1) Schmuggelwege und Methoden sind bei beiden Geschäften fast deckungsgleich

2) Barnett liess den Transsahelweg durchstudieren, der von Süd nach Nord genau der Weg ist, den das Gros der Migranten aus Schwarzafrika eineinhalb Jahre später nach Europa zu beschreiten hatte.

3) Militär- und Geheimdienste lieben es, die Vorbereitung und Ingangsetzung von niedrigstufiger Kriegsführung hinter vermeintlich rein theoretischen Übungen zu verstecken. Sie nutzen diese dann als Ausführungsbett. Wenn ihre Akteure dann bei der realen Kriegsführung erwischt werden, können sie das Coverspiel für das nutzen, was die CIA unter dem Begriff «Plausible Deniability» (glaubhafte Abstreitbarkeit) fasst. «Bitte Weitergehen! Hier gibt es nichts zu sehen, das ist nur eine Übung!» heisst es dann.

Zahlreiche Indizien legen nahe, dass diese Strategie im Geheimdienstgeschäft oft zum Einsatz kommt. Die Grossterroranschläge von New York und London sind nur zwei unter vielen Angriffen, die parallel von Übungen begleitet wurden, deren Inhalte den blutigen Anlauf bis ins Detail hinein widerspiegelten. In London wurde sogar ein mit Wikistrat vergleichbarer privater Geheimdienstkontraktor eingespannt. Africom beschrieb Barnetts Stuttgarter Kriegsspiel-Einsatz nicht im Detail. [1]

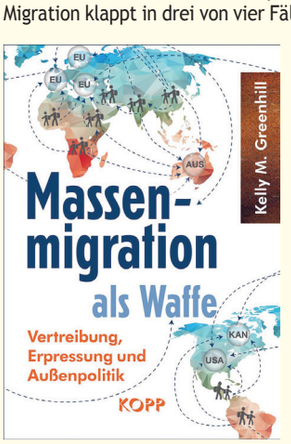
Barnett amtierte, wie bereits gezeigt, als strategischer Chefberater von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, über dessen dunkle Rolle am 11. September 2001 sich ganze Bücher füllen liessen. Dass über das Treiben einer solch grauen Eminenz kaum tiefergehende Daten herauskommen, sollte nicht verwundern. Es ist der Job von Militärgeheimdienstlern, dafür zu sorgen, dass man ihre Spuren allenfalls an der Oberfläche erkennt. *(tk)*

1. africom.mil, WikiStrat Briefs Alternative Futures to AFRICOM Staff, 07.02.2014

Die Sprengung des libyschen Deiches

Bei der 2011 vollzogenen Destabilisierung und Bombardierung Libyens spielte der Rassenvermischungs-begeisterte Nicolas Sarkozy (siehe S.13) zusammen mit Soros-Freundin Hillary Clinton die Hauptrolle. Inzwischen gibt es ausreichende Beweise dafür, dass der Plan, Europa mit Migranten zu fluten, in den entscheidenden Planungsstäben von Washington, Paris und Brüssel erwogen wurde. Sodann hatten die Planer eine Hürde zu überwinden. Sie mussten Europas Deichstaat Libyen öffnen. Dass der als Führer der afrikanischen Staatengemeinschaft einflussreiche Gaddafi dafür sorgte, dass ein Migrantenstrom Richtung Europa gar nicht erst in Gang kam, das bestätigt eine thematisch sehr beschlagene Universitätsprofessorin: Kelly M. Greenhill, Autorin des im März 2010 erschienen Buchs «Massenmigration als Waffe - Vertreibung, Erpressung und Aussenpolitik».

In diesem Standardwerk untersucht die heute an der Stanford Universität tätige Politologin, wie Vertreibung, Flucht und erzwungene Zuwanderung in andere Länder als politische Waffe eingesetzt wurden und werden, um diese zu destabilisieren oder auch zu erpressen. Fazit: Diese strategisch konstruierte Migration klappt in drei von vier Fällen. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin, die Teile ihrer Forschungen bereits 2008 für die Harvard Kennedy School niederschrieb, führt Zusammenhänge auf, die sich wie eine Beschreibung dessen lesen, was zur Zeit in Deutschland und anderen europäischen Ländern passiert. Die Bedeutung dieser Forschungen reicht aber, wie gesagt, auch in andere Richtungen, da Greenhill die Motivlage für den US-französischen Krieg gegen Libyen neu ausleuchtet und andeutet, dass dieser Waffengang ein und allein deshalb geführt wurde, weil man die in Libyen aufgebaute Migrationsmauer für Europa einreissen wollte. «Man» heisst die USA als Konkurrent der EU plus die weltstaatlich orientierten weiteren Strippenzieher der Migration.



Was passierte da? 2009, im ersten Amtsjahr Obamas, wurde Gaddafi zum ersten Mal als Vertreter der afrikanischen Union zum G8-Gipfel zugelassen. Was nach Augenhöhe-Gesprächen aussah, war aber nichts als schlichte Täuschung, denn schon im Vorjahr hatte die US-Regierung verdeckte Kontakte zu Mitgliedern der libyschen Regierung aufgenommen, um zu eruieren, wie man den Staat dorthin bekommen könnte, wo man ihn hinhaben wollte. Dort wurde bereits der Vorteil für die Beteiligten diskutiert, die eine Beseitigung Gaddafis brächte. Natürlich ging es hier auch um die reiche Ölindustrie und die Aufrechterhaltung des Petrodollarsystems, das durch Libyens Pläne zur Einführung einer afrikanischen Goldwährung bedroht war.

Wikileaks veröffentlichte in diesem Zusammenhang eine Depesche vom Juli 2008, die eine Verbindung der US-Botschaft mit Schukri Ghanim, dem von Gaddafi eingesetzten Ministerpräsidenten und Erdölminister, nachweist. Die Depesche hält fest, wie die US-Botschaft mit dem Vermittler Ghanims übereinkam, dass es in Libyen keine ökonomischen und politischen Reformen geben werde, solange Gaddafi nicht tot ist. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte die US-Regierung bereits terroristische Milizen wie Al-Qaida und Rebellen im Kampf gegen die Regierung Gaddafi. Anfang 2011 begann dann die in transatlantische Lobbynetzwerke eingebettete Weltpresse (siehe Express-Zeitung Nr.4/Februar 2017) eine heftige Feindbildkampagne gegen Gaddafi. Im Flussbett davon folgte eine niedrigstufige Kriegsführung, die von NATO-Strukturen in Libyen zum Einsatz gebracht wurde, mit dem Ziel, die Stämme des Landes zu zerreissen. Der minimale Erfolg daraus bekam anschliessend unter grossem Tamtam das Siegel «Bürgerkrieg» umgehängt, den man nicht zulassen konnte. «Das libysche Volk muss geschützt werden» nannte das der frischgebackene US-Präsident Obama. [1]

Der Fall der libyschen Migrationsmauer

Im März 2011 schlossen sich die USA, Sarkozy-Frankreich und Grossbritannien mit den Vereinten Nationen zusammen, um eine Flugverbotszone über Libyen zu erzwingen. Das geschah, um die vom Westen bezahlten Rebellen zu schützen, die versuchten, Muammar Gaddafi zu stürzen. Wie bei den meisten NATO-Kriegen ging es auch hier nicht um die Befreiung eines unterdrückten Volkes von seiner Diktatur. Es ging auch ganz sicher nicht um die Verbesserung der sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnisse im Land, von denen sogar etliche Weststaaten nur träumen konnten. Wie üblich waren grössere geostrategische Motive bestimmend, da die USA die wachsende Zusammenarbeit Gaddafis mit Indien, Russland und China stoppen wollten.

Der gestürzte und ermordete libysche Präsident Muammar Gaddafi hätte die Massenmigration nach Europa aufhalten können.

Und es ging um die von langer Hand geplante Destabilisierung und Aufweichung des europäischen Kontinents: Als Libyen – das einst reichste Land des afrikanischen Kontinents – endlich zerstört am Boden lag, konnten durch dieses Land, das bislang auf Drängen vor allem Italiens der Schleusung von Wirtschaftsflüchtlingen Richtung Europa einen Riegel vorgeschoben hatte, Millionen von Migranten durchgeschleust werden, in erheblichem Umfang betrieben durch amerikanische Vorfeld-Organisationen bzw. -Organisierer. Noch im Sommer 2010, also nur Monate vor Beginn des Libyen-Kriegs, hatte Gaddafi bei einem Staatsbesuch in Rom ein Milliarden-Euro-Rund-um-Sorglospaket angeboten, mit dem die Migrationssperre effektiviert werden sollte.

Gaddafi warnte vor «barbarischer Invasion»

Er schilderte den Italienern das heraufziehende Unheil in grellen Farben: «Wir brauchen Unterstützung von der Europäischen Union, um diese Armee davon abzuhalten, von Libyen aus, das ihre Eingangspforte darstellt, überzusetzen. Was wird die Reaktion der weissen christlichen Europäer auf diese Masse hungriger, ungebildeter Afrikaner sein? Wir wissen nicht, ob Europa ein entwickelter, ein zusammenhaltender Kontinent bleibt oder ob er durch eine solch barbarische Invasion zerstört wird. Wir sollten uns bewusst sein, dass das passieren kann. Aber bevor es soweit kommt, müssen wir zusammenarbeiten.» [2]

Während Gastgeber Berlusconi tatsächlich nicht weniger als eine Milliarde lockermachte, wurde Gaddafi von anderen Seiten wegen seines Angebots heftig kritisiert. Auch dafür, dass er kurz zuvor das libysche Schleuserbüro des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (António Guterres) hatte schliessen lassen. Ein halbes Jahr später starteten Hillary Clinton und Nicolas Sarkozy ihren sogenannten «Bürgerkrieg» gegen Libyen. Noch einmal Wochen darauf folgten massive Luftangriffe, insbesondere der französischen und US-amerikanischen Luftwaffe gegen libysche Truppen und strategische Ziele im ganzen Land. In dieser Lage gab Gaddafi am 30. April 2011 im Spätprogramm des staatlichen Fernsehsenders eine einstündige Erklärung, die in folgender, direkter Ansprache gipfelte: «Jetzt hört mir einmal zu, ihr Leute bei der NATO. Ihr bombardiert die Mauer, die die afrikanische Migration nach Europa aufgehalten hat. Dieser Wall hat die Al-Qaida-Terroristen gestoppt. Dieser Wall war Libyen. Ihr reisst ihn nieder, ihr Irren. Wegen der Abertausenden Migranten aus Afrika, wegen eurer Unterstützung für Al Qaida werdet ihr in der Hölle schmoren.» [3]

1. wsws.org, WikiLeaks-Dokumente erhellen Hintergrund der US-gestützten Intervention in Libyen, 28.07.2011
2. dailymail.co.uk, «Pay me £4bn a year and I'll stop Europe from turning black»: Col Gaddafi demands EU cash to stop immigration via Libya, 31.08.2010
3. youtube.com, Gaddafi's Prophecy, 2011 – «Europe will turn black»

Die Teherankonferenz der Gegner des deutschen Reiches fand vom 28. November bis zum 01. Dezember 1943 statt. Zum primären Kriegsziel der Befreier vom Faschismus erklärte Wendel Willkie (†), der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt:

Als Kriegsziel Nummer eins hat die Abschaffung der rassischen Exklusivität zu gelten.

Bernard Lévy: Sarkozys heimatfeindlicher Einflüsterer

Wir finden Superschleuser George Soros, dessen politische Verbindungen zur damaligen US-Aussenministerin Clinton überaus eng waren, als eine Hauptfigur hinter dem militärischen Manöver in Libyen. Und so wie er in Amerika die gewaltsame Türöffnung zur Globalisierungsmigration förderte, so tat es die graue Eminenz der französischen Politik Bernard Lévy gegenüber Nicolas Sarkozy. Anfang März 2011 reiste er nach Bengasi, um Kontakt zum libyschen Nationalen Übergangsrat (die Gegner Gaddafis) aufzunehmen und, wie er selbst äusserte, einen Krieg mit dem Kriegsziel, Gaddafi zu stürzen, zu fördern.

Der «Kriegsphilosoph» Bernard Lévy war Sarkozys wichtigster Ratgeber im Krieg gegen Libyen.

Lévy: Alles Bodenständige ist uns «zuwider» und «widerwärtig»

Warum? Anscheinend weil Gaddafi das Bollwerk Europas gegen die ethnische Auflösung war. Lévy, dem allein die Erinnerungskultur des Holocausts als traditionell bewahrenswert gilt, gibt selbst zu, dass seine innerste Kriegserklärung der bodenständig gewachsenen Kultur gilt. So schrieb er: «Selbstverständlich sind wir entschieden kosmopolitisch, selbstverständlich ist uns alles Bodenständige – die Bourrée (Anm.: französischer Tanz), der bretonische Dudelsack, kurz gesagt alles typisch französische oder fahnenschwenkende – fremd oder gar zuwider. Vaterländer aller Art und der ganz altmodische Plunder in ihrem Gefolge widern uns im höchsten Masse an. All das ist nichts weiter als ein furchtsamer und verklemmter Rückzug auf die armseligste Identität. Patois zu sprechen, im Takt der Bourrée zu tanzen und im Klang von bretonischen Dudelsäcken zu marschieren, so grenzenlose Dummheit ist widerwärtig.»[1]

Es ist dies nur einer unter vielen anderen Aussprüchen Lévys, die sich in nicht mehr zählbarer RegelmässiGkeit immer wieder gegen die Ästhetik und Sinnhaftigkeit von Völkern, Rassen, Nationen, Kulturen, Identitäten und Traditionen richten. Der bereits angeführte Pentagon-Globalist Thomas Barnett würde ohne Zweifel jedes dieser Zitate unterschreiben. Auch er dürfte im Libyen-Krieg seine Finger im Spiel gehabt haben, arbeitete er doch damals schon als Chefanalyst der 2009 in Israel gegründeten Geheimdienstfirma Wikistrat.[2]

Was der frühere Strategie-Berater von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld während des afrikanisch-arabischen Frühlings und des Libyen-Kriegs so trieb, will er uns aber leider nicht sagen. *(tk)*

1. grasset.fr, L'idéologie française, 14.01.1981
2. africom.mil, WikiStrat Briefs Alternative Futures to AFRICOM Staff, 07.02.2014

Die USA tragen den Krieg nach Syrien

Das erste Kapitel der «Erfolgsstory» Massenmigration wurde in Syrien geschrieben. Hier begann die Wanderungsbewegung, an die sich der wesentlich grössere afrikanische Exodus dann anschloss. Wobei in Syrien anders als in den nachfolgenden Zulieferländern ausnahmsweise tatsächlich Notstand herrschte, weil die USA, die Türkei, Israel und Saudi Arabien den sogenannten «Bürgerkrieg» ins Land getragen hatten, um den iranischen Verbündeten Assad zu stürzen. Dieser Krieg wurde mit aller Brutalität geführt. Die mit Milliardensummen und modernen Waffen unterstützten überwiegend importierten «Freiheitskämpfer» sind zu 90 Prozent radikale Islamisten. Unter ihnen die ISIS-Milizen, blutrünstige Steinzeit-Muslime, welche sogar die afghanischen Taliban wie eine friedfertige Hochzeitsgesellschaft erscheinen lassen. Die syrische Zivilgesellschaft wurde durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen. Weil in einigen Orten die Versorgungslage zusammenbrach, mussten Abertausende in Aufnahmelagern um Schutz nachsuchen. Die Verwaltung dieser Auffangstationen oblag den Vereinten Nationen, die, wie wir gesehen haben (siehe S.11), bereits kurz nach dem Millenium in Studien auf die ökonomische Notwendigkeit hinwiesen, Europa mit Millionen von Migranten zu bevölkern.

Ein fairer Deal!

Amerikanische Bank hinter Bargeldtransfer der Migranten?

Akteure aus den USA waren es auch, die den Flüchtlingen auf der östlichen Balkanroute ein ideales Geldüberweisungssystem einrichteten, noch bevor der Hauptstrom sich überhaupt in Bewegung setzte. Der amerikanische Bankenkonzern Western Union hatte dafür bereits im Juni 2015 an der türkisch-bulgarischen Grenze ein dichtes Logistik-Netz mit einer Vielzahl an Auszahlungsstellen aufgebaut. Der Konzern weist eine Spezialisierung auf anonymen Versand von Bargeld auf, auch wenn man kein Girokonto hat, was für 99 Prozent der Migranten galt und gilt. Die Versorgung der von der Türkei aufbrechenden Menschenmassen mit Cash konnte so zu einem Zeitpunkt sichergestellt werden, wo, glaubt man den Beteuerungen deutscher und österreichischer Politiker, noch nicht absehbar war, dass derart starke Flüchtlingsströme auf dem Weg seien. «Warum ist diese Information so brisant?», fragt Epochtimes. Und antwortet: «Banken eröffnen keine noch so kleine Filiale, wenn sie sich nicht sicher sein können, damit auch Geld zu verdienen. Western Union – das US-Unternehmen – muss folglich bereits im Frühjahr 2015 Informationen gehabt haben, dass hier ein grosses Geschäft auf sie zurollen wird. Informationen, die unserer Regierung angeblich nicht zugänglich waren. Wir haben folglich einen Sekundärbeweis, dass in Kreisen der US-Finanz mit einem Anschwellen der Migration Richtung Zentraleuropa gerechnet wurde. Die Frage ist jetzt, woher sie das wussten.» [1]

1. epochtimes.de, Western Union und die geplante Logistik der Migrantenströme, 08.11.2015

US-Geheimdienstchef kündigt Kriege in Europa an

Foto: SørenKierkegaard (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:George_Friedman.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Anfang Februar 2015 sagte der bedeutende amerikanische Sicherheitsexperte George Friedman, Chef der privaten Geheimdiensts Stratfor, auf der Konferenz des «Chicago Council on Global Affairs»: «Europa wird nicht unbedingt zum 30jährigen Krieg zurückkehren, aber sie werden ihre Kriege haben. Es wird keine hundert Millionen Tote geben, aber die Idee von der europäischen Konfliktfreistellung wird als erstes sterben.»
Fragen Sie sich nicht, wie der Mann für unsere Tage so klarsichtig über Merkels grossartiges Friedensprojekt EU sprechen konnte? Ein kleiner Denkanstoss: Friedmans informelle Beziehungen in die staatliche Geheimdienstwelt Nordamerikas und die zur Aufstandsfirma von George Soros sind ganz hervorragend.

// Flüchtlingsströme via Griechenland in die EU im Jahr 2015 vs. NATO-Operationen

Ursprungsländer in ROT // Übergangsländer in ORANGE // Griechenland in BLAU // Zielländer in GRÜN // Migrationspfade in SCHWARZ

318'000 FLÜCHTLINGE
kamen von Anfang Januar bis Mitte September 2015 in Griechenland an, darunter:

70% aus Syrien

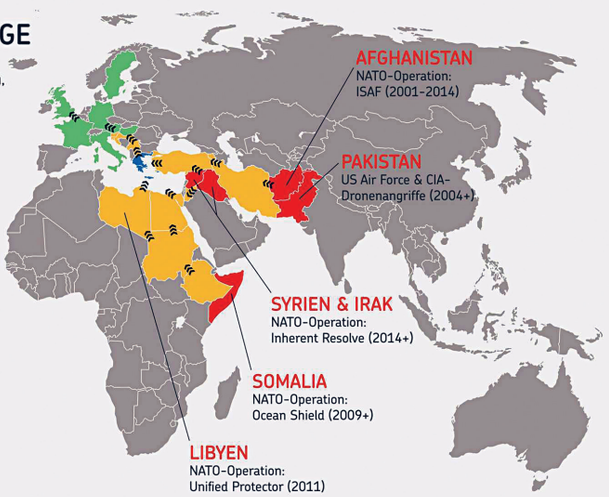
19% aus Afghanistan

4% aus dem Irak

3% aus Pakistan

1% aus Somalia

3% aus anderen Ländern



Datenquellen: UNHCR Refugees/Migrants Emergency Response – Mediterranean, http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=83 (accessed 17-09-2015)
EUROSTAT Asylum quarterly report, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_report (published 16-06-2015)
© Alexandre de Robaulx de Beaurieux, SIPER AG 2015, www.siper.ch

Swiss Institute for Peace and Energy Research
SIPER

Foto: Niccolò Caranti (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-George_Soros_-_Festival_Economia_2012_01.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

OPEN SOCIETY FOUNDATION

George Soros: Finanzier der Migrations-Infrastruktur

Zumindest offiziell hat keine zweite private Partei so viel Geld in die Massenmigration investiert wie der Milliardär George Soros. In Ungarn geboren, machte Soros auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs zuerst als Teenager Geschäfte mit den Nazis (er nennt dies die glücklichste Zeit seines Lebens), scheffelte dann nach dem Krieg durch Spekulationen an der Börse Milliarden und schiebt seitdem in Sachen Umsturz weltweit Kulissen. Letztere Unternehmungen kreisen bei ihm um meist drei Kernziele:

1) die Ruinierung gewachsener Nationalstrukturen
2) das finanzielle Plus auf dem eigenen Konto
3) strategische Gewinne der US-Geopolitik

Soros begleitete praktisch die gesamte jetzt anlaufende Völkerwanderung von ihrer Entstehung bis zur Flutung Kerneuropas.

Soros hatte über seinen Open Society Fonds bereits den arabischen Frühling angeschoben, durch sein «American Ukraine Advisory Comittee» war er der Mann hinter der Destabilisierung in der Ukraine. Wir finden seine verborgene Hand in der Revolutionierung Serbiens, etliche sogenannter «Farbenrevolutionen» kommen hinzu. Immer in Zusammenarbeit mit US-Geheimdienst-Frontunternehmen wie NED und Freedom House stärkten seine Attacken die amerikanische Geostrategie und schwächten Gegner, insbesondere Russland, oder nach aussen hin befreundete Konkurrenten, wozu in erster Linie die EU zählt. *(tk)*

Ministerpräsident Ungarns: Soros fördert mit enormen Mitteln illegale Einwanderung

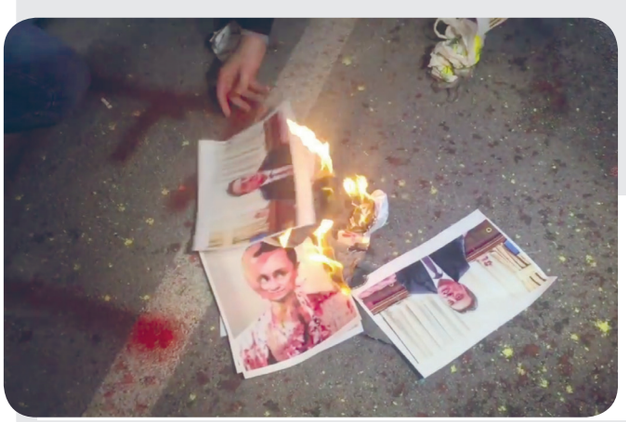
Foto: European People's Party (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Viktor_Orb%C3%A1n_(13581867193).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Soros' Einflussnahme auf den in Europa anlandenden Flüchtlingsstrom ist unübersehbar. Als führende Person der osteuropäischen Islamisierungskritik sagte Ungarns Regierungschef Viktor Orban, dass Soros «vor der Öffentlichkeit verborgen und unter Einbeziehung seiner ungarischen Organisationen mit enormen Mitteln die illegale Einwanderung fördert.» [1]

1. derstandard.at, Orban: Soros finanziert illegale Migration nach Europa, 15.04.2017

Öffnete Soros die Balkan-Schleuserroute durch eine Revolution in Mazedonien?

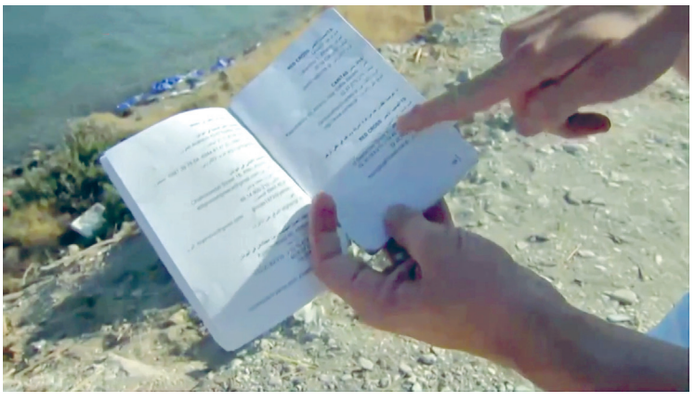
Im Juni 2015 zündelte Soros bereits auf der Balkan-Schleuserroute, konkret im verschlafenen Ländchen Mazedonien. Ein formal gut kontrollierbares Nadelöhr, an dem die Wochen später ankommenden Menschenmassen blockiert werden konnten, dies aber entgegen früheren Gepflogenheiten nicht mehr wurden. Ein folgenschwerer Aussetzer. Ist er direkt der brutalen Lobbyarbeit des hochelitären Strippenziehers Soros zuzuschreiben? Vieles bleibt hier noch heute im Dunkeln. Fakt ist jedoch, dass Soros im Verbund mit der formal serbischen Revolutionsfirma Canvas (vormals Otpor) und CIA-Frontorganisationen wie der «Agentur für internationale Entwicklung» (USAID) oder «Nationale Demokratiestiftung» (NED) die gewählte mazedonische Regierung nah an einen Umsturz brachte. Es ist der Job von Militärgeheimdienstlern, dafür zu sorgen, dass man ihre Spuren allenfalls an der Oberfläche erkennt. [1,2]



1. strategic-culture.org, Nuland attempts Kiev Version 2.0 in Skopje, 16.02.2015
2. spiegel.de, Die neuen Routen der Schleuser, 01.03.2016

Soros‘ Handbücher zur mühelosen Migration nach Europa

Im September 2015 fand ein britisches Sky-News-Reporterteam auf der griechischen Insel Lesbos kleine Handbücher, die bereits in der Türkei, scheinbar aber auch schon im arabischen und afrikanischen Raum, an Migranten verteilt worden waren. Titel: «Wie komme ich am besten nach Europa». Darin wird auf Arabisch (auf der Onlineseite des Herausgebers auch auf Farsi, Englisch, Französisch) detailliert beschrieben, wie man am besten in die reichen Länder der EU einwandern kann: Karten, Marschrouten, Rechte in den EU-Staaten, Aufklärung über die speziellen Sozialsysteme und wie man sie anzapft; Tipps für ein möglichst unnachgiebiges und forderndes Auftreten in Deutschland, um die versprochenen Gaben auch zu bekommen; welche Geschichten man den europäischen Behörden erzählen soll. Hier fehlt es wahrlich an nichts. Herausgeber der Schriften ist der Verein W2EU, was für «Welcome to EU» (Willkommen in der EU) steht. (1)



W2EU ist eine der vielen typischen NGOs (Nichtregierungsorganisation), die offen zu illegaler Einwanderung und damit zum Rechtsbruch auffordert. Sie gehört über ihre Mutterorganisation «Border Monitoring EU», die wiederum zum «Migrants Rights Network» gehört, zum «Open Society»-Netzwerk von George Soros. (2)

1. news.sky.com, Sky Finds 'Handbook' For EU-Bound Migrants, 13.09.2016
2. w2eu.info

Österreichischer Geheimdienst: US-Organisationen bezahlen die Schlepper

Am 12. August 2015 meldete die EpochTimes: «‚Gemäss Informationen eines Mitarbeiters des österreichischen Abwehramts sollen Erkenntnisse darüber vorliegen, dass US-Organisationen die Schlepper bezahlen, welche täglich tausende Flüchtlinge nach Europa bringen‘, schreibt info-direkt.at. Das Abwehramt ist der Nachrichtendienst des österreichischen Bundesheeres und untersteht dem Bundesministerium für die Landesverteidigung. ‚Schlepper verlangen horrende Summen, um Flüchtlinge illegal nach Europa zu bringen. Die Bedingungen sind oft sehr schlecht, trotzdem kostet ein Transport aktuell zwischen 7000 und 14000 Euro. Nach Region und Schlepperorganisation unterschiedlich.‘ ‚Es gibt Erkenntnisse darüber, dass Organisationen aus den USA ein Co-Finanzierungsmodell geschaffen haben und erhebliche Anteile der Schlepperkosten tragen. Nicht jeder Flüchtling aus Nordafrika hat 11000 Euro in Cash. Fragt sich niemand, woher das Geld kommt?‘ Über derartige Zusammenhänge herrsche eine strikte Nachrichtensperre, schreibt info-direkt.at.» (1)

1. epochtimes.de, «USA bezahlt Schlepper!»: Das sagt Österreichs Geheimdienst über Flüchtlinge, 12.08.2015

Oberstleutnant der libyschen Küstenwache: Schlepper und NGOs stecken unter einer Decke

Die von den Massenmedien kolportierte Information, dass die Flüchtlinge mitten auf dem Meer um ihr Überleben kämpfen, ist nicht ganz richtig. Auch Marine und Küstenwache spielen hier eine untergeordnete Rolle, denn die verantwortliche IOM (siehe S.9) informiert lieber andere Organisationen: NGOs, die fast alle unter amerikanischer Flagge segeln und meist – Überraschung – mit George Soros in Verbindung stehen. Es war die britische Tageszeitung Daily Mail, die aus Tripolis berichtete, dass es Hinweise darauf gibt, denen zufolge einschlägige NGOs entgegen ihrer eigenen Dementis mit den Schleppern in regelrechten Geschäftskontakten stehen und diese auch lotsen. Tarek Shanboor, Oberstleutnant der libyschen Küstenwache, sagte dem Blatt, er habe Bankdaten und Telefonmitschnitte, die das beweisen und ebenfalls zeigen, dass die NGOs auch Geld für Migranten aufbringen, die sich die teure Überfahrt nach Europa selbst nicht leisten können. Er habe entsprechende Belege für Absprachen zwischen Stiftungen und Schleppern an Grenzwachtfunktionäre in Brüssel weitergereicht. Shanboor wörtlich: «Die NGOs verstärken die Krise durch dieses Verhalten. Wir können jetzt

beweisen, dass sie mit den Schmugglern unter einer Decke stecken. Die Schmuggler rufen die Hilfsorganisationen direkt an und es gibt auch direkte Geschäftsbeziehungen zwischen ihnen.» (1)

1. dailymail.co.uk, Charities ‘pay people traffickers’: Libyan coastguard’s astonishing claim... cash handed to criminal gangs so they ‘deliver’ refugees, 11.06.2017

Die kriminellen NGO-Menschenschmuggler und ihre Schiffe

Insgesamt waren es 15 Schiffe von 9 NGOs, die die Migranten illegal nach Europa transportierten, welche von Gefira über Marinetraffic.com beobachtet wurden. Hier nur 7 Schiffe von 6 Organisationen, von denen viele nachweislich Millionensummen von Soros' Open Society Stiftung erhielten.

Die Topaz Responder
der NGO MOAS

Die Vos Hestia
der NGO
«Save the Children»

Die Aquarius
der NGO SOS Méditerranée

Die Juventa
der NGO «Jugend rettet»

Die Golfo Azzurro der
NGO Proactiva Open Arms

Die Bourbon
Argos

Die Dignity 1

der NGO «Ärzte ohne
Grenzen»

Die organisierte Seenotrettung von NGOs und Schleppern

Martin Sellner, unerklärter Kapitän der Identitären Bewegung, der mit einem gecharterten Schiff in libyschen Gewässern den Schlepperbanden auf die Spur rückte, meldete als einer der ersten, dass von NGOs betriebene Schiffe die Flüchtlinge bereits wenige Kilometer vor der libyschen Küste aufnehmen. Bestätigt wurde diese Beobachtung von der niederländischen Stiftung Gefira, die über mehrere Monate den Schiffsverkehr zwischen Libyen und Italien mit Hilfe des professionellen Positionstrackerdienstes Marinetraffic.com observierte: Dabei wurden konkret 15 Schiffe verfolgt, die NGOs gehörten oder von ihnen gemietet waren. Sie alle verliessen regelmässig italienische Häfen, begaben sich in den Süden, hielten vor der libyschen Küste kurz an, holten ihre Menschenfracht an Bord und nahmen dann wieder Kurs auf ihre Häfen in Italien. Die Schleuser als kooperierende Partei benutzen derweil hochseeuntaugliche Schlauchboote, die so Gefira wörtlich, «einige Seemeilen durchhalten, was gerade reicht, um die Flüchtlinge mit einem der Schiffe abzuholen, die zahlreichen NGOs angehören und 8 bis 12 Seemeilen von der libyschen Küste entfernt abwarten. Die Menschen werden dort an Bord genommen.» Sie werden dann, wie gesagt, nicht in den nächstgelegenen nordafrikanischen Hafen, also nach Libyen oder Tunesien, gebracht, sondern auf erheblich weiter entferntes europäisches Territorium. Meist nach Italien oder Malta. Die NGOs brechen damit systematisch das internationale Seerechts-Übereinkommen, was aber von der Europäischen Kommission nicht geahndet wird. Gefira weist darauf hin, dass die Schmuggler, kurz nachdem sie die internationalen Gewässer erreicht haben, ein Rettungssignal an die patrouillierenden Schiffe senden. Die Schlepperei ist demnach sehr professionell organisiert. Innerhalb von zwei Monaten (Oktober und November 2016, also lange nach der Hochphase Ende 2015) registrierte Gefira über 39 000 nach Europa transportierte Migranten. [1,2,3]

Englands ältestes Nachrichtenmagazin Spectator bestätigte den mediterranen Shuttle-Service in einem ausführlichen Hintergrundbericht. Die Redaktion hat ihrem Artikel eine Zeichnung beigestellt, die ein Schlepperschlauchboot neben einem NGO-Schiff zeigt, auf welchem in Leuchtschrift das Wort «Taxi» prangt. [4]

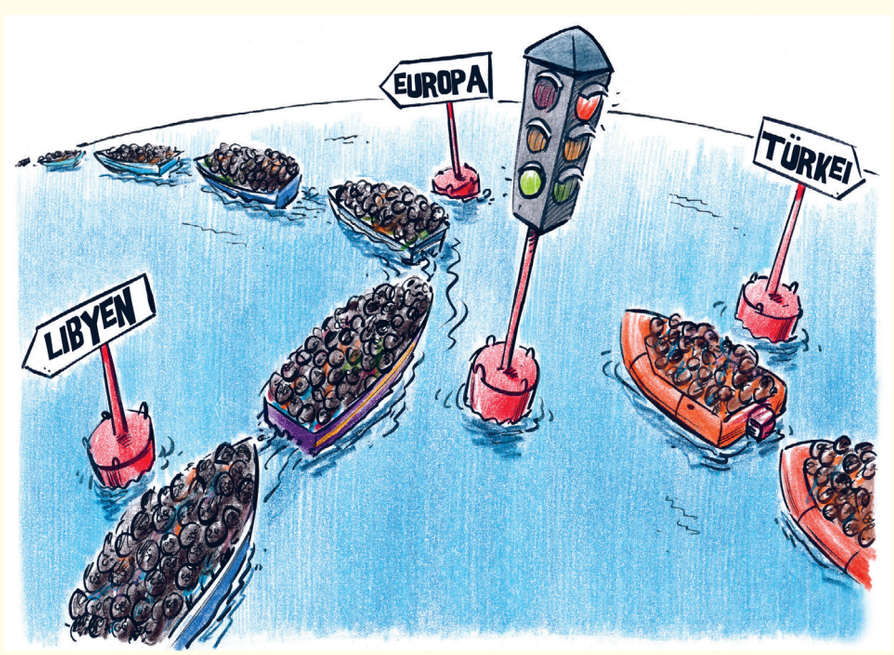


Foto: Copyright by World Economic Forum. swiss-image.ch/Photo by Sebastian Derungs (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:George_Soros_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2010.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

George Soros sagte in absoluter Kaltschnäuzigkeit von sich selbst:

Wenn es jemals einen Mann gab, der dem Stereotyp eines jüdisch-plutokratischen, bolschewistischen, zionistischen Weltverschwörers entspricht, dann bin ich das.

(George Soros, "Soros on Soros", John Wiley&Sons, New York 1995, S.239)

Millionengeschäft NGO

Über die Taxi-Unternehmer der NGOs schreibt wiederum die dänische Europe News unter der Schlagzeile «Ein profitables Geschäft im Mittelmeer - Zusammenarbeit von NGOs und Schleppern» am 24. April 2017. Auszugsweise lesen wir:

«Fangen wir mit der grössten Organisation an: Ärzte ohne Grenzen (ÄOG), die im Jahr 2016 drei Schiffe hatte: Dignity 1, Bourbon Argos und Aquarius. Heute ist nur die Aquarius aktiv sowie ein neues 75 Meter langes Schiff namens Prudence mit tausend Schlafplätzen. Ein gigantisches Schiff. Einer der Gründer ist Bernard Kouchner, ein Arzt, der aber mehr in der Politik als im OP aktiv war. Im Jahr 2007 wurde er von Nicolas Sarkozy zum Aussenminister jener Regierung ernannt, die Muammar Gaddafi bombardierte und aus Libyen ein gesetzloses Land gemacht hat, von wo aus nun die Migrantenboote starten. Menschen, die mit ÄOG zu tun haben, kann man gleichzeitig als Ursache und Lösung der Migrationskrise beschreiben. Die Organisation gibt gewaltige Summen zur Rettung von Flüchtlingen aus, scheint aber keinerlei Geldprobleme zu haben. Im Jahr 2016 nahm sie 38 Millionen Euro ein, dank 320 000 Spendern, 9,7 Mio Euro an Geldgeschenken - davon wurden 1,5 Mio zur Erhaltung der Bourbon Argos benutzt - und 3,3 Mio. kamen von Firmen und Stiftungen. Herausragend dabei: Die Open Society Stiftung von George Soros. Open Society und ÄOG schieben auch munter Personal hin und her, ganz so, als ob es eine Familie wäre.

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN

Zufälligerweise finanziert Soros, auch noch eine weitere Organisation, die ziemlich aktiv ist bei der Rettung von Flüchtlingen: ‚Save The Children'. Die anerkannte internationale Organisation betreibt unter anderem ein 62 Meter langes Schiff: Die Vos Hestia, die unter italienischer Flagge fährt und zwei Rettungsboote hat. Geld scheint kein Problem zu sein. Im Jahr 2015 standen 80,5 Millionen Euro in den Bilanzen.

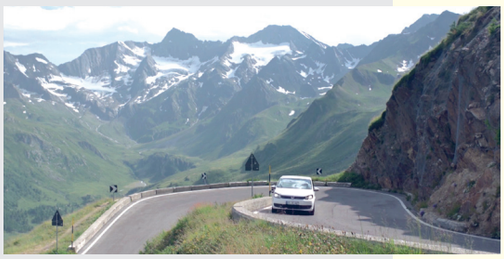
Save the Children

Die merkwürdigste Organisation heisst MOAS «Migrant offshore aidstation». Eine Maltesische Organisation mit zwei Schiffen (Phoenix und Topaz Responder), mehreren Rettungsbooten und Drohnen. MOAS wurde 2013 von den italienischen Unternehmern Christopher und Regina Catrambone gegründet, die dank der Tangiers Group - einer Versicherungsagentur, die sich auf Nothilfe und Geheimdienstoperationen «spezialisiert hat» - zu Millionären wurden. Unter ihren vielen und reichen Partnern sind AVAAZ.org, die 500 000 Euro gespendet haben, welche sich wiederum zu MOVEON.org zurückverfolgen lassen, die wiederum zu dem omnipräsenten George Soros gehören.»

MOAS
MIGRANT OFFSHORE AID STATION
www.moas.eu

Nicht genannt wird im Artikel der Europenews übrigens die antifaschistische britsche NGO «Hope not Hate», die mit falschen Anschuldigungen gegen Sellners «Defend Europe»-Projekt zwei ergebnislose Polizeieinsätze gegen sein Schiff provozierten. Durch einen Dokumenten-Leak kam heraus, dass auch diese Organisation von Soros' Open Society finanziell unterstützt wird. *(tk)*

1. youtube.com, people trafficking, 03.12.2016
2. gefira.org, Flotte der Nichtregierungsorganisation kreist an der libyschen Küste
3. gefira.org, Warum kann die italienische Regierung das Problem der Schmugglerboote auf dem Mittelmeer nicht lösen? Weil sie das nicht will
4. spectator.co.uk, Madness in the Med: how charity rescue boats exacerbate the refugee crisis, 22.07.2017



In einem professionell gedrehten Film werden Zuschauer auf der Webseite «Fluchthelfer.in» zum gesetzeswidrigen Schmuggel von Migranten über europäische Grenzen angestiftet. Der Film zeigt ein deutsches Ehepaar, das einen Schwarzafrikaner illegal über die Alpen nach Deutschland transportieren will. Der Mann kommentiert die kriminelle Tat so: «In der Geschichte gab es schon öfter Fluchthelfer/innen und das war in den betreffenden Staaten illegal. Doch das eigentliche Urteil wird nicht vor Gericht, sondern in den Geschichtsbüchern gesprochen.» Das zum Rechtsbruch anregende Machwerk wurde mit einer Nominierung für das Europäische Verdienstkreuz belohnt, d.h. die EU erlässt Gesetze, deren Missachtung sie nicht nur toleriert, sondern sogar mit höchstem Lob bedenkt. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen den Respekt vor Recht und Gesetz verlieren, wenn ein Staatsbund den Bruch seiner eigenen Gesetze offen unterstützt.

Fluchthelfer.in: Europäisches Verdienstkreuz am Bande für organisierten Gesetzesbruch

Wie schon während des arabischen Frühlings gaben sich in Europa wieder einmal revolutionäre Aktivisten dafür her, der Subversion des eigenen Landes als Werkzeug zu dienen. In Deutschland war es das damals durchweg mit angloamerikanischen Aktivisten besetzte Berliner Kollektiv PENG, das sich als Fluchthelfer betätigte. [1]

Ihre zum Erwerb einer passenden Endung in Indien gehostete Migrationshomepagedomain ist «Fluchthelfer.in». Hier werden deutschsprachige Europäer dazu aufgefordert, Flüchtlinge illegal über die Grenze nach Deutschland und Österreich zu schleusen. Die Webseite bietet zahlreiche Tipps und Tricks, wie man zu einem professionellen Fluchthelfer wird. Die einzelnen Ausführungen strotzen vor Selbstbewusstsein:

«Werde jetzt Fluchthelfer/in und unterstützte Menschen auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft. Du kannst z.B. auf dem Rückweg aus dem Urlaub Flüchtende mitnehmen. Im Rahmen einer Fluchthilfetätigkeit könnt ihr dazu beitragen, eine freie Gesellschaft möglich zu machen. Innerhalb des Schengen-Raumes ist das sogar ohne signifikantes Risiko und relativ einfach zu realisieren. Wir wissen von vielen Menschen, die Fluchthilfe leisten wollen. Auf der anderen Seite wissen wir von Ministerien und Polizeiverbänden, die mit den Säbeln rasseln, um das aufzuhalten. Beschwer dich! Das grösste Hindernis für die Fluchthilfe: Die Grenzkontrollen der deutschen Bundespolizei. Teile den Zuständigen mit, dass für Racial Profiling in Europa kein Platz ist. In den meisten Fällen dürften Fluchthelfer/innen, selbst wenn sie erwischt werden sollten, nach unserer Einschätzung, straffrei bleiben oder zumindest mit einer Geldstrafe davonkommen. Vor allen Dingen das erste Mal.» [2] *(tk)*

Ein Projekt von George Soros?

Möglich, dass das PENG-Kollektiv den Aufruf selbst formuliert hat, sicher sogar, dass es als unmittelbarer Ansprechpartner vor Ort dient. Nur Besitzer bzw. Betreiber von Fluchthelfer.in sind die Berliner Linken offenkundig nicht. Eine «Domain Who is»-Abfrage besagt jedenfalls, hinter Fluchthelfer.in steht die US-Organisation Ayn Rand Institute. Dort liest man einige Inhaberdaten und einen Namen: Bernard C. Piqochet

Die der nationalliberalen österreichischen FPÖ nahestehende Nachrichtenseite unzensuriert.at vermutete, dass die Revolutionsschmiede von George Soros hinter Fluchthelfer.in stehe. Bernard C. Piqochet entpuppte sich dabei nach Internetrecherche als erfundener Name. Unzensuriert schreibt: «Tatsächlich existent ist allerdings ein Paul von Ribbeck, dem wohl auch die in der Registrierung der Webseite eingetragene Mailadresse PaulRibbeck@riseup.net gehört. Er steht in Verbindung mit dem PENG Kollektiv.»

Das Rise-Up-Kollektiv, dem Ribbeck laut Mailadresse offensichtlich ebenfalls angehört, definiert sich wiederum so: «Das Riseup-Kollektiv ist eine autonome Einrichtung mit Sitz in Seattle mit Kollektivmitgliedern weltweit. Unser Ziel ist die Schaffung einer freien Gesellschaft, einer Welt mit Freiheit von Not und Freiheit der Meinungsäusserung. Eine Welt ohne Unterdrückung oder Hierarche, wo die Macht gleich verteilt ist. Wir tun dies, indem wir unseren Verbündeten Kommunikations- und Computerressourcen zur Verfügung stellen, die sich im Kampf gegen Kapitalismus und andere Formen der Unterdrückung engagieren.»

Am gleichen Ort heisst es - inzwischen auch auf Deutsch: «Wir arbeiten an der Revolution für eine freie Gesellschaft.» All das klingt zumindest von der Programmatik her wie eine Soros-Stiftung. [3,4,5]

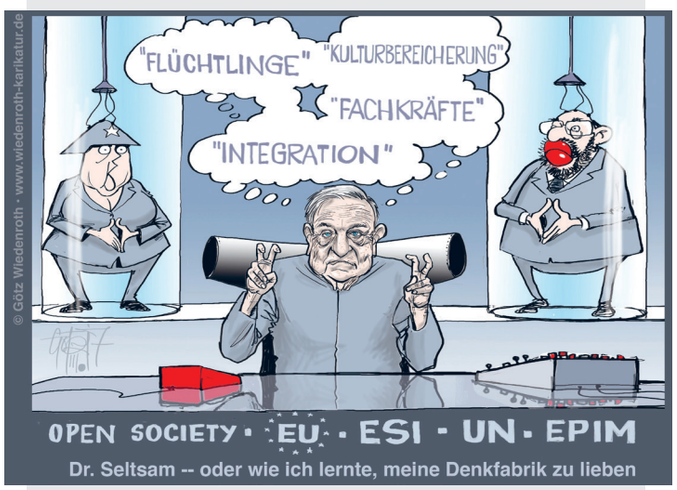
Übrigens: Die Internetseite Fluchthelfer.in ist in dieser Art weltweit einzigartig. Es ist interessant, dass sich Rise Up als amerikanische Organisation nur in Deutschland für offene Grenzen verwendet, eine vergleichbare Kampagne aber nicht zuhause fährt. Fluchthilfe von Mexiko in die USA könnte ja für diese Strippenzieher durchaus ebenfalls Thema sein. Ist es aber nicht. Auch das verstärkt die Vermutung, dass US-Geheimdienste und somit die US-Regierung oder der politisch auf europäische Umstürze spezialisierte Soros hinter dieser Kampagne stecken. Beide haben die Mittel, beide haben das Know-How, beide verfügen über Lobbyzugänge ins europäische Establishment, das sich abwehrtechnisch in der Migrationsfrage auffallend schwach darstellte.

Dass es im Sommer 2015 ein stilles Einverständnis oder sogar Mittun seitens der Angegriffenen gab, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass das Fluchthilfeprojekt trotz offenem Aufruf zu Rechtsbruch juristisch nie zu Verantwortung gezogen wurde. Mehr noch: Fluchthelfer.in hostet auf seiner Netzheimseite einen sehr aufwändig und teuer produzierten Promofilm, in dem die ach so obrigkeitsfeindlichen Aktivisten mit - bitte festhalten - einer Auszeichnung durch die EU werben. Laut eigener Aussage vom 7. August 2015 habe man für die Schlepperтätigkeit das Europäische Verdienstkreuz am Bande bekommen. [6]

1. pen.gg/de
2. fluchthelfer.in, Werde Fluchthelfer.in
3. unzensuriert.at, Steckt rechter US-Thinktank oder linkes Revolutions-Kollektiv hinter «Fluchthelfer»-Kampagne?, 06.08.2015
4. annalist.noblogs.org, Google Hoax – The Nest will survive, 09.05.2014
5. riseup.net, Über uns
6. jib-collective.net, Fluchthelfer.in

Soros‘ Lobbynetzwerk in Brüssel

Das Handling der Migrationskrise durch die betroffenen zentraleuropäischen Staaten zeigt: Wir haben es nicht nur mit einer feindlichen Operation von aussen zu tun. Die Schlepperclique fand sich von Anfang an auch in den Zielländern der Menschenströme, und zwar in höchsten Positionen. Wer nun denkt, hier sässen in den zuständigen Ämtern und Regierungsbehörden überall Angestellte des Soros-Konzerns, greift zu kurz. Sicher gibt es diese. Aber das ausgespannte Netz des Umsturz-Mäzens funktioniert in den meisten Fällen subtiler. Es ist insbesondere in die Medienlandschaft und regierungsamtliche Vorfeldorganisationen hineinverwoben. Der ungarisch-stämmige Milliardär finanziert, so Viktor Orban in einem Interview, «zahlreiche als zivile Vereine getarnte Lobbyorganisationen und unterhält ein richtiggehendes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen 100 Menschen, einer eigenen Universität.» [1]



Soros-Agenten im EU-Parlament

In Brüssel läuft dieses Lobbying noch viel intensiver und deshalb noch funktionstüchtiger. Wie erfolgreich der US-Haudegen im schlagenden Herz der Europäischen Union seine Ideen durchsetzt, offenbarte sich, als Datenbanken von Soros im August 2016 einem grossangelegten Hacker-Angriff ausgesetzt waren. Die Verantwortliche Transparency-Gruppe «DC Leaks» veröffentlichte im Zuge ihrer Aktionen hunderte von internen Dokumenten aus mehreren Kampfbüros des Milliardärs, insbesondere aus den Stiftungen der Open Society Stiftung. Unter ihnen findet sich auch ein Dokument über die Einschätzung von EU-Abgeordneten unter dem Titel «Verlässliche Alliierte im Europäischen Parlament». Es listet jene Abgeordneten des EU-Parlaments auf, die den Werten der Soros-Organisation in der Legislaturperiode 2014 bis -19 nahestehen oder sie aktiv unterstützen. Insgesamt werden von 751 Abgeordneten des Europa-Parlaments nicht weniger als 226 im Dokument aufgelistet. Das ist fast ein Drittel.

Aus Deutschland werden vor allem Mandatsträger der Grünen, Linken, aber auch der Liberalen und Sozialdemokraten angeführt. Darunter etwa die Linken-Abgeordneten Cornelia Ernst, Sprecherin der Delegation «die Linke» im EU-Parlament und Gabriele Zimmer, Vorsitzende der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken. Aber auch Alexander Graf von Lambsdorff, im Europaparlament Vorsitzender der FDP-Gruppe, stellvertretender Präsident des Europäischen Parlaments. Rebecca Harms von den Grünen, im Europaparlament bis 2016 Vorsitzende der Fraktion «Die Grünen - Europäische freie Allianz». Und der CDU-Aussenpolitiker Elmar Brook, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Dass sowohl der in die deutsche Politik übergewechselte bisherige Europaparlamentspräsident Martin Schulz sowie seine sämtlichen Stellvertreter, ausserdem alle Mitglieder des Präsidentenrates, den Soros-Idealen und -Organisationen nahestehen, überrascht nicht.[2]

Das Milliardennetzwerk EPIM

Um zu verstehen, wie diese ideologischen Eingemeindungen zustande kommen, reicht ein kurzer Blick auf die Ressourcen der Lobbypolitik, die seit vielen Jahrzehnten dem gleichen Reglement folgen. Im einfachen Headhunting werden Politiker ganz direkt geworben, sprich: Finanziell und logistisch unterstützt. Daneben wird im politischen und medialen Instanzenpool erst Präsenz aufgebaut, dann Meinungshoheit hergestellt und schliesslich auch durchgesetzt. Nötigenfalls auch mittels Druckausübung. Ein gutes Beispiel für letzteres Vorgehen vollzieht das seit 2005 in Brüssel einflussreiche «European Programme for Integration and Migration» (EPIM), eine der wichtigsten Pro-Immigrations-NGO, die Soros' Open Society Stiftung Schulter an Schulter mit anderen internationalen Stiftungen sponsert- zusammengerechnete Kapitalsumme von mindestens 34 Milliarden Euro.

«Das EPIM, welches auf europäischer Ebene Pro-Migrationslobbys vernetzt, überwacht unter anderen die Medienberichterstattung in Europa», schreibt die langjährige Tagesschau-Sprecherin Eva Herman in der Wochenzeitung Preussische Allgemeine. «Schon 2012 hiess es dort, Europa sehe sich zunehmendem Populismus ausgesetzt. Die Politik und Mediendebatte sei immer stärker polarisiert. Kurz darauf wurden EU-weite Kontroll- und Monitoringprogramme eingesetzt, auf deren Grundlage seither die Medien zum Thema Immigration streng überwacht werden. Politisch unkorrekte Übeltäter wie Ungarn oder Tschechien werden seither öffentlich abgestraft. Wer sich also wundert, dass Deutschlands Massenmedien meist gleichgeschaltet Unwahrheiten berichten, mag hier einige Gründe erkennen.

Das EPIM-Partnernetzwerk ist riesig. Es hat heute über 450 Organisation in 45 europäischen von Immigration betroffenen Staaten als Partner, die es mitfinanziert. Wer bei EPIM unterkommt, erhält nicht nur Geld, sondern auch vielzählige Einladungen nach Brüssel. Dort wird er zielgerichtet und migrationskonform geschult und umerzogen.»[3] *(tk)*

ESI und der «Merkel-Plan»

An dieser Stelle soll noch ein weiterer privater Nebenregierungsplayer benannt werden: Es ist die «Europäische Stabilitätsinitiative e.V», kurz ESI. Sie haben richtig gelesen: e.V. Also ein eingetragener Verein. Das klingt nach Taubenzüchtern, geradezu läppisch. Aber diesen äusserlichen Rahmen finden wir bei verschiedenen wichtigen Lobbygruppen, die in Wahrheit sehr mächtig sind, weil sie enorme Geldmittel zur Verfügung haben und dazu beste Verbindungen zur Politik, dem Militär, den Geheimdiensten, der Diplomatie und den Medien. So ist das auch bei der Europäischen Stabilitätsinitiative.

Man erkennt es bereits an den ersten Förderungen: Die Robert Bosch Stiftung, das Open Society Institute, die Rockefeller Stiftung, die Europäische Kommission, das deutsche Auswärtige Amt, der German Marshall Fund of the United States sind nur einige Namen. Viele Entscheidungen der Merkel-Regierung in der Flüchtlingskrise gehen auf sogenannte Beratungspapiere eben dieser globalisierungsbesessenen Lobbygruppe zurück. Sie entwickelte beispielsweise 2015/16 den «Merkel-Plan», ein Programm, bei dem

a) zwischen 200 000 und 500 000 syrische Flüchtlinge aus der Türkei direkt nach Deutschland transportiert werden, vorgeblich, um die Türkei zu entlasten.

Gleichzeitig sollte – ein direkter Widerspruch – b) ein Rückführungsabkommen mit der Türkei umgesetzt werden und alle Flüchtlinge, welche Europa über die Ägäis oder über die türkisch-griechische Landesgrenze erreichen, in die Türkei abgeschoben werden.

ESI
European Stability Initiative
BERLIN - BRUSSELS - ISTANBUL

THE MERKEL PLAN

Restoring control; retaining compassion

A proposal for the Syrian refugee crisis

4 October 2015

Teil a) des Plans, der Import 100 oooer Migranten, wurde im Türkei-Abkommen vom März 2016 umgesetzt, Teil b), die Migrationsrückführung, ging dagegen schief. Man darf zurecht bezweifeln, ob die ESI dieses Vorhaben jemals überhaupt vorgehabt hat.

Sonst kann man noch von dieser ungewählten und mit Orden behängten Schattenorganisation sagen, dass sie die Zusammenarbeit mit der Türkei gern mit Merkels Lieblingsbegriff «alternativlos» belegt, dass sie ebenfalls wie Merkel vor einer «Orbanisierung» der EU warnt; dass sie im Februar 2017 den sogenannten «Malta-Plan» entwickelte, dem zufolge die juristisch geltende Dublin-Regelung nicht mehr gelten sollte. Und dass sie bei dem gleichen Plan eine offiziöse Sprachregelung empfiehlt, der zufolge die Einwanderung auf hunderttausend Menschen pro Jahr fixiert werden soll. Auch dieser Ball wurde von den Berliner Systemparteien sofort angenommen und im Spätsommer zur Grundlage der Regierungsbildungsgespräche gemacht.

1. derstandard.at, Orban: Soros finanziert illegale Migration nach Europa, 15.04.2017
2. legacy.gscdn.nl, Reliable allies in the European Parliament (2014–2019)
3. eva-herman.net, Macht-Elite: Wer Deutschland kaputtschlägt, Januar 2016

2016: George Soros investiert 500 Millionen zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise, die er mit zu verantworten hat

Gegenüber dem Wall Street Journal sagte der Polittycoon im September 2016, er werde die atemberaubende Summe von 500 Millionen Dollar in den weltweiten Kampf gegen die Flüchtlingskrise investieren. «Wohlgemerkt, die Rede ist von Investitionen, nicht von Spenden», schreibt das Manager Magazin. «Allerdings beabsichtigt Soros keineswegs Gewinne mit seinem Engagement einzustreichen. Den Angaben des gebürtigen Ungarn zufolge sollen eventuelle Profite in neue Projekte fliessen. Auch solche, die wiederum Flüchtlingen zu Gute kommen. Zunächst jedoch gilt es, [...] die 500 Millionen in Startups, etablierte Firmen sowie andere Organisationen zu investieren, die sich im Kampf gegen die Flüchtlingskrise befinden oder in denen Flüchtlinge versuchen, sich eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Möglich sind auch direkte Investments in Unternehmen, die von Flüchtlingen gegründet wurden, so Soros im ‚Wall Street Journal'. Der Fokus liege dabei auf dem europäischen Raum.»

1. manager-magazin.de, Soros investiert 500 Millionen in Flüchtlinge, 20.09.2016

Merkels Deutschland:

Nach ihren Pauschaleinladungen an Menschen in der ganzen Welt tourte Angela Merkel durch mehrere Erstaufnahmeeinrichtungen, um die neuen Einwohner Deutschlands herzlich willkommen zu heissen, inklusive Selfies.

Deutschland erhöht Sozialleistungen kurz vor Massenexodus nach Europa

Im März 2015 wurde in Deutschland, wo die Sozialleistungen für Asylbewerber eh schon so hoch waren wie sonst nirgends auf der Welt, der Satz nochmals deutlich angehoben. Eine hochmagnetische Wirkung setzte ein, nachdem weniger als ein Jahr zuvor die Gelder für das UN-Welternährungsprogramm, das die syrischen Flüchtlingslager versorgte, durch die einzelnen Staaten wie Deutschland auch nach eindringlichstem Bitten nicht erhöht wurden (siehe S.11). Beide Faktoren – die Unterversorgung der Lager auf der einen Seite und der deutsche Honigtopf auf der anderen – waren wesentliche Anstosspunkte dafür, dass sich die erste wirklich hohe Migrationswelle Richtung Zentraleuropa überhaupt erst in Bewegung setzte. [1]

Foto: arka38/ shutterstock

1. fluechtlingsrat-bw.de, Neues Asylbewerberleistungsgesetz am 1.3.2015 im Kraft getreten, 05.03.2015

Seit Ende August 2015 wandte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Dublin-Verfahren der EU auf syrische Flüchtlinge nicht mehr an. Die Asylanträge von Syrern wurden seitdem in Deutschland bearbeitet. Abschiebungen in den Ersteinreisestaat gab es nicht mehr. Natürlich wurde dieses Vorgehen sofort von Österreich und Ungarn kritisiert, weil diese «Kommt ruhig erstmal an»-Praxis zu einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen in Kerneuropa führen musste. Gleichzeitig stimulierte laut Washington Post Bundeskanzlerin Merkels öffentliche Zusicherung, Deutschland werde Flüchtlingen aus Bürgerkriegsländern zumindest ein Bleiberecht erteilen, in Verbindung mit den per Fernsehen international verbreiteten Videos, in denen Deutsche die Flüchtlinge willkommen hiessen, zunehmend die Fluchtbewegung und bewirkte, dass Deutschland als Fluchtziel populär wurde. [1]

Merkel setzt rechtsgültiges Dublin-Verfahren der EU ausser Kraft

Anfang 2015 kam es zu Massenausbrüchen aus Asyllagern und Tumulten mit Flüchtlingen, die sich weigerten, in Ungarn registriert zu werden, um zu verhindern, nach der Registrierung von Deutschland dorthin zurückgeschickt zu werden. Anfang September 2015 beschloss Merkel ohne Konsultation des deutschen Bundestages, Flüchtlinge aus Ungarn auch ohne Registrierung und Prüfung des Asylanspruchs nach Deutschland einreisen zu lassen. Die Bundespolizei wurde von der Regierung, direkt angewiesen, Ausländer, die ohne Aufenthaltstitel die Grenze überschreiten wollten, nicht aufzuhalten. Zur Zurückweisung war die Bundespolizei aber nach dem Aufenthaltsrecht de jure verpflichtet. Ein klarer Rechtsbruch.

1. washingtonpost.com, 8 reasons Europe's refugee crisis is happening now, 18.09.2015

Der zentraleuropäische Magnet der Massenmigration

Implizite Einladungen nach Deutschland zirkulierten auf vielen arabischsprachigen Internetseiten.

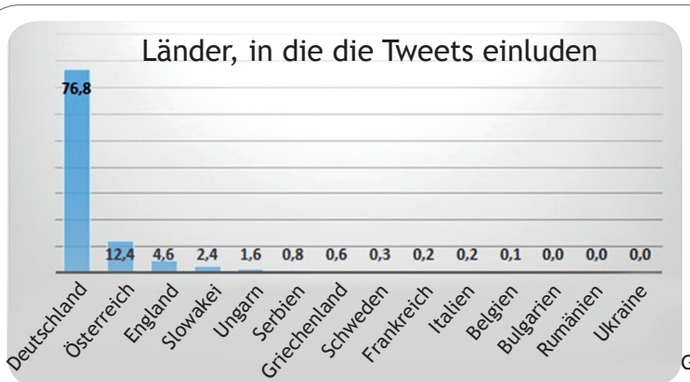
ARD deckt internationale Desinformationskampagne zur Anlockung von Migranten auf

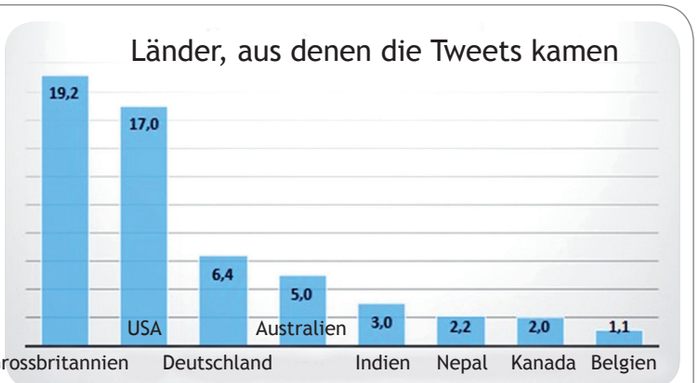
Ende 2015 holten die ARD-Tagesthemen Opfer einer Desinformationskampagne vor die Kamera. O-Ton: «Deutschland ein Schlaraffenland, wo Milch und Honig fliessen? Mit dieser Hoffnung kommen tatsächlich Flüchtlinge, und ihre Erwartungen werden befeuert durch geradezu märchenhafte Erzählungen in den sozialen Netzwerken. Ihr Ziel ist klar: Deutschland, denn dort sind Syrer herzlich willkommen. So steht es überall im Internet. So sagen es alle. Natürlich auch die Schlepper.» Eine Migrantin sagt: «In Syrien hat man gehört, dass man bei Ankunft gleich ein eigenes Haus bekommt. Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede. Und Familien sollten gleich bei Ankunft 5000 Euro bekommen, Alleinreisende 3000.» ARD: «Die Realität für die Syrerin ist: Eine Flüchtlings-WG, drei Zimmer, fünf Personen.» Die Migrantin sagt: «Am Anfang war das Gefühl wie ein Schock. Ich konnte nicht essen und trinken. Bis ich diesen Nervenzusammenbruch endlich überwunden hatte.» Eine neue Freundin der Migrantin, die selbst einst vom Libanon nach Deutschland kam, kommentiert: «Ich habe vor einigen Tagen eine Meldung gelesen, dass Frau Merkel bis 2017 drei Millionen Flüchtlinge will. Und ausserdem hat das meine Mutter ja auch im Fernsehen gehört. Das war ein arabischer Sender.»

Frage der Tagesthemen an drei syrische Studenten: «Habt ihr das auch gehört, dass Angela Merkel drei Millionen Flüchtlinge will?» «Ja klar, das haben wir auch gehört. Als ich das hörte, dachte ich, Deutschland will mich und ich werde hier gebraucht. Das sind gute Nachrichten und wir sehnen uns nach guten Nachrichten. Wenn du das hörst, dann ist das toll.» Einer der Studenten zeigt den Tagesthemen eine weitere gute Nachricht im Netz: «Hier steht, die deutsche Armee spendiert 500.000 Euro, um den Flüchtlingen zu helfen. Und auf dieser Seite steht: Die Regierung schafft in zwei Jahren 400.000 neue Arbeitsplätze für Flüchtlinge. Flüchtlinge sind ein grosser Gewinn für die Wirtschaft Deutschlands.» Die Tagesthemen fügen hinzu: «Wer hinter diesen Nachrichten steht, was falsch und was wahr ist, wissen sie nicht. Die Debatte in Deutschland um Flüchtlinge, die Demonstrationen: weitgehend unbekannt.» (1)

Der Mythos Europa und insbesondere Deutschland wurde auf arabischen Sendern derart hochstilisiert, dass selbst gut situierte Mittelständler in Syrien, Irak, Pakistan, Kuwait oder in afrikanischen Staaten, die unter keinem wie auch immer gearteten Aussendruckverhältnis lagen, dazu gebracht wurden, ihre Heimat zu verlassen, um dem deutschen Überfluss teilhaftig zu werden. Selbst Syrer, die bereits im Ausland wohnten und arbeiteten, z.B. in Russland, der Ukraine oder den USA, brachen mit ihren bisherigen Leben, um ins gelobte Land zu kommen. Die erste syrische Welle der Migration, welche später nach entsprechenden Pauschaleinladungen der Kanzlerin und des Bundespräsidenten Gauck die afrikanische Wanderung nach sich zog, setzte sich so in Bewegung. Vom Ergebnis berichtete die Asylkoordinatorin Isabel Sidner in einem Interview, dessen Überschrift eigentlich schon alles sagt: «Asylbewerber fragen mich oft, wann sie ihr Haus und ein Auto bekommen?» (2) *(tk)*

1. facebook.com – tagesschau, Deutschland – ein Schlaraffenland?, 11.11.2015
2. reflexxe.wordpress.com, «Asylbewerber fragen mich oft, wann sie ihr Haus und ein Auto bekommen.»





Tweets aus dem Ausland ermutigen zur Wanderung nach Deutschland

Von wem und wo wurde die Deutschlandkampagne in Gang gesetzt? Wladimir Schalak von der russischen Akademie der Wissenschaften analysierte zur Beantwortung dieser Frage im Spätsommer 2015 auf Twitter mehr als 19000 Original-Tweets zum Thema «Flüchtlinge», von denen abgerundet ein Grossteil Deutschland (50%), Österreich (20%) und Ungarn (10%) als die Länder bezeichnete, die gegenüber Flüchtlingen am offensten sind. Alle anderen Länder liegen abgeschlagen bei oder weit unter 5%. Von 5704 Originaltweets, die das Hashtag-Stichwort #Refugeeswelcome mit einem Ländernamen trugen, luden 76,8% nach Deutschland ein, 12,4% entfielen nach Österreich, alle anderen Länder lagen bei unter 5%.

Natürlich muss man sich vorstellen, dass jeder Originaltweet vielfach kopiert und über Twitter neu verbreitet wurde.

Und wo kamen diese #Refugeeswelcome-Tweets überhaupt her? Gerade einmal 6% aus Deutschland selbst, fast die Hälfte (43%) stammten aus englischsprachigen Ländern. Davon 19,2% aus Grossbritannien und 17% aus den USA. Doch dies war erst der Anfang: Eine ganze Armee von Netbots – kommerzielle Internetkampagnen – aus den USA und Australien sorgte für eine weitere Ausbreitung. Offensichtlich lockten Akteure aus dem anglo-amerikanischen Raum mit tausenden Twitter-Meldungen Flüchtlinge gezielt nach Deutschland. (1)

1. compact-online.de, Der Asylkrieg gegen Deutschland, 22.09.2015

Schleuser-Kongress unter dem Deckmantel der Kunst?

Neben linken und linksextremen Organisationen förderte die Europäische Union und dazu noch das staatliche Goethe Institut die – festhalten – «Zweite Internationale Schlepper- und Schleusertagung» (ISS), die vom 16. bis 18. Oktober 2015 in der Kongresshalle der Münchener Kammerspiele stattfand, zeitgleich mit dem «Open Border Kongress». In einer Selbstbeschreibung erfahren wir: «Die ISS 2015 präsentiert sich erneut als die relevante Fachtagung der weltweit agierenden Fluchthilfeunternehmen. Wichtigstes Tagungsziel 2015 ist die Imageaufwertung sowie die damit einhergehende Neubewertung der Dienstleistungen von Schleppern und Schleusern.» Aus formaljuristischen Gründen breiteten die Veranstalter den Deckmantel der Kunst über ihr Event. Dass man es in der Realität nicht mit einer Spassveranstaltung zu tun hatte, wurde jedoch jedem Besucher vor Ort schnell klar. Es ging um Fakten, Informations- und Erfahrungsaustausch, Vernetzen, Projektanbahnung, Planung, alles zum Thema Fluchthilfe. Künstler stellten allenfalls ein Seitenprogramm. Alles mitbezahlt vom Steuerzahler, dessen Geld bekanntlich sowohl in die Kassen der EU als auch die des Goethe Instituts fliesst. (1)

Die Veranstaltung benennt ganz offen die personell verantwortlich zeichnenden Personen. Es sind fünf. Unter diesen fällt ein Akteur sofort ins Auge: Bernd Kasparek. Ausgerechnet auf ihn ist die Homepage der Schlepperorganisation W2EU (siehe S.24) zugelassen, die die Massenmigration bereits vor der EU-Aussengrenze mit speziellen Reiseführern begrüsste. Zur Erinnerung: W2EU gehört über ihre in München mit auftretende Mutterorganisation «Border Monitoring EU», die wiederum zum «Migrants Rights Network» gehört, zu Soros' Open Society Netzwerk. (2)

Die prominent finanzierte Münchner Internationale Schlepper und Schleusertagung verlief übrigens ungestört. Die Polizei kam natürlich auch nicht. Dafür Vertreter verschiedener Mainstreammedien, die durchaus lobende Worte fanden.

1. muenchner-kammerspiele.de, Open Border Kongress 2015: 2. INTERNATIONALE SCHLEPPER- & SCHLEUSERTAGUNG 2015
2. http://4.bp.blogspot.com/-3XwuPbw8EZU/VfhmT8E0ZcI/AAAAAAAABxs/ujv2p50DZkU/s1600/w2eu.info_.png

Oberlandesgericht bestätigt: «Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist ausser Kraft gesetzt"

Das Oberlandesgericht Koblenz hat in seinem Urteil 13 UF 32/17 vom 14.02.2017 entschieden, dass gegen einen illegal eingereisten Moslem kein Urteil ergehen wird. Begründung:

Zwar hat sich der Betroffene durch seine unerlaubte Einreise in die Bundesrepublik nach §§ 95 Abs. 1 Nr. 3, 14 Abs. 1 Nr. 1, 2 AufenthG strafbar gemacht. Denn er kann sich weder auf § 15 Abs. 4 Satz 2 AufenthG noch auf § 95 Abs. 5 AufenthG i.V.m. Art. 31 Abs. 1 GFK berufen. Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.

Hier wird also Schwarz auf Weiss in einem bereits fast ein Jahr alten Urteil bestätigt, dass das deutsche Asylrecht nicht mehr angewandt wird und damit offiziell bestätigt, dass sich die deutsche Regierung im Stile einer Diktatur über das eigene Grundgesetz hinwegsetzt.

Offene Grenzen und Familiennachzug – Bundesinnenministerium warnt

Nachdem Deutschland bereits aufgrund der nicht mehr bestehenden Rechtsordnung in den letzten zwei Jahren Millionen Immigranten aufgenommen hat, könnte in den nächsten Monaten der Familiennachzug zu einer weiteren Verschärfung der Asylkrise führen. Das Europäische Parlament will Änderungen an Gesetzesinitiativen der Kommission zur Reform der Dublin-Regeln vornehmen (die in Deutschland sowieso schon ausser Kraft gesetzt wurden). Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem bereits Angehörige des Bewerbers leben. Dadurch «müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen», heisst es in einer Notiz des Bundesinnenministeriums. Obergrenzen würden dabei «zunichtegemacht».

Besondere Sorge bereitet den deutschen Innenexperten, dass nach den Parlamentsvorschlägen «faktisch die blosse Behauptung einer Familienverbindung ausreichen» soll: «Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche ‚Ankerpersonen' befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig», hiess es in dem Papier. (1)

1.spiegel.de, Bundesregierung alarmiert über EU-Flüchtlingspläne, 13.01.2018

Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0

Migrantenkinder sind unsere Zukunft. [...] Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, wie sehr wir diese Kinder brauchen: In 20, 30 Jahren erwarten wir von diesen Kindern, dass sie innovativ und verantwortungsbewusst dieses Land tragen.

Ursula von der Leyen

Foto: Olaf Kosinsky/ Skillshare.eu

Integrationsbeauftragte der Bundesregierung: «Einwanderungsland» soll im Grundgesetz verankert werden

Auf dem von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, der Staatsministerin Aydan Özoğuz, vorbereiteten 9. Integrationsgipfel 2016, zu dem die Kanzlerin für den 14.11.2016 eingeladen hatte, wurde eine Änderung des Grundgesetzes gefordert. Es ging um nicht weniger als um die Aufnahme eines neuen Staatszieles ins Grundgesetz als Art. 20b:

«Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.» Dadurch soll in der Verfassung verankert werden, dass Deutschland «ein vielfältiges Einwanderungsland» ist und alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet sind. Ausserdem stellt man sich eine neue Gemeinschaftsaufgabe im Sinne von Art. 91a GG vor: «gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration.» (1)

1. epochtimes.de, «Deutschland ist vielfältiges Einwanderungsland» soll ins Grundgesetz – Integrationsgipfel «Abschaffung der alten Bundesrepublik»?, 14.11.2016

Deutschland im Jahr 2050:
Hat jeder einen Migrationshintergrund?

Bereits im Sommer 2011 trat Bundeskanzlerin Merkel auf dem Kongress des «Rats für Nachhaltige Entwicklung» auf, dessen weitsichtige Projekte sie vom Podium herab begrüsste. Eines dieser Projekte findet sich in dem anlässlich der Tagung herausgegebenen Buch «Dialoge Zukunft». Demnach sollen im Jahre 2050 bestimmte Begriffe ausgestorben sein, z.B. «Migrationshintergrund». Wir lesen: «Grund der nicht weiter erfolgten Nutzung: Nicht mehr benötigt, da Menschen inzwischen so gemischt sind, dass jeder einen Migrationshintergrund hat.» Henryk M. Broder, der den Kongress besuchte, fühlte sich spontan zu einem Kurzfilm animiert, in dem er den mit ihm befreundeten deutsch-ägyptischen Universitätsdozenten Hamed Abdel-Samad aus der Eine-Welt-Fibel vorträgt. Abdel-Samad: «Und damit verbringt die Kanzlerin ihre Zeit? Das zu lesen?» Broder: «Ja, und jetzt hab ich beinahe die Befürchtung, sie hat's auch noch geschrieben.» (1)

1. youtube.com, Deutschland Über Alles, 22.10.2011

Foto: Euku (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Sch%C3%A4uble,_Karlspreis,_2012,_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Wolfgang Schäuble:
Abschottung lässt Deutschland «in Inzucht degenerieren»

«Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas»

Unter dieser Überschrift stand die Eröffnungsrede des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, seit 2009 Bundesminister der Finanzen, auf der ersten Islamkonferenz im Jahr 2006. Diese Aussage traf Schäuble, bevor sie Christian Wulff (am 03. Oktober 2010) und Angela Merkel (im Januar 2015) wiederholten. Schäuble fügte hinzu:

«Die Abschottung ist doch das, was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren liesse. Für uns sind Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt. Schauen Sie sich doch mal die dritte Generation der Türken an, gerade auch die Frauen! Das ist doch ein enormes innovatorisches Potenzial!»

Angela Merkel: «Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt»

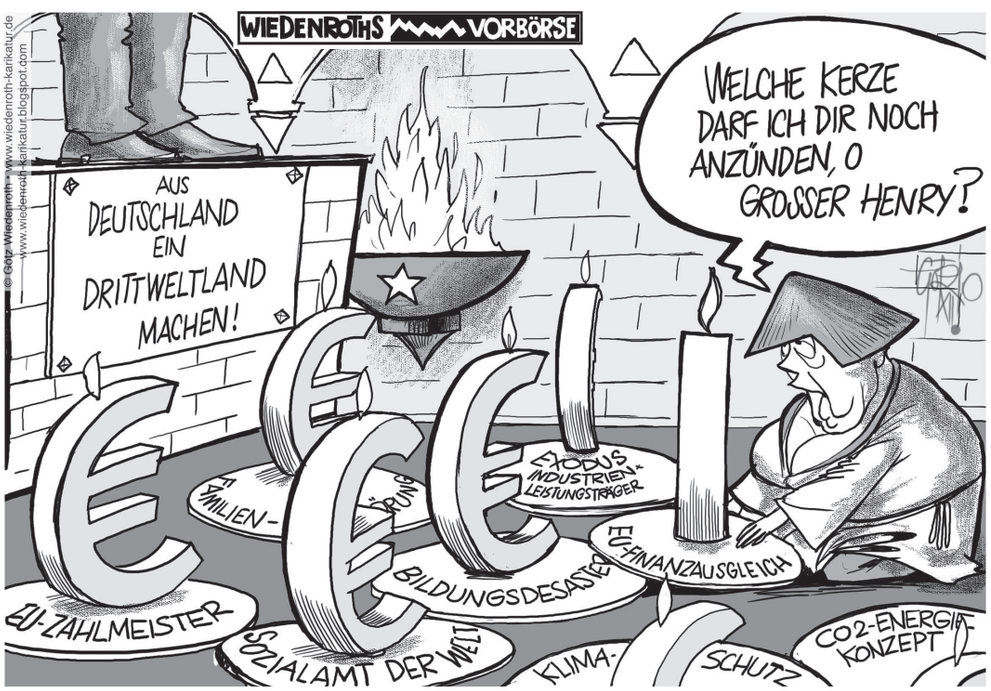
Die Zeit der deutschen Einheit, die Zeit als der Eiserne Vorhang fiel, die Zeit, als Europa zusammengewachsen ist, war eine wunderbare Zeit. Und deshalb gibt es auch keinerlei Rechtfertigung, dass sich kleine Gruppen aus unserer Gesellschaft anmassen, zu definieren, wer das Volk ist. Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.

Angela Merkel

Foto: EU2017EE Estonian Presidency (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel._Tallinn_Digital_Summit.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Eine Nation kann ihre Narren überleben – und sogar ihre ehrgeizigsten Bürger. Aber sie kann nicht den Verrat von innen überleben. Ein Feind vor den Toren ist weniger gefährlich, denn er ist bekannt und trägt seine Fahnen für jedermann sichtbar. Aber der Verräter bewegt sich frei innerhalb der Stadtmauern, sein hinterhältiges Flüstern raschelt durch alle Gassen und wird selbst in den Hallen der Regierung vernommen. Denn der Verräter tritt nicht als solcher in Erscheinung: Er spricht in vertrauter Sprache, er hat ein vertrautes Gesicht, er benutzt vertraute Argumente, und er appelliert an die Gemeinheit, die tief verborgen in den Herzen aller Menschen ruht. Er arbeitet darauf hin, dass die Seele einer Nation verfault. Er treibt sein Unwesen des Nächtens – heimlich und anonym – bis die Säulen der Nation untergraben sind. Er infiziert den politischen Körper der Nation dergestalt, bis dieser seine Abwehrkräfte verloren hat. Fürchtet nicht so sehr den Mörder. Fürchtet den Verräter. Er ist die wahre Pest!

Ein fiktives, jedoch äusserst akkurates Zitat des römischen Politikers Cicero, aus einem Roman der Schriftstellerin Taylor Caldwell



Sinnfindung im Tiefkeller des Kanzleramts

Ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck: Zuwanderer Chance für Deutschland

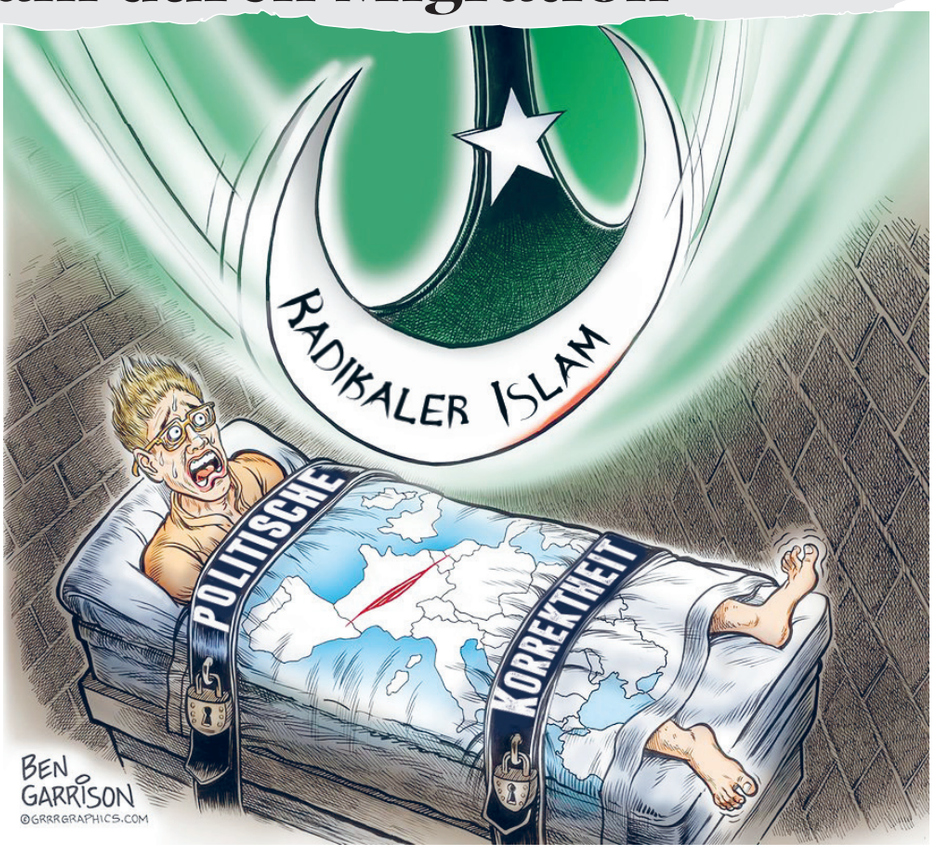
Foto: J. Patrick Fischer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2011_Joachim_Gauck.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Joachim Gauck, der ehemalige Bundespräsident und Pfarrer, antwortete auf die Frage «Sind Flüchtlinge und Zuwanderer auch eine Chance für Deutschland?» wie folgt:

Ich sehe das so, ja. Und ich glaube, dass die Diskussion über die Chancen der Zuwanderung an Fahrt gewinnen wird, wenn sich noch mehr Menschen als bisher von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig […] Tatsächlich ist die Lebenswirklichkeit hierzulande doch schon erheblich vielfältiger. Der Kopf weiss das auch, aber das Gemüt ist da manchmal noch ein wenig hinterher. Ich meine, wir müssen Nation neu definieren: als eine Gemeinschaft der Verschiedenen, die allerdings eine gemeinsame Wertebasis zu akzeptieren hat. [1]

1. bundespraesident.de, Interview mit der Tageszeitung General-Anzeiger Bonn, 25.08.2015

Die Muslimbruderschaft: Weltherrschaft des Islam durch Migration



So wie die Vereinten Nationen der Motor für den Globalstaat und eine «Neue Weltordnung» sind, so wie das US-Pentagon mehr oder weniger in Vertreterschaft der übergeordneten Bürokratie auf «Global Dominance» setzt, so zielt auch der Islam auf Herrschaft, Weltherrschaft. Efraim Karsh, Gründungsdirektor des Fachbereichs Nahost und Mittelmeerstudien am «King's College» in London, schreibt: «Als eine weltumgreifende Religion sieht der Islam eine globale politische Ordnung vor, in der die gesamte Menschheit, entweder gläubig oder unterworfen, dem muslimischen Gesetz dient. Zur Erreichung dieses Ziels obliegt es allen freien männlichen und erwachsenen Muslimen auf dem Pfade Allahs einen kompromisslosen Kampf bzw. Jihad zu führen. Das wiederum macht jene Teile der Welt, die noch nicht durch den Islam erobert wurden, zu einem Gebiet ständigen Konflikts – dem ‚dar al harb', Haus des Krieges –, der erst mit dem schliesslichen Triumph des Islam enden wird.» [1]

Tschechischer Präsident: Invasion Europas von Muslimbruderschaft organisiert

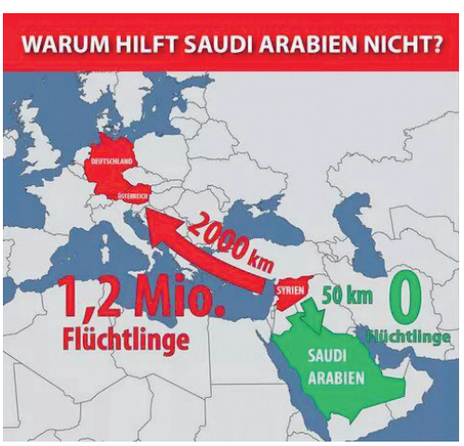
Foto: David Sedlecký (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Milo%C5%A1_Zeman_Rozhlas_2013.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Der tschechische Staatspräsident Milos Zeman nennt als entscheidende Organisation innerhalb dieser islamischen Welteroberungspläne die aus Ägypten arbeitende Muslimbruderschaft. Zeman lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, wenn er sagt: «Ich denke, dass diese Invasion Europas von der Muslimbruderschaft mit Finanzierung aus einer Reihe von Staaten organisiert wird.» [2]

Ihr Motiv sei, in Europa Schritt für Schritt die Kontrolle zu übernehmen. Der tschechische Präsident führt als Quelle für seine Informationslage einen Kronprinzen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und den marokkanischen Aussenminister Salaheddine Mezouar an.

Warum nehmen die Golfstaaten keine Flüchtlinge auf?

Ein Land, in dem die Muslimbrüder stark vertreten sind, ist Saudi-Arabien. Das Königtum hatte dieses unangenehme Näheverhältnis auch zu Al Qaida und den blutrünstigen ISIS-Mordbrennern. In beiden Fällen sagte sich der Hof entgegen der Tatsachen von jeder Verbindung los. Bei den Muslimbrüdern verfuhr Riad genauso. 2014, nur wenige Monate vor Ingangsetzung der islamischen Bevölkerungslawine Richtung Europa, erklärte man sie zur terroristischen Organisation. Zemans Behauptung, dass die im gesamten arabischen Raum ins Establishment hineinverwachsene Bruderschaft die Islamisierung Europas will, wird durch die in diesem Raum betriebene hoch-regressive Flüchtlingspolitik unterstützt. Denn es



Saudi-Arabien hat ein Zeltlager für über drei Millionen Menschen, doch nahm keinen einzigen Flüchtling auf.

Erdogan: Deutschtürken sollen sich nicht an Deutschland anpassen

Erdogan sprach sich 2008 im Rahmen seiner in Köln vor 20.000 Türken gehaltenen Rede gegen die Anpassung seiner Landsleute an Deutschland aus:

«Ich verstehe die Sensibilität, die Sie gegenüber Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sollten sich dessen bewusst sein.»

Muslimbruder Erdogan: «Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette»

Seite 37

fällt auf, dass die zu den reichsten Ländern dieser Welt zählenden Golfstaaten keinerlei Flüchtlinge aufnehmen. Warum helfen diese Moslems ihren Brüder und Schwestern nicht? Selbst denen aus der unmittelbaren Nachbarschaft, aus Syrien und Irak nicht. Warum schickt man sie tausende von Kilometer weiter nach Kerneuropa, wo die Neubürger weder mit der Kultur noch den Gesetzen sonderlich viel anfangen können?

Saudi-Arabien ist ein riesengrosses unterbevölkertes Land, welches problemlos Millionen von Menschen aufnehmen könnte. Dubai und die Vereinigten Arabischen Emirate sind Experten in schneller Errichtung von Infrastruktur und dem Bau von Häusern. Geld haben diese Länder im Überfluss.

Kaum einem Politiker in Europa scheint in diesem Zusammenhang aufzufallen, dass die begüterten Saudis auf 20 Quadratkilometer 100 000 vollklimatisierte Luxuszelte aufgestellt haben. Das ironischerweise im Sommer 2015 fertiggestellte Zeltlager Minā bietet Platz für 3 Millionen Menschen und könnte für sich allein die Flüchtlingsproblematik im Nu lösen. Saudi-Arabien will seine Kunststadt allerdings für die Pilger bei Mekka reservieren. Flüchtlinge sind hier nicht willkommen. Die gleiche Ungastlichkeit findet sich in Israel, Kuwait, Katar. Niemand nimmt einen Flüchtling. Nicht einen. Die Golfstaaten begründen dies mit der Gefährdung ihrer Sicherheit.

Mit ihren Eroberungsgelüsten geht die Muslimbruderschaft recht offen um. Ein typischer Satz aus ihren Reihen stammt von Reccep Erdogan: «Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.» [3]

Was in diesem Zusammenhang auffällt: Die Türkei war neben Libyen das Durchschleusungsland überhaupt bei der Migrationsflut, die eine nahezu rein islamische war. Erdogan tat nichts gegen den Massentransit, und das ist noch eine sehr vorsichtige Ausdrucksweise. Etliche weitere Ausfälle von Reccep Erdogan legen davon ein beredtes Zeugnis ab, denn Erdogan ist Mitglied der Muslimbruderschaft.

In den Massenmigrationsplänen der USA und von George Soros ist die arabische Organisation ein Juniorpartner, dem es nicht auf den Transport chaotischer Verhältnisse in den Gegnerraum und damit der Schwächung, sondern auf eine mehr oder weniger freundliche Übernahme dieses Raums Europa ankommt. Ein Juniorpartner, der Chef werden will und dies – kommt es nicht schon vorher zu einem Bürgerkrieg – ohne jeden Zweifel auch sein wird. Belege für diesen Ausbreitungs-und Machtanspruch der Muslimbruderschaft gibt es zuhauf. Zahlreiche unbedachte und in der Hitze einer Diskussion oder Ansprache fallen gelassene Aussprüche führender Muslimbrüder zeigen klar und deutlich an, wohin die Reise gehen soll. Es gibt sogar ein Strategiepapier, das den Eroberungsplan von A bis Z festhält. [4]

Das Strategiepapier zur globalen Machtergreifung des Islam

Schweizer Polizisten fanden es im November 2001 in der Luganer Villa des aus Ägypten stammenden Bankiers Youssef Nada, des Delegierten der Muslimbrüder für internationale Fragen. Zu den Hintergründen: Youssef Nada gründete 1988 die Al Taqwa Bank, die laut italienischem Geheimdienst zum zentralen Finanzinstitut der Muslimbruderschaft avancierte und mit extremistisch-terroristischen Gruppen verkehrte. Fast zwangsläufig fiel das Geldhaus nach 9/11 in den Blick von Polizeiermittlern. Die Schweizer Kantonspolizei beschloss, im Anwesen des Verdächtigen vorbeizuschauen, was im November 2001 passierte. Im Ergebnis der Hausdurchsuchung wurde das genannte Dokument, das den Titel «Für eine weltweite Strategie in Islamischer Politik – Voraussetzungen, Bestandteile, Vorgehensweise und empfohlene Aktionen» trug, gefunden. Datiert auf den ersten Dezember 1982, hält es einen 12-Punkte-Plan zur globalen Machtergreifung fest. Der immer wieder als Experte

2001 wurde ein Strategiepapier zur Welteroberung des Islam beim hochrangigen Muslimbruder Youssef Nada entdeckt, die von den Weltmedien allerdings keinerlei Aufmerksamkeit fand.

für die Themen Terrorismus, Jihad und Muslimbruderschaft von US-Militärschulen, Fachmagazinen und Parlamentariern zurate gezogene Sicherheitsberater Patrick Poole nennt es einen Skandal, dass diese laut Nada von der Muslimbruderschaft nahestehenden islamischen Forschern erstellte und im englischen kurz «The Project» genannte Planskizze quer durch alle Weltmedien ignoriert wird. [5]

Seither blieb Information über das Dokument und die Diskussion über seinen Inhalt auf die abgeschirmte Welt westlicher Geheimdienste beschränkt. Es ist dem Einsatz eines unerschrockenen Schweizer Journalisten Silvain Besson von Le Temps und seinem Buch «La Conquête de l'Occident» zu verdanken, dass Informationen betreffend The Project endlich an die Öffentlichkeit gelangt sind. Ein westlicher Beamter, welcher von Besson zitiert wird, beschreibt «The Project» als eine «totalitäre Infiltrationsideologie, welche letztlich die grösste Gefahr für die europäische Gesellschaft bedeutet». [6]

Foto: The Obama-Biden Transition Project (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Poster-sized_portrait_of_Barack_Obama_OrigRes.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Barack Obama und die Muslimbruderschaft

Nada erhielt in seiner Villa im Tessin Hausarrest. Dort blieb er, bis 2009 Barack Hussein Obama und Hillary Clinton, beides Unterstützer der Muslimbruderschaft in den USA, zur Macht kamen. Nur Wochen darauf wurden sämtliche Anschuldigungen gegen Nada fallengelassen, im September 2009 sein Name von der schwarzen Liste der UN-Sicherheitsresolution 1267 getilgt, mit Zustimmung der Amerikaner, die ihn aber unter dem Exekutivbefehl 13224 auf einer Beobachtungsliste ihres Schatzamtes stehen liessen. Die Gründe dafür wurden wohl mit Rücksicht auf die saudische Regierung als geheim eingestuft. [7]

Das zeitliche Zusammentreffen der Entlastung Nadas mit dem Machtantritt der Obama-Administration ist vermutlich alles andere als ein Zufall. Auch die Verbindung des Superfinanziers George Soros zur Muslimbruderschaft kann über sein Verhältnis zu seinem neuen Sprecher Marwan al-Muasher sowie Mohammed el-Baradei - Muslimbruder und im Vorstand von Soros' International Crisis Group - zurückverfolgt werden.

Obamas Halbbruder Finanzierungsarchitekt der Muslimbruderschaft?

Dass es in den amerikanischen Mainstreammedien seit etlichen Jahren immer wiederkehrend sehr valide Nachrichten gibt, denen zufolge Barack Hussein Obama über seinen afrikanischen Vater ein gebürtiger Muslim war und in seiner Jugend auf Wunsch seines indonesischen, ebenfalls muslimischen, Stiefvaters auch entsprechend erzogen wurde, sei hier lediglich kurz erwähnt, aber im Nachfolgenden aussen vorgelassen. Für uns interessanter ist der Fakt, dass der Halbbruder des US-Präsidenten, Malik Abongo Obama, welcher auf dem Familienanwesen in Kenia eine Moschee errichtete, von der Vizepräsidentin des obersten Verfassungsgerichts in Ägypten, Tahani al-Gebali, als Finanzierungsarchitekt der Muslimbruderschaft bezeichnet wurde. Ägyptische Geheimdienstdokumente, so al-Gebali 2013 im staatlichen Fernsehen, deuteten darauf hin, dass nicht nur arabische Staaten, sondern auch die USA Grossbritannien, Frankreich und Deutschland am Sponsoring der Muslimbruderschaft beteiligt sind- und zwar über ihre nationalen Geheimdienstkanäle. [8,9,10]

Arnold Ahlert, dessen Beiträge in der Vergangenheit u.a. in der New York Post erschienen, stellt uns noch ein weiteres Islamismus-

Seite 39

Barack Obama mit seinem muslimischen Halbbruder Malik.

projekt vor, um das sich das Familienunternehmen Obama kümmert. Es ist die «Islamic Da'wah»-Organisation (IDO). Eine Trägerschaft, die von ebenjener sudanesischen Regierung gefördert wurde, welche das US-Aussenministerium seit 1993 auf der Liste terrorfördernder Staaten führt. Das Hauptanliegen der IDO ist die Verbreitung der saudisch-extremistischen Form des Islam, des Wahhabismus, in Afrika. Geschäftsführer des personell mit der Muslimbruderschaft verbundenen Vereins war niemand geringer als Malik Obama. 2010 nahm er in dieser Eigenschaft als Sprecher an der IDO-Konferenz in der sudanesischen Hauptstadt Khartum teil.

Nun mag man einwenden, der umtriebige Malik sei ja weit vom Schuss, und der US-Präsident habe sicher keinen Einfluss auf ihn. Das stimmt aber nicht: Die Halbbrüder stehen sich sehr nahe. Sie waren Trauzeuge bei der Hochzeit des jeweils anderen und Malik besuchte mehrfach das Weisse Haus, was im Übrigen 2011 auch eine Abordnung der Muslimbrüder tat. Dazu gesellt sich der Hinweis der Vizepräsidentin des ägyptischen Verfassungsgerichts, wonach auswärtige Geheimdienste, auch die amerikanischen, in die Finanzierung der Muslimbruderschaft verwickelt sind. [11]

An der Seite des ersten schwarzen Präsidenten rückten gleich eine ganze Handvoll Muslimbrüder als Zuarbeiter mit in die US-Administration ein. «Investigativeproject.org», Plattform des in den USA vom Justizministerium und von der Bundespolizei immer wieder zur Expertise gebetenen Sicherheitsberaters Steven Emerson, nannte zum Jahreswechsel 2012/13 sechs amerikanische Muslimbrüder, die es in die Obama-Regierung geschafft hatten. Darunter an vorderster Stelle Arif Alikhan, der zum stellvertretenden Direktor der Abteilung Politikentwicklung im Ministerium für Innere Sicherheit aufstieg. Diese sicherheitspolitische Körperschaft war als Reaktion auf die Terrorangriffe vom 11. September gegründet worden. Beraten wurde sie nun unter Obama von Muslimbruder Mohammed Mohammed Elibiary.

Zum Berater des Präsidenten selbst stieg Salam al-Marayati auf, Gründer und Leiter des «Muslim Public Affairs Council». Ebenfalls zu den Muslimbrüdern und zum Beraterkreis des Weissen Hauses zählte Rashad Hussain, der in führender Position bei der «Organisation of the Islamic Conference» (OIC) vertreten ist. Die OIC setzt sich gegenüber westlichen Regierungen für Hate-Speech-Regelwerke ein, mit denen Kritik am Islam unter Verbot gestellt werden soll. Trotzdem wurde ausgerechnet Hussain von Obama beim neuerrichteten «Center for Strategic Counter Terrorism Communications» zum Verbindungsmann und Koordinator des US-Onlinekampfs gegen Terrorpropaganda ernannt. Wie der Mann seine Doppelaufgabe, einerseits Kritik am Islam an sich zu tabuisieren und andererseits militante PR auch im Namen des Islam zu bekämpfen, auf einen Nenner brachte, ist eine interessante Frage. Auch ob das klare Bekenntnis der Ägypterin Dalia Mogahed zur Scharia im Einklang mit den freiheitlichen Ansprüchen der amerikanischen Verfassung steht. Die entschiedene Verteidigerin der Muslimbruderschaft wurde Obamas Chefberaterin in islamischen Angelegenheiten. [12]

Die Muslimbruderschaft und Hillary Clinton

Auch Hillary Clinton, die 2009 Obama bei der Präsidentschaft den Vortritt lassen musste und bis 2013 Aussenministerin war, hatte ihre «Special Relations» zu den Muslimbrüdern bzw. diese zu ihr. Im Juni 2012 forderten die republikanischen Kongressabgeordneten Michele Bachmann, Trent Franks, Louie Gohmert, Tom Rooney und Lynn Westmoreland in einem Brief an den stellvertretenden Generalinspekteur des Aussenministeriums, Harold Geisel, eine Untersuchung über den Einfluss von Personen auf die Aussenpolitik, die vermeintlich Verbindungen zur islamistischen Bruderschaft pflegten. Darunter auch Clintons stellvertretende Stabschefin, persönliche Assistentin und engste Beraterin in Mittel-Ost-Fragen, Huma Abedin. Die Abgeordneten, allesamt Mitglieder des «House Permanent Select Comittee of Intelligence» und des «House Juidiciary Committee» legten dazu unter anderem eine Studie des «Center for Security Policy» an, in der ausgeführt ist, dass drei Familienmitglieder Abedins, ihr verstorbener Vater, ihre Mutter und ihr Bruder

in Verbindung zu Mitarbeitern und/oder Organisationen der Muslimbruderschaft stehen. Diese familiären Beziehungen seien, so die fünf Kongressabgeordneten, disqualifizierende Voraussetzungen, um eine Sicherheitsfreigabe zu erhalten. Es stelle sich die Frage, warum diese in ihrem Fall nicht verweigert wurde. [13]

Die laut Eigenauskunft stolze Muslimin Huma Abedin ist in Saudi Arabien aufgewachsen. Ihre Mutter sitzt im Vorstand des «International Islamic Council for Da'wah and Relief», Vorstandsvorsitzender ist der Muslimbruder Yusuf al-Qaradawi. Ihre Mutter ist ebenfalls Chefredakteurin des «Journal of Muslim Minority Affairs», ein Abedin'sches Familienunternehmen, das sich ganz im Sinne der Muslimbruderschaft für die weltweite Verbreitung der Scharia einsetzt. Für ebendiese Zeitung arbeitete Huma Abedin von 1995 bis 2008, zeitweise als Mitherausgeberin. [14]

Abedin spielte auch eine Rolle im «Institute of Muslim Minority Affairs», ein britisch-saudischer Think Tank, den ihr Vater an der Seite des Al-Qaida-Finanziers Abdullah Omar Nasseef gegründet hatte. Mit Nasseef zusammen sass sie im Vorstand der gleichnamigen Zeitung.

Barack Obama lud mehrere Muslimbrüder zu seiner vielgerühmten Rede in Kairo 2009 ein.

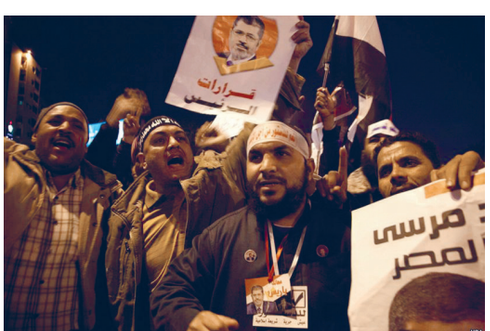
Anfang 2009 rückte Obama ins Weisse Haus ein. Bereits im April 2009 empfing er nach Angaben der liberalen ägyptischen Tageszeitung «Al-Masry Al-Youm» - damals das einflussreichste Blatt im Land - im Weissen Haus eine offizielle Delegation der Muslimbruderschaft. Das nicht öffentlich gemachte Treffen dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass Obama seine auf die muslimische Weltbevölkerung zielende Ansprache «A new beginning» ins Geburtsland der Muslimbruderschaft, nach Ägypten, verlegte. Gegenüber Staatsoberhaupt Mubarak bestand die Obama-Administration darauf, dass mindestens 10 Mitglieder der islamistischen und gewaltbereiten Organisation mit zu der Veranstaltung eingeladen werden sollten. Sie fand am 04. Juni 2009 in der Universität von Kairo statt - mit den eingeladenen Muslimbrüdern. [15,16]

Clinton, Obama und der Sturz Mubaraks

Das Verhältnis der Muslimbrüder zur Regierung Mubarak blieb in der Folge schlecht, das zur Obama-Administration hingegen gut, und auf letzteres kam es im Vorfeld des zur Jahreswende 2010/2011 aufblühenden arabischen Frühlings auch an. Vor allem Aussenministerin Clinton war jetzt wichtig: Zusammen mit Obama war sie der Hauptantreiber zum Sturz des ägyptischen Führers Hosni Mubarak und für seine Ersetzung durch Mohammed Mursi, dem Führer der Muslimbruderschaft, schreibt das gut informierte Washingtoner Blatt «The Hill». Als nützlich erwies sich dabei Saleha Abedin, die Mutter von Clintons Vizestabschefin. Die Quasi-Direktorin des weiblichen Zweigs der Muslimbruderschaft arbeitete eng mit Mursis Frau zusammen. [17]

Der Leiter der William J. Clinton Stiftung in Ägypten Gehad El-Haddad zählte damals zu den absoluten Spitzenkräfte der Muslimbruderschaft und er war Teil der Erhebung gegen Mubarak. Danach wurde er neben anderen Posten der Sprecher Mursis während dessen erfolgreicher Präsidentschaftskampagne. [18]

Der ägyptische Muslimbrüderführer Mursi wurde im Sommer 2012 ins Amt des Staatspräsidenten gewählt, aus dem ihn dann im Sommer 2013 die Armee, geführt vom Leiter des Militärgeheimdiensts Abd al-Fattah as-Sisi per Putsch wieder entfernte. Der türkische Ministerpräsident Erdogan, den mit Mursi die Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft verbindet, hätte dem Bedrängten ohne Zweifel gern geholfen, wurde aber just zum Zeitpunkt des Putsches in Ägypten mit Unruhen im eigenen Land abgelenkt bzw. beschäftigt.



Unterstützer des Präsidenten Mohammed Mursi 2012 bei einer Demonstration, organisiert von der Muslimbruderschaft.

Noch mehr Verbindungen Obamas zur Muslimbruderschaft?

In der offenkundigen Absicht, die abseits stehenden Amerikaner zumindest zugunsten seiner eigenen Familie aufs ägyptische Kampffeld zurückzuholen, gab Saat Al-Shater, Sohn der Nummer zwei der Muslimbruderschaft, noch im August 2013 ein heftiges Statement zu Protokoll. Gegenüber der «Anatolia News Agency» erklärte er, dass sein verhafteter Vater Khairat Al-Shater in seiner Hand Beweise gehabt habe, die Präsident Obama in ein Näheverhältnis zur Muslimbruderschaft stellen. Sollten diese Dokumente, die sich bei in Freiheit befindlichen Vertrauensleuten befänden, an die Öffentlichkeit kommen, bedeute das zweifellos das Ende von Obamas Präsidentschaft, ein Absetzungsverfahren und dann ein langes Gefängnisurteil, wenn nicht sogar die Todesstrafe. [19]

Foto: Gigi Ibrahim from Cairo, Egypt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Free_Palestine_rally_in_Cairo.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

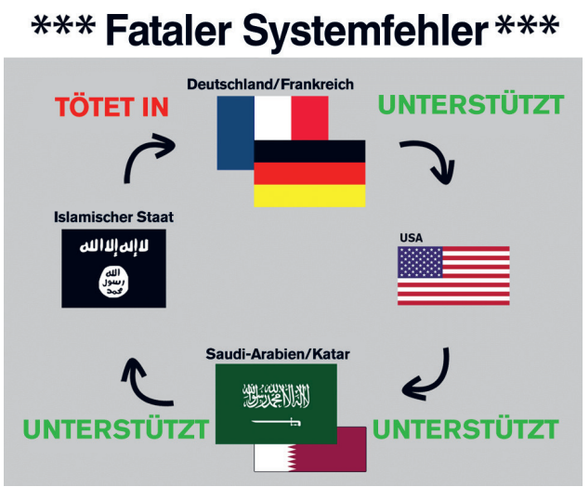
Die geheime US-Direktive zur Unterstützung der Muslimbruderschaft

Soweit zu Ägypten. Natürlich wurde die amerikanische Pro-Muslimbruderschafts-Politik breiter angewandt und sie hatte auch auf der nordafrikanischen Karte breitere Auswirkungen. Besser finanziert und mit Geheimdienstinformationen versorgt, war die Muslimbruderschaft im arabischen Frühling die einzige organisierte politische Kraft, die durch Wahlen an die Macht gelangte. Mit den ihnen verwandten Salafisten gewannen sie die Parlamentswahlen auch in Marokko und Tunesien. In Libyen befinden sie sich auf dem Weg zur Macht.

Die amerikanische Karte auf die Muslimbruderschaft zu setzen, dieser Entscheid wurde spätestens 2011 getroffen. Am 03. Juni 2015 – Ungarn lag nunmehr Tage, Deutschland nur wenige Wochen von seinem Migrationsdesaster entfernt – brachte die Washington Times einen aufsehenerregenden Artikel unter dem Titel «Obama unterstützt heimlich die Muslimbruderschaft». Verfasser ist Bill Gertz, Sicherheitsexperte des Blatts, ein Mann mit gutem Zugang in die amerikanische Militär- und Geheimdienstwelt, die ihn auch immer wieder zu Vorträgen und Briefings einlädt. Gertz zeichnete sich in der Clinton-Ära für zahlreiche Enthüllungsartikel verantwortlich. In diesem vom Sommer 2015 schreibt er nun:

«Das Konzept, die Muslimbruderschaft zu unterstützen, wird in einer geheimen Direktive bzw. Richtlinie ausgeführt, die den Namen ‚A Presidential Study Directive 11' oder ‚PSD 11' trägt. Die Richtlinie wurde im Jahre 2011 erstellt und behandelt laut Amtsträgern, die diese geheim gehaltene Studie kennen, die Unterstützung der amerikanischen Regierung zugunsten politischer Reformkräfte im Mittleren Osten und in Nordafrika. Versuche, die Administration zu zwingen, die Direktive ganz oder wenigstens auszugsweise unter Anwendung des ‚Freedom of Information Act' freizugeben, blieben erfolglos. Bernadette Meehan, die Sprecherin des dem Weissen Haus angeschlossenen Nationalen Sicherheitsrats, weigerte sich, einen Kommentar zu PSD 11 abzugeben. Der Antiterrorspezialist Patrick Poole beschreibt die Folgen: ‚Jetzt sehen wir als Resultat, wie Ägypten einen Terrorfeldzug bekämpft, der von der moderaten Muslimbruderschaft vorgetragen wird. Wir sehen einen zum Failed State abgewracktes Libyen und wir sehen den NATO-Verbündeten Türkei, wie er von einer säkularen Demokratie zu religiösem Totalitarismus verkommt. Unter Obamas Kumpel Erdogan.' ‚Diese gefährliche Aussenpolitik wurde durch die PSD 11 lanciert und die offene Umarmung der Muslimbruderschaft durch die Regierung, die katastrophalen Effekte können wir jetzt sehen.'

Frank Gaffney, Kopf des ‚Center for Security Policy', hat die subversive Arbeit der Muslimbruderschaft sowohl in den USA als auch in anderen Ländern lang und breit dokumentiert. Gaffney sagt, dass die Muslimbruderschaft unter allen Gruppen, welche die totalitär-islamistische Doktrin der Scharia verbreiten, die gefährlichste ist. Verschiedene Unterstützer der Muslimbruderschaft seien als entscheidende Berater Obamas identifizert worden, so Gaffney.» [20]



Der arabische Frühling zum Zweck der islamischen Invasion Europas

Die Muslimbrüder und die mit ihnen verbundenen Salafisten machten den Weg frei. Mit Ausnahme von Algerien, wo die Umstürzler bald stecken blieben, kam der arabische Frühling in allen arabisch-islamischen Mittelmeeranrainerstaaten zur vollen Entfaltung. Wir reden vom oberen Teil der Transsahelzone, mit dem sich - zur Erinnerung - Thomas Barnett im US-Militärverband Africom damals so intensiv beschäftigte (siehe S.19). Das Tor Afrikas nach Europa stand nun offen und konnte genutzt werden- von den Muslimbrüdern. Was folgte, war der afrikanische Exodus, der Massentransit, organisiert von den Globalisten in Brüssel, in der UN, im Pentagon, in Soros' NGOs und in der Muslimbruderschaft.

Der tschechische Präsident Milos Zeman sagte, er glaube, «dass die Invasion von der Muslimbruderschaft organisiert ist und finanziell von einer Reihe von Staaten unterstützt wird. Die Bruderschaft könne Europa nicht den Krieg erklären, weil sie dann dafür zu schwach sei, ‚aber sie kann eine wachsende Flüchtlingswelle vorbereiten und allmählich die Kontrolle Europas erlangen.'» [21]

Dass sie das will, bestätigt der Programmdirektor für Extremismus an der George Washington University Lorenzo Vidino in einem quellenreichen Artikel für die Vierteljahrzeitschrift «Middle East Quarterly». Unter der Überschrift «Die Eroberung Europas durch die Muslimbruderschaft» konkludiert Vidino: «Anders als die grosse islamische Gemeinschaft dürfte das Endziel der Muslimbruderschaft nicht nur einfach sein, Muslimen zu helfen, die besten Staatsbürger zu sein, die es gibt, sondern das islamische Recht auf Europa und die Vereinigten Staaten auszudehnen.» Besonders erschreckend: Die 2005 verfasste Abhandlung belegt, dass es der Muslimbruderschaft mit saudischer Finanzhilfe damals schon gelungen war, die deutschen und zentraleuropäischen Islamvertretungen zu kapern. [22]

Islamisierung durch Migration

Französische und belgische Metropolen, in denen Salafisten zu Tausenden ganze Strassenzüge zum Gebet unter freiem Himmel okkupieren, geben heute ein sichtbares Zeugnis von der einstmals stillen Landnahme.

Dass der Islam insgesamt, so wie andere Religionen früher und zum Teil noch heute, Anspruch auf Weltdominanz erhebt, lässt sich unschwer in etlichen unverdächtigen Fachabhandlungen nachlesen. Dass die Muslimbruderschaft sich diesen Auftrag besonders zu Herzen nimmt, dürfte auf der Strecke bis hierher klar geworden sein. Die Organisation geht mit ihren Absichten durchaus transparent um. Auch Scheich Yusuf al-Qaradawi, den die meisten Beobachter als den Weltführer der Muslimbruderschaft ausmachen, tut das. Am 28. Juli 2007 sagte er auf Katar TV: «Einige Freunde zitieren einen Hadith. Das ist ein prophetischer Ausspruch Mohammeds, der besagt, dass der Islam Rom erobern werde. Heisst das, dass wir die Europäer wieder einmal gewaltsam besiegen werden? Die Eroberung bzw. Unterwerfung Roms, die Eroberung von Italien und Europa, bedeutet, dass der Islam nach Europa zurückkehren wird. Muss diese Eroberung oder Unterwerfung notwendigerweise durch Krieg geschehen? Nein! Es gibt eine Sache, die nennt sich ‚Friedliche Eroberung'. Das Konzept der Friedlichen Eroberung hat Fundamente in dieser Religion und ich erwarte deshalb, dass der Islam Europa erobern wird, ohne auf das Schwert oder den offenen Kampf zurückzugreifen.» (23)

Die Hidschra: Friedliche Eroberung

Qaradawi spricht sich für die Gründung der Vereinigten Staaten des Islam aus, als eine zeitgemässe Form eines Kalifats und als einzige Alternative zur Hegemonie des Westens. Und er greift als Kampfform der friedlichen Eroberung den ebenso wichtigen wie weithin unbekannten islamischen Terminus der «Hidschra» auf. «Das ist nicht nur mehr eine Flüchtlingskrise. Das ist eine Hidschra», erkannte im Sommer 2015, als die volle Wucht der Millionenimmigration gen Europa brandete, auch der US-amerikanische Religionswissenschaftler Robert Spencer.

Hidschra ist die islamische Doktrin der Migration, die wiederum eine Form eines heimlichen Jihad darstellt. Die Migration im Namen Allahs - also in ein neues Land zu ziehen, um den Islam dorthin zu bringen - wird im muslimischen Kulturkreis als höchst verdienstvoller Akt gesehen, schreibt Spencer. Wer immer für die Sache auswandert, wird dafür auf Erden viele Plätze und Wohlstand finden, so steht es im Koran. Wer immer Haus und Hof als Emigrierender Allahs und seines Verkünders verlässt und dann den Tod erleidet, wird von Allah belohnt werden. Hidschra bedeutet auf Arabisch «Migration». Allerdings führt der Begriff eine tiefere Bedeutung mit sich: In der islamischen Geschichte war die Hidschra ein Ereignis, das sich 622 n. Chr. abspielte, als Mohammed und seine Anhänger im heutigen Saudi Arabien von Mekka nach Medina flohen. Dieser Vorgang markiert drei der wichtigsten Ereignisse im Islam: Den Beginn der islamischen Kalenderdatierung, die Geburt der ersten islamischen Regierung und die erfolgreiche Anwendung von Gewalt zur

➔

Seite 43

Propagierung des Islam. Zu jener Zeit, als Mohammed mit seinen Gefolgsleuten die Hidschra machte, war Medina eine überwiegend jüdische Stadt, die mit den anderen heidnischen Arabern gute Beziehungen unterhielt. Als Mohammed acht Jahre später von dieser Stadt aus seine militanten Offensiven begann, um schliesslich 630 Mekka zu erobern, war der Grossteil der heidnischen und jüdischen Bevölkerung entweder zum Islam übergetreten, geflohen oder tot. Den wenigen Überlebenden wurde eine Sondersteuer abgepresst, die an Mohammed und die seinen zu entrichten war. Das war ihre einzige Möglichkeit, unter Mohammeds neuem Kalifat weiter zu bestehen. Im islamischen Recht und der zugrunde gelegten Religionswissenschaft bezieht sich die Hidschra auf eine Wanderungsbewegung von Muslimen aus einem vornehmlich islamischen in ein vornehmlich nicht-islamisches Gebiet, verbunden mit dem übergeordneten Ziel, in der neuen Heimat eine islamische Dominanz bzw. Herrschaft herzustellen.

Deshalb sollten mehr europäische Führungspersönlichkeiten so aufgeweckt sein wie Viktor Orban, sagt Claire Lopez, leitende Mittelostexpertin am Washingtoner «Center for Security Policy»: «Heute sind das Nationalstaatsprinzip und alle Konzepte nationaler Souveränität einem konzertierten Angriff durch die Kräfte der globalen Jihad-Bewegung ausgesetzt. Jihad ist nicht nur ein gewaltsames Phänomen, der Heilige Krieg kann durch viele andere Mittel beschritten werden, auch durch die Hidschra.»

Der Antiterror-Experte und ehemalige Mitarbeiter des US-Ministeriums für «Homeland Security», Philip Haney, argumentiert ähnlich, wenn er feststellt, dass die Migration ein Werkzeug radikaler Islamisten ist, um ihr Ziel – die Eroberung - voranzutreiben: «Wir kommen immer wieder auf die Gravitationskraft der Scharia zurück. Diese Macht, die die weltweite islamische Bewegung antreibt, ist eigentlich der Jihad, es ist ihr Ziel, weltweit die Scharia einzuführen. Der Jihad ist die Taktik, die von verschiedenen Gruppen, die alle dasselbe wollen, in verschiedenen Kaleidoskop-artigen Formen angewandt wird.»

Leo Hohmann macht in diesem Zusammenhang in seinem 2017 erschienen Buch «Stealth Invasion» (Tarnkappeninvasion) auf eine Leitinstanz aufmerksam: Ihm fällt auf, dass es vor allem muslimische Führer mit direkten Verbindungen zur Muslimbruderschaft sind, die immer wieder durchblicken lassen, dass Einwanderung Teil der Strategie der Bewegung ist, um den Westen zu erobern.[24]

Erdogan: Welteroberung durch Migration

Diese Kenntnis hat sogar das Flaggschiff der britischen Qualitätspresse, «Die Times», erreicht. Unter der Überschrift «Die Türkei ist ein trojanisches Pferd, das Europa in Gefahr bringt» konnte man dort 2016 über den türkischen Präsidenten und Muslimbruder Reccep Erdogan lesen: «Bei den Feierlichkeiten zum 562. Jahrestag der Eroberung Konstantinopels aus bis dahin christlicher Hand rief Erdogan einer begeisterten Menge von geschätzt 2 Millionen Türken zu: «Was ist die Eroberung? Die Eroberung, das ist die Hidschra. Die Expansion des Islam mittels Immigration. Die Eroberung ist Mekka, die Eroberung ist Jerusalem, die Eroberung ist al-Andalus, das muslimische Spanien. Die Eroberung bedeutet, die Tore Anatoliens nach Wien zu öffnen: Euch, dieser gesegneten Nation. Sie bedeutet, das osmanische Reich auf einen Raum zu tragen, der drei Kontinente und sieben Klimazonen umfasst.» [25]

Vergleicht man sie mit der Muslimbruderschaft, so stellt die eng verbundene Organisation «Internationale Vereinigte Staaten des Islam» nahezu deckungsgleiche Forderungen auf. Ihr Ziel ist es «das Christentum vom Angesicht der Erde wegzufegen» und «die islamische Weltherrschaft umzusetzen». Ihr Führer Scheich Faruk Al-Mohammedi spricht bereits von «Eurabien» und den «Islamischen Staaten von Amerika». Kulturen, die sich am Ende noch verweigern, würden die Vorteile des Polizeistaats kennenlernen, schreibt der Scheich in der Publikation «The global islamic civilization – the power of a nation revived».

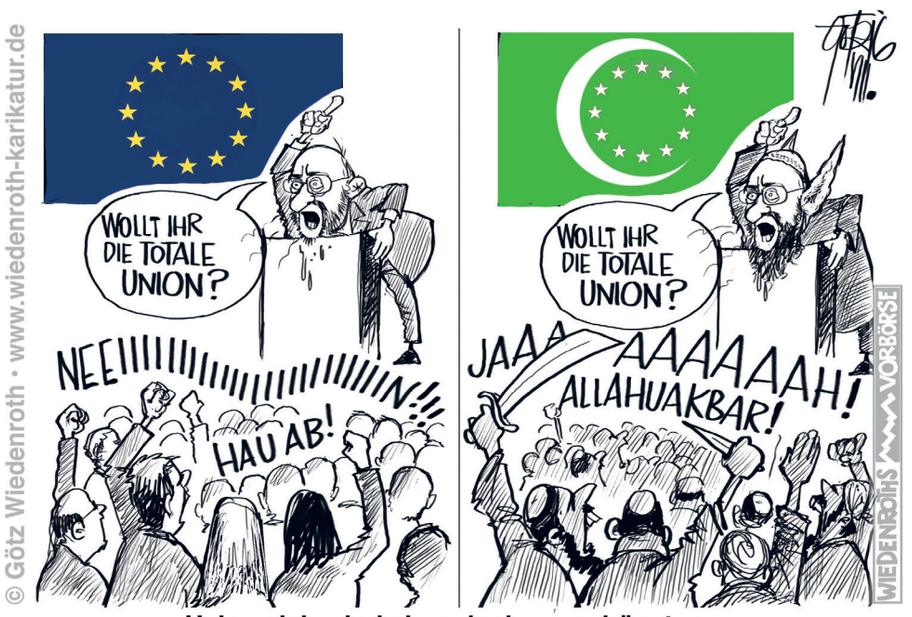
«Wir, die Muslime, sind dabei, uns England zu nehmen. Die Muslime sind im Kommen. Sie sind wie ein Tsunami, der über Europa hinwegfegt», zitiert die britische Presse im Februar 2013 den Londoner Islamprediger und ISIS-Werber Anjem Choudary – seines Zeichens Anhänger des syrischen Muslimbrüderführers Omar Bakri Mohammed. Demokratie, Liberalismus und Religionsfreiheit habe man das Herz zu verschliessen. Die Realität werde sich nun ändern. [26]

In einem knapp 30minütigen Interview mit dem christlichen US-Sender CBN hatte Choudary im August 2012 seine Strategie erläutert, in Europa und in den USA mit Hilfe eines wachsenden Bevölkerungsanteils von Muslimen schrittweise die Voraussetzungen zur Ablösung der Demokratie und zur Gründung eines islamischen Staats, also Kalifats, unter der Herrschaft der Scharia zu schaffen. Wörtlich: «Wenn wir mit ausreichend Autorität und Macht ausgestattet sind, dann sind wir als Muslime verpflichtet, die Ordnungsgewalt denen wegzunehmen, die sie innehaben, und dann die Scharia einzuführen.» [27]

Führender Imam in Al Aksa Moschee: «Wir werden mit ihnen Kinder zeugen, weil wir ihre Länder erobern werden.»

2015 ging es dann rund: Ausgerechnet den 11. September des Jahres wählte sich Imam Muhammad Ayed zum Tag der Verkündung, um in seiner Jerusalemer Al Aksa Moschee, eines der drei

Der Imam Muhammad Ayed will den Islam durch mehr Kinder westlicher Frauen mit muslimischen Männern in Europa etablieren.



Heimspiele sind eben doch am schönsten

grössten islamischen Heiligtümer, Klartext zu sprechen: Die europäischen Staaten, so der Imam, nähmen die gerade anlandende afrikanisch-arabische Migration nicht aus Mitgefühl, sondern wirtschaftlicher Notwendigkeit auf. Europa sei alt und schwach geworden und brauche menschlichen Nachschub für seine Fabriken, so Ayed. Die Aufnahme muslimischer Einwanderer habe daher nichts mit Barmherzigkeit zu tun. Zu den niedrigen Geburtenraten in europäischen Ländern äusserte der Imam: «Sie haben ihre Fruchtbarkeit verloren, deswegen verlangen sie nach unserer. Wir werden mit ihnen Kinder zeugen, weil wir ihre Länder erobern werden.» Weiter sagte Ayed: «Oh Deutsche, Oh Amerikaner, Oh Franzosen, Oh Italiener und alle, die so sind wie ihr. Nehmt die Flüchtlinge auf. Wir werden sie bald im Namen des kommenden Kalifats einsammeln. Dann werden wir diesen Völkern sagen: Das sind unsere Söhne.» An die Muslime gewandt, erklärte er: «Die Juden und Christen werden euch nie mögen, aber ihr werdet dennoch nie ihren Religionen folgen. Diese dunkle Nacht wird bald vorüber sein und dann werden wir sie niedertrampeln, so Allah will.» [28]

Das klingt nun nicht mehr nach einer friedlichen Übernahme, sondern eher nach Gewalt. Was gerade mit Blick auf die Muslimbruderschaft, in deren Geschichte sich Glaube und Politik immer wieder mit Militanz und Terrorismus mischten, nicht verwundernd wirkte. Die Beziehungen der Bruderschaft etwa zum islamischen Staat und seinen und ultraradikalen ISIS-Kämpfern sind zahlreich und eng. Nur zwei von vielen möglichen Quellen, die diese Connection grundsätzlich aufarbeiten, finden sich angehängt. [29,30]

ISIS-Kämpfer in Europa

ISIS wiederum nutzt die gegenwärtig stattfindende afrikanisch-arabische und somit zu 90% islamische Massenmigration, um eigene Kämpfer zu tausenden nach Europa zu schleusen. Dem Istanbul-Vertreter des amerikanischen Medienportals Buzzfeed gelang es, mit einem IS-Verantwortlichen in Kontakt zu treten, der für seine Organisation das Schleppergeschäft in der südlichen Türkei betreibt. ISIS, so die Aussage des extremistischen Schleusers, sende undercover seine Aktivisten nach Europa: «Wir nutzen die Flüchtlingskrise, um den Westen zu infiltrieren.» Dazu schmuggele er die Kämpfer in kleinen Gruppen durch die Türkei, wo sie dann an der Seite von hunderten Migranten vor der Küste in Frachtschiffe gebracht werden. Die laufende Operation sei ein «kompletter Erfolg», mehr als 4000 austrainierte ISIS-Söldner hätten es auf diesem Wege bereits in die EU geschafft, wo sie als Schläfer auf weitere Anweisungen warteten. Ihnen falle die Aufgabe zu, zu einem geeigneten Zeitpunkt Anschläge auszuführen. Mit Blick auf Europa habe man weitreichende Pläne. «Warten Sie's ab», lacht er. «Unser Traum eines Kalifats bezieht sich nicht bloss auf Syrien. Das ist global geplant und es wird, so Gott will, bald so weit sein.»

Türkische Flüchtlingsschleuser verifizierten die Angaben und gaben zu, bei der Aktion selbst behilflich zu sein. Auch leitende Mitglieder des US-Senats bestätigten, dass der IS seine Kämpfer auf Flüchtlingsschiffen in die EU transportiere. «Ich denke, das Statement, dass das wirklich abläuft, ist hinreichend abgesichert. In welcher Grössenordnung es passiert, wissen wir dagegen nicht» sagte der Geheimdienstvorsitzende im Senat Richard Burr. «Wir haben von diesen Vorgängen gehört» liess sich Senator Lindsey Graham, Mitglied des «Senate Arms Services Comittee» vernehmen. Er fügte – Stand Januar 2015 – hinzu, dass angesichts eines sich hinziehenden Krieges in Syrien echte Flüchtlinge und IS-Militante gleichermassen die Transitroute über die Türkei nutzen würden. [31,32,33]

Foto: Alibaba2k16
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Isis-viceo_2941899c.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Ungarischer Geheimdienstchef: Islamisten werden No-Go-Zonen überschreiten und umliegende Gebiete angreifen

Laszlo Foldi vom ungarischen Geheimdienst prognostiziert Kämpfe zwischen Muslimen und Europäern.

Foto: Elekes Andor (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:F%C3%B6ldi_L%C3%A1szl%C3%B3.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

2016 konnte man ganz Ähnliches von berufener europäischer Stelle vernehmen. Hier war es der ehemalige Einsatzleiter des ungarischen Geheimdienstes Laszlo Foldi, der im Oktober während einer TV-Debatte zum Thema Migration aus dem Nähkästchen plauderte: «Es ist Tatsache, dass tausende muslimische Kämpfer hier in Europa angekommen sind. Das ist kein Terrorismus im klassischen Sinne, von dem wir hier sprechen, es ist ein Angriff auf breiter Front. Eine Invasion, die zwei Ziele verfolgt: Das erste liegt darin, so viele gut ausgebildete Soldaten wie möglich nach Europa zu schleusen, deren primäre Aufgabe es ist, die bereits vor Ort befindliche muslimische Bevölkerung anzuwerben - also die Moslems der zweiten und dritten Generation, die in den angeblich nicht vorhandenen No-Go-Zonen leben. Über 50 Prozent wollen sich nicht in die Kultur der Aufnahmeländer integrieren und damit bilden sie das Potenzial für eine künftige Armee» sagt Foldi.

Der Interviewer wirft darauf ein, dass es unter der Massenmigration doch zweifelsohne viele echte Flüchtlinge gibt und stellt die Frage, warum diese nun nach Europa kommen und warum sie keine Aufnahme in den noch reicheren Golfstaaten suchen, was zu tun auch kulturell und entfernungsseitig näher liegen würde. Foldi antwortet: «Neben der Strategie, echte Kämpfer nach Europa zu verschaffen, gibt es noch eine zweite Strategie, die auf eine mehr friedliche Eroberung Europas hinausläuft. Die reichen arabisch-muslimischen Ölländer nehmen die schlecht ausgebildeten, mittellosen muslimischen Flüchtlinge nicht auf, weil sie wissen, dass sie diese nicht in den Arbeitsmarkt integrieren können. Sie können sie aber zum Aufbau einer neuen Massenbasis in Europa nutzen. Diese Menschen werden bei Wahlen für islamische Parteien stimmen, welche die Öllander in Europa mit ihrem vielen Geld gründen werden. Sie werden somit über diese kritische Masse Macht in den Parlamenten erlangen. Da Europa diese künftige Wahlbasis einlädt, ist es eine geradezu perfekte Situation.»

So weit Foldi, der am Schluss des Interviews noch einmal die kämpferischen Konsequenzen der bislang noch relativ zivil verlaufenden Landnahme anspricht: «Wenn sich die Lage nicht ändert, dann wird die einzuhaltende Scharia als religiöse Gesetzgebung schon spätestens 2021 dazu führen, dass wir uns fragen werden, wie viele europäische Regionen sich bereits im Bürgerkrieg befinden. Denn die gut ausgebildeten Kämpfer werden die Grenzen der No-Go-Zonen überschreiten und auf die umliegenden Gebiete ausgreifen. Sie werden ihre Kraft mit der angestammten Bevölkerung messen, die irgendwann versuchen wird, sich zu verteidigen. Die Obrigkeit wird dann nicht mehr in der Lage sein, die Situation mit der ihr zur Verfügung stehenden Logistik unter Kontrolle zu halten.» (34)

Foldis Prognosen wurden wiederum im Dezember 2016 vom früheren Antiterrorchef des britischen Geheimdienstes MI6 Richard Barrett bestätigt. Barrett sagte dem Radiosender BBC 4 drei Monate nach Foldi, dass sich in Deutschland mittlerweile 7000 Terrorverdächtige aufhalten. Die hohe Zahl sei für die deutschen Behörden nicht mehr wirkungsvoll zu kontrollieren. (35)

Radikale Tendenzen in der breiten islamischen Bevölkerung

Dabei braucht es die ultraradikalen Selbstmordkämpfer des islamischen Staats nicht einmal für eine blutig-fundamentalistische muslimische Erhebung. Teile des zivilen Klientels, welches wir in Europa bereits länger hier haben, reichen völlig. Nach einer breit angelegten Studie an französischen Schulen halten es satte 33 Prozent der jugendlichen Mohammedaner für akzeptabel, die islamischen Ansprüche an die Gesellschaft mit Gewalt durchzusetzen. Die gleiche Anzahl sprach sich für den religiösen Absolutismus aus, was bedeutet,

dass keine andere Religion neben dem Islam existieren darf. Die im Frühjahr 2017 erhobene Studie griff auf Umfragewerte zurück, die von etwa 7000 Schülern im Alter von 14 bis 16 herrühren. (36)

Frankreich ist weit weg? Von wegen: Kurz vor Weihnachten 2007 präsentierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble der Öffentlichkeit eine umfangreiche Studie über Muslime in Deutschland, die noch dessen Amtsvorgänger Otto Schily 2004 beim Institut für Kriminalwissenschaften Abteilung Kriminologie an der Universität Hamburg in Auftrag gegeben hatte. Ergebnis: 40% der Befragten ab dem 18. Lebensjahr seien fundamental orientiert. Sie hielten die Anwendung physischer Gewalt als Reaktion auf die Bedrohung des Islam durch den Westen für legitim. Sie glaubten an eine Belohnung für im Kampf getötete Gotteskrieger. Unter 2700 separat in Hamburg, Köln und Augsburg erfassten Jugendlichen der 9. und 10. Jahrgangsstufe sind 25% selbst zu Gewalttaten gegen Andersgläubige bereit, wenn es der islamischen Gemeinschaft dient. Dieses gefährliche Viertel hält Gewalt ebenfalls für legitimierbar, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht. Die Studie des Innenministeriums schlussfolgert, dass Religion innerhalb der muslimischen Bevölkerung eine sehr grosse und bei jungen Leuten noch wachsende Bedeutung hat. (37,38,39)

Das heisst: Jährlich mit Steuermilliarden finanzierte Pro-Integrationskampagnen erzielen im muslimischen Bevölkerungssegment nur begrenzt Wirkung, während es zugleich gelingt, in der erheblich besser erreichten autochthonen Stammbevölkerung den Glauben zu verankern, dass die hauptsächlich islamische Neukultur einen Gewinn darstellt, und die sie tragende Bevölkerungsgruppe gleich mit.

Dass diese Aussichten in Frankreich noch unbequemer sind, wurde bereits erwähnt. Und Achtung: Das sind nur die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffern dürften beträchtlich sein, denn nicht jeder Muslim wird bereit sein, mit seiner Gewaltbereitschaft offen gegenüber einem völlig fremden Umfrageteam hausieren zu gehen.

Foto: Shutterstock/ Yuriy Seleznev

Wer nun einwendet, es gäbe doch gar keine Aufstandsgefahr, der möge noch einmal die in dieser Ausgabe gezeigten Planungen konkurrierender Geheimdienste in Rechnung stellen. Er möge die Aussagen von muslimischen Hasspredigern oder salafistischen und muslimbrüderlichen Führern bedenken und sich deren mitunter ausgezeichnete Beziehungen zu kriegsführenden Milizen und Terrorgruppen von Nah- und Mittelost bis Afrika vor Augen halten.

Die in Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun erfolgte Besetzung grosser Landesteile durch die islamistische Terrormiliz Boko Haram wird offiziell als Bürgerkrieg gesehen und begann 2009 als Aufstand gegen Anti-Scharia-Massnahmen der lange Zeit inaktiv gebliebenen Obrigkeit. In Libyen folgte der durch Al Qaida, IS und die Muslimbruderschaft 2011 durchgeführte Umsturz ähnlichen Mustern. Eine nahezu identische Strategie verfolgte der Islamische Staat 2012 bis 2017 in Syrien und konnte nur mühevoll unterdrückt werden, nachdem die allein zu schwachen Regierungstruppen Hilfe aus Russland bekamen.

Dass es über Muskelspiele und Terrorangriffe hinaus in Europa noch nicht zu ähnlich finalen Szenarien gekommen ist, hat vor allem zwei Gründe: Auf der einen Seite setzen übernahmebereite islamische Geopolitiker auf den Faktor Zeit, der dem kommenden mohammedanischen Kräfteüberhang in grossen Schritten entgegenkommt. Die amtlich zur Verfügung gestellten Migrations- und Geburtenraten lassen hier an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Nichts zu wünschen übrig lässt auf der anderen Seite auch die andienernde Politik der europäischen Regierungen. Warum eine verfrühte Auseinandersetzung suchen, wenn der muslimischen Bevölkerung in Deutschland Stadtteile, in Schweden Ortschaften in Stadtgrösse und in Frankreich oder Griechenland gar ganze Landstriche zur faktischen Selbstverwaltung überlassen werden? Diesen Parallelgesellschaften werden von Legislative (Scharia) über Judikative (Scharia-Gerichte) bis hin zur Exekutive (Scharia-Polizei) alle staatlichen Wirkungsformen zugestanden bzw. gesetzlich anerkannt. Der Aufbau von kleinen Milizen findet derweil unter dem Deckmantel von Bürgerwehren sowie türkisch-arabischer Biker und Martial-Arts-Vereinigungen statt - auch hier, ohne dass die Regierung einschreiten würde. Duldsamkeit und Nachgeben fördern die in der Hidschra verankerte weitgehend friedliche religiöse Landnahme nachhaltig. Aber die Ruhe ist überaus trügerisch, die Situation kann unter einem sich täglich verschlechternden Kräfteverhältnis jederzeit kippen, wenn sich Aufnahmestaaten ihrer christlichen und laizistischen Wurzeln besinnen und dem Taten folgen lassen.

Türkei droht mit Religionskriegen in Europa

Wir sind inzwischen so weit, dass schon der Widerspruch europäischer Staaten gegen ein morgenländisches Patenregime der heranwachsenden fünften Kolonne das Fass zum Überlaufen bringt. Im Frühjahr 2017 plante der türkische Präsident Erdogan Massenkundgebungen in Deutschland, Holland und Österreich, um seine Auslandstürken auf ein Verfassungsreferendum einzuschwören, das ihm mehr Macht einräumen sollte. Als sich die Regierungen in Berlin, Wien und Den Haag dagegen sperrten, ging es zur Sache. Vor tausenden Anhängern in Instanbul tönte der «Sultan»: «Wenn ihr mich nicht hereinlasst oder mich nicht sprechen lasst, dann werde ich einen Aufstand machen.» Europa werde schon lernen, wie man mit der Türkei umzugehen habe, schob Aussenminister Mevlüt Çavuşoğlu nach: «Bald könnten in Europa auch Religionskriege beginnen und sie werden beginnen», so der Aussenminister. (40)

Als Deutschlands Presse nebst der angeschlossenen Merkel-Administration ernsthaft darüber rätselten, was Aufstand und Religionskrieg denn bedeuten mögen, erklärte es ihnen Erdogan wiederum öffentlich bei einer Journalistenveranstaltung in Ankara: «Wenn ihr euch weiterhin so benehmt, wird morgen kein einziger Europäer, kein einziger Westler auch nur irgendwo auf der Welt sicher und beruhigt einen Schritt auf die Strasse setzen können.» [41] *(tk)*

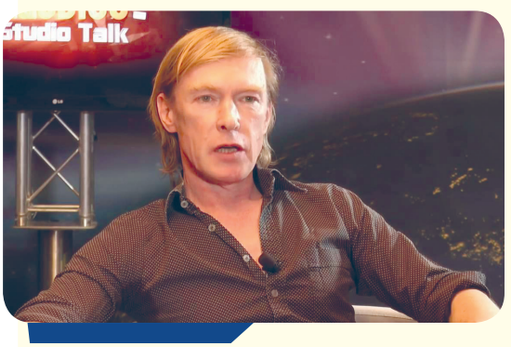
Das Islamisierungskomplott - Wer spielt gegen Europa? Teil 1

32.947 Aufrufe 301 14 TEILEN

Die vorangegangenen Texte basieren auf dem mit unzähligen Mainstream-Quellen unterlegten, sechsteiligen Youtube-Hörbuch «Das Islamisierungskomplott» von Wolfgang Eggert.

Wir danken dem Autor für seine herausragende Recherchearbeit!

Für die sehr empfehlenswerte vollständige Version, einfach den Titel in die Youtube-Suchleiste tippen.



Wolfgang Eggert

(geb. 1962 in Essen) ist ein deutscher Historiker, Wahrheitsbewegter und Zivilisationskritiker. Schwerpunkt seiner Untersuchungen ist der welthistorische Einfluss der messianischen Apokalyptik. Er betreibt das Emigrationsprojekt «Siedlergemeinde».

Quellen:

1. Islamic Imperialism: A History, Efraim Karsh, S.63
2. telegraph.co.uk, Muslim Brotherhood 'using migrants as invasion force' to seize control of Europe, Czech president claims, .05.01.2016
3. welt.de, Reformer oder Wolf im Schafspelz?, 22.09.2004
4. youtube.com, The partnership between ISIS and Muslim Brotherhood in the industry of terrorism and death, 23.03.2015
5.https://www.investigativeproject.org/documents/687-the-muslim-brotherhood-project.pdf
6. archive.frontpagemag.com, «The Muslim Brotherhood Project», 11.05.2006
7. lse.rl.talis.com, CASE OF NADA v. SWITZERLAND (Application no. 10593/08)
8. de.danielpipes.org, War Barak Obama Muslim?, 24.12.2007
9. motherjones.com, Trump Overlooked One Small Detail When He Invited Obama's Half Brother to the Debate, 19.10.2016
10. cbn.com, Obama's Muslim Brotherhood Connection?
11. frontpagemag.com, Obama and the Brotherhood: The Ties that Bind, 19.04.2015
12. investigativeproject.org, Egyptian Magazine: Muslim Brotherhood Infiltrates Obama Administration, 03.01.2013
13.s3.documentcloud.org, Congress of The United States, 13.06.2012
14. thehill.com, Huma Abedin's ties to the Muslim Brotherhood, 23.08.2016
15. voltairenet.org, Links between Muslim Brotherhood and Obama administration, 10.11.2013
16. theatlantic.com, «Brotherhood» Invited To Obama Speech By U.S., 03.06.2009
17. thehill.com, Huma Abedin's ties to the Muslim Brotherhood, 23.08.2016
18. pjmedia.com, Clinton Foundation Employed a Now-Imprisoned Senior Muslim Brotherhood Official, 20.10.2016
19. frontpagemag.com, Muslim Brotherhood Leader's Son Claims MB is Blackmailing Obama with «Evidence That Could Put Him in Prison», 14.08.2013
20. washingtontimes.com, Obama secretly backing Muslim Brotherhood, 03.06.2015
21. krone.at, Zeman: Muslimbrüder organisieren Flüchtlingswelle, 05.01.2016
22. meforum.org, Die Eroberung Europas durch die Muslim-Bruderschaft, Winter 2005
23. globalmbwatch.com, Youssef Qaradawi Calls For "Peaceful Conquest" Of Europe, 01.11.2007
24. jochen-roemer.de, Hijra: Islam als Werkzeug der Flüchtlingskrise, Veröffentlicht am 25.04.2017 von de.europenews.dk
25. thetimes.co.uk, Turkey is a Trojan horse endangering Europe, 06.06.2016
26. dailymail.co.uk, 'Claim jobseeker's allowance and plan holy war': Hate preacher pocketing £25,000 a year in benefits calls on fanatics to live off the state, 17.02.2013
27. cbn.com, UK Islamist Leader: Islam Will Dominate America, 08.09.2012
28. dailymail.co.uk, Imam tells Muslim migrants to 'breed children' with Europeans to 'conquer their countries' and vows: 'We will trample them underfoot, Allah willing', 18.09.2015
29. counterextremism.com, The Muslim Brotherhood's Ties to ISIS and Al-Qaeda
30. voltairenet.org, Die Verbindung zwischen Muslim Bruderschaft und ISIS, 21.04.2016
31. buzzfeed.com, ISIS Operative: This Is How We Send Jihadis To Europe, 30.01.2015
32. express.co.uk, 'Just wait...' Islamic State reveals it has smuggled THOUSANDS of extremists into Europe, 18.11.2015
33. wnd.com, ISIS smuggler: 'We will use refugee crisis to infiltrate West', 09.04.2015
34. express.co.uk, Intelligence expert warns thousands of 'Muslim soldiers' are ready to 'ATTACK' Europe, 05.10.2016
35. express.co.uk, Germany has 7,000 TERROR SUSPECTS who are 'almost IMPOSSIBLE' to track, ex-spy chief says, 22.12.2016
36. lexpress.fr, Les lycéens se radicalisent-ils plus facilement, 20.03.2017
37. focus.de, Viele junge Muslime neigen zur Gewalt, 20.12.2007
38. rp-online.de, Jeder vierte junge Muslime zu Gewalt bereit, 20.12.2007
39. heise.de, Muslime in Deutschland, 26.12.2007
40. huffingtonpost.de, Erdogan droht Deutschland: «Wenn ihr mich nicht sprechen lasst, werde ich einen Aufstand machen», 05.03.2017
41. jungefreiheit.de, Erdogan: Kein Europäer wird mehr sicher sein, 23.03.2017

Russland

Foto: www.kremlin.ru

Eine Militärparade auf dem Roten Platz 2016. Wird Russland sein äusserst schlagkräftiges Militär eines Tages einsetzen, um das militärisch inzwischen äusserst schwache Europa vom Islam zu «befreien»?

von Torsten Mann

Von der «Islamisierung» über die Revolution zur Invasion

In der vorherigen Ausgabe (Dezember 2017) erläuterte der Autor Torsten Mann, wie durch die Erzeugung sozialer Krisen im Westen eine «Revolutionäre Situation» entstehen soll, um dessen Untergang einzuleiten. Daraufhin könnte eine Unterwerfung westlicher Nationalstaaten unter das Diktat Moskaus folgen, die momentan nahezu alle Teile des politischen Spektrums – egal ob links oder rechts – wie ein Blitz aus heiterem Himmel erwischen würde.

Russische Geheimdienste züchteten sowohl islamische Prediger heran, die in die islamische Welt entsandt wurden, um diese gegen den Westen aufzuhetzen, als auch Terroristen, die westliche Nationen durch Anschläge in Angst und Schrecken versetzen sollten, damit sie sich zur «Kooperation» mit Moskau und zur Übertragung ihrer staatlichen Souveränität auf überstaatliche Organisationen bereiterklären, was langfristig auf die Errichtung einer von Moskau und Peking dominierten Weltregierung auf dem Gerüst der UN hinauslaufen könnte.

Erstaunlicherweise sind die Pläne und Strategien vieler radikalislamischer Ideologen nahezu deckungsgleich mit den Schriften kommunistischer Grössen wie Mao oder Che Guevara, die ebenfalls unberechenbare Terrorakte auf die zivile Infrastruktur und die arglose Bevölkerung empfahlen. In islamistischen Pamphleten wird sogar zur aktiven Kollaboration mit Linksextremisten aufgerufen. Genau wie der Westen und die Muslimbruderschaft hatte auch Moskau grossen Anteil daran, die islamische Religion ihrer transzendenten Inhalte zu berauben und sie zu einer politischen Ideologie umzugestalten.

Die in den letzten Jahren in vielen Städten der westlichen Welt immer häufiger auftretenden ethnosozialen Unruhen zeigen, dass die vorsätzliche Destabilisierung westlicher Nationalstaaten inzwischen ein vorrevolutionäres Ausmass erreicht hat und dass nur noch eine letzte Initialzündung zur Entstehung einer wirklich «Revolutionären Situation» fehlt. Ein neuer Finanzcrash könnte eine solche Initialzündung bewirken und in den überfremdeten Metropolen der westlichen Welt schlagartig zum Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Zustände führen. Es ist abzusehen, dass die Loyalität grosser Teile der islamischen Bevölkerung im Krisenfall nicht der Nation gilt, bei der sie zu Gast sind, was die Krisenlage extrem verschärfen wird.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass tatsächlich bereits seit einiger Zeit durch die russische Propaganda gezielt die Vorstellung verbreitet wird, Russland werde Europa irgendwann «vor den Moslems retten», was als psychologische Vorbereitung einer zukünftigen Invasion verstanden werden kann, die auf dem Höhepunkt flächendeckender ethnosozialer Unruhen zu erwarten wäre. Es ist ebenso bemerkenswert, dass sich die Streitkräfte Russlands und Chinas schon seit Jahren in regelmässigen Militärmanövern auf ein genau solches Szenario vorbereiten. Die Invasion Moskaus könnte den meisten verzweifelten Westbürgern dann wie eine Rettung aus dem Chaos erscheinen.

Stalins Versagen, die Arbeiterklasse in den 1930er Jahren zur Weltrevolution anzustiften, hatte zur Folge, dass die sowjetische Führung den klassischen Marxismus-Leninismus weiterentwickeln und einen neuen Weg zur Errichtung einer sozialistischen Weltregierung finden musste. Daher begann die KPdSU auf ihrem 20. Parteitag im Jahr 1956 eine neue Langzeitstrategie, die in Anlehnung an Leo Trotzkis Konzept der «permanenten Revolution» auf die langfristige Schaffung einer «Revolutionären Situation» im Weltmassstab abzielte. Parallel dazu begannen die Sowjets ab dem Jahr 1960 mit der Entwicklung eines Ersatzproletariats, das nach dem revolutionären Versagen der Arbeiterklasse zum neuen Protagonisten der zukünftigen Weltrevolution werden sollte. Dieses Ersatzproletariat sollte sich in Anlehnung an Antonio Gramsci aus allen «marginalisierten Gruppen der Geschichte» zusammensetzen, zu denen Gramsci ausdrücklich auch ethnische Minderheiten zählte. Die Bruchlinien des zukünftigen Klassenkampfes würden nicht mehr wie im herkömmlichen Marxismus-Leninismus nur zwischen arm und reich in einem ethnisch homogenen Nationalstaat verlaufen, sondern der Klassenkampf wurde in der Weise globalisiert, dass den westlichen Industriestaaten die Entwicklungsländer und ehemaligen Kolonien entgegengestellt wurden, wobei der «arme Süden» unter der Parole, der Westen lebe «auf Kosten der Dritten Welt», dazu angestiftet wurde, vom «reichen Norden» «soziale Gerechtigkeit» einzufordern. Zu diesem Zweck wurde durch kommunistische Einflussagenten seit den 1960er Jahren vorsätzlich die Erwartungshaltung verbreitet, die Völker der Dritten Welt hätten unter dem Vorwand der «sozialen Gerechtigkeit» und als Wiedergutmachung für eine vermeintliche «koloniale Ausbeutung» ein Recht darauf, am «überschüssigen Reichtum» der westlichen Welt teilzuhaben. Diese Erwartungshaltung wurde anschliessend zur wichtigsten Triebfeder für die zunehmende Einwanderung aus den Entwicklungsländern in die westliche Welt, was dort zur «multikulturellen» Fragmentierung der einstmals homogenen Nationalstaaten und zu

Als Ersatz für die verlorengegangene Arbeiterklasse, die von der Mangelverwaltung und den Verbrechen des Kommunismus desillusioniert worden war, entwickelten die international organisieren Kommunisten eine neue Strategie des Klassenkampfes, indem sie ein «Ersatzproletariat» aus vermeintlich «unterdrückten» Gruppen wie Ausländern und Frauen erschufen. Diese «Randgruppen» sollten gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung aufgehetzt werden, indem man ihnen einen Opferstatus verlieh und ihnen suggerierte, sie würden von der bürgerlichen Gesellschaft systematisch benachteiligt. Der ganze Artikel über die Instrumentalisierung insbesondere ethnischer Minderheiten ist in der **ExpressZeitung Ausgabe 13/Dezember 2017 – Thema: Auflösung des Westens** – zu lesen.

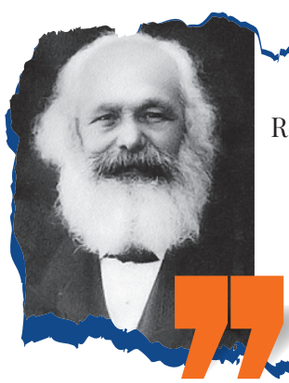
Seite 49

der von den Kommunisten gewünschten Entstehung eines überwiegend aus ethnischen Minderheiten bestehenden und grösstenteils vom Sozialstaat abhängigen Ersatzproletariats führte. Wie der 1968 in die USA übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete, erachteten die sowjetischen Strategen die Angehörigen dieses Ersatzproletariats zwar grundsätzlich als ungeeignet für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung, aber «aufgrund des Schadens, den sie der kapitalistischen Gesellschaft durch Destabilisierung und Demoralisierung zufügen konnten, galten sie als Ressource, die es auszunutzen galt, um den revolutionären Prozess zu beschleunigen – bevor sie im Anschluss an die Revolution vernichtet werden sollten.»[1]

Wie der tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete, erachteten die sowjetischen Strategen die Angehörigen des «Ersatzproletariats», das im Westen für Chaos sorgt, als nützliche Idioten, die «im Anschluss an die Revolution vernichtet werden sollten».

Wie die Sowjets den Islam zum Islamismus radikalisierten

Insbesondere in der islamischen Welt schürten sowjetische Einflussagenten jahrzehntelang systematisch den Hass gegen die westlichen Nationalstaaten. Schon frühzeitig hatte Moskau erkannt, dass es in strategischer Hinsicht erfolgversprechender war, den Islam für die Sache der Revolution zu instrumentalisieren, anstatt ihn offen zu bekämpfen. Zu diesem Zweck errichteten die Sowjets bereits in den 1940er Jahren spezielle Koranschulen, in denen Studenten aus den muslimischen Teilen der Sowjetunion und aus Ländern des Nahen Ostens dazu ausgebildet wurden, den Kommunismus durch die Verwendung geeigneter Koranzitate mit einer islamischen Tarnung zu versehen und den Islam auf diese Weise für die Revolution nutzbar zu machen. Der Lehrplan dieser Koranschulen war darauf ausgelegt, die islamische Religion ihrer transzendenten Inhalte zu berauben und sie zu einer revolutionären Ideologie umzugestalten, die auf dem Weg des gewaltsamen Umsturzes nach «sozialer Gerechtigkeit» strebt und auf diese Weise mit dem Marxismus kompatibel wird. Um Glaubwürdigkeit unter den islamischen Gläubigen zu erlangen, wurden die angehenden Prediger dazu verpflichtet, den Koran auswendig zu lernen oder zumindest ausreichend Verse, um sich den islamischen Ehrentitel Hafiz zu erwerben. Anschliessend wurden sie in die gesamte islamische Welt entsandt, wo sie die religiöse Infrastruktur unterwanderten und auf diese Weise die Entstehung des revolutionären Islamismus schürten.[2]

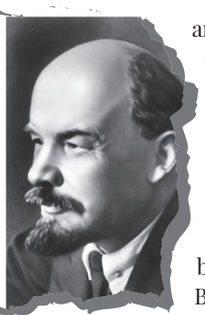


Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise.[A]

Karl Marx, 1850

Niemand wird leugnen, dass ein gewisses Mass an Chaos unvermeidbar ist. Aber aus diesem Chaos wird eine Ordnung entstehen, die Ordnung der Revolution, welche die höchste Form des chaotischen, spontanen Volksaufstands ist.[B]

Wladimir Lenin, 1906



Die Absolventen der sowjetischen Koranschulen galten laut dem Autor Dan Kurzman bereits in den 1960er Jahren als die «besten muslimischen Prediger», denn «sie sprechen mit demagogischer Inbrunst und beeindrucken ihr Publikum mit ihrem Wissen über so unterschiedliche Themen wie aktuelle Ereignisse, Kernenergie und Technik. Aber sie kehren immer wieder zu der Frage der ‚sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit' zurück, und ohne es zu bemerken, sind ihre Zuhörer von der subtil und virtuos in der Sprache des Koran verkleideten kommunistischen Doktrin fasziniert.»[3] Wie der frühere rumänische Geheimdienstchef Ion Pacepa berichtete, wies das KGB zu Beginn der 1970er Jahre im Rahmen der Operation «SIG» die Geheimdienste der übrigen Ostblockstaaten an, auch in ihren Ländern nach zuverlässigen Kommunisten zu suchen, die den verschiedenen ethnischen Gruppen der islamischen Welt angehörten. Diese erhielten eine spezielle Ausbildung für Terroroperationen und für die Verbreitung von Desinformation und wurden in die Staaten der islamischen Welt entsandt, wo es ihre Aufgabe war, die einheimische Bevölkerung gegen den Westen und insbesondere gegen die USA aufzuhetzen. **Bis zum Jahr 1978 hatte der Ostblock Tausende dieser Einflussagenten in der islamischen Welt angesiedelt, die durch eine Vielzahl osteuropäischer Ärzte, Ingenieure, Techniker usw. unterstützt wurden, die im Rahmen sozialistischer Entwicklungsprojekte dabei halfen, die USA als arrogante kapitalistische Kolonialmacht darzustellen, deren Absicht es sei, die islamischen Staaten zu unterdrücken und auszubeuten.**[4]

Infolge der vorsätzlichen sowjetischen Radikalisierung des Islam kam es im Jahr 1979 zur Revolution im Iran, die von den Sowjets schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorbereitet worden war, die jedoch nicht das beabsichtigte Ergebnis brachte, da Moskau zumindest zeitweilig die Kontrolle über die Ereignisse verlor. Trotzdem wurde die islamische Revolution von KPdSU-Generalsekretär Breschnew als eine «antiimperialistische Revolution» begrüsst, die zeige, dass «das Banner des Islam in den Kampf für die Befreiung führen» könne.[5]

Der rot-islamische Terror

Doch die Sowjets bewirkten nicht nur die ideologische Radikalisierung der islamischen

Foto: Natalia Medvedeva

> Wir werden vermutlich einen grossen Krieg erleben, einen Flächenbrand. Daran sind aber allein die Russen schuld. Der ganze [islamische] Fundamentalismus, Extremismus und Terrorismus ist künstlich geschaffen worden.(F)
>
> ***Aslan Maschadow, tschetschenischer Präsident, September 1999***

Foto: Photo by Kohls, Ulrich, extracted by Fredy.00, derivative work: Marenko ale (talk) (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Brezhnev-color.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

> Wir Kommunisten respektieren die religiösen Überzeugungen von Menschen, die sich zum Islam oder zu irgendeiner anderen Religion bekennen. Es geht in erster Linie darum, welche Ziele die Kräfte verfolgen, die diese Parolen verwenden. Das Banner des Islam kann in den Kampf für die Befreiung (Anm.: Kommunismus) führen. Dies zeigt die Geschichte, einschliesslich der jüngsten Geschichte. (D)
>
> ***KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew, 1981***

Welt, sondern sie unterstützten zudem auch ausdrücklich die Entstehung des islamistischen Terrorismus und zwar sowohl durch eigene Terrorausbildungslager auf dem Territorium der Sowjetunion und der von ihr kontrollierten Ostblockstaaten als auch indirekt durch Mittelsmänner des palästinensischen Widerstands und der Geheimdienste der von Moskau abhängigen Satellitenstaaten, für die sich inzwischen der Begriff «Schurkenstaaten» etabliert hat. Der in den Westen übergelaufene Offizier des russischen Militärgeheimdiensts GRU Viktor Suworow erklärt das Konzept, das der kommunistischen Unterstützung des Terrorismus zugrunde liegt: «Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein Terrorist, der sich selbst als unabhängig betrachtet und der Menschen aufgrund seiner Überzeugung tötet, weitaus gefährlicher ist als derjenige, der auf fremden Befehl hin kämpft. Für seine eigenen Ideen geht der Terrorist ein Risiko ein und opfert auch sein Leben, aber es ist nicht wahrscheinlich, dass er dies auch auf Befehl eines Fremden machen würde.»(6) Deshalb hat ein Terrorist, der für die GRU arbeitet, «in der Mehrheit der Fälle nicht den Eindruck, benutzt zu werden. Er ist zutiefst davon überzeugt, dass er unabhängig, aufgrund seines eigenen Willens und seiner eigenen Vorstellung handelt. Die GRU hinterlässt somit keine Unterschrift oder Fingerabdrücke. Selbst in den Fällen, bei denen es sich nicht um einzelne Terroristen, sondern um erfahrene Anführer von Terrororganisationen handelt, unternimmt die GRU aussergewöhnliche Schritte, um zu gewährleisten, dass auch der Terroristenanführer selbst nicht das Ausmass seiner Unterstellung unter die GRU erkennt.»(7) Suworow betonte, dass die Taktik der GRU gegenüber Terroristen relativ einfach ist: «Man gibt ihnen keine Anweisungen und sagt ihnen auch nicht, was sie tun sollen. Sie zerstören die westliche Zivilisation und sie wissen, wie sie dies anstellen müssen, deshalb soll man sie ohne kleinliche Überwachung gewähren lassen. Es gibt in diesen Gruppierungen genügend Idealisten, die bereit sind, für ihre eigenen Ideen zu sterben, also lässt man sie sterben. Wichtig ist schliesslich nur, dass man ihnen die Illusion belässt, dass sie vollkommen frei und unabhängig sind.»(8)

Damit hielten sich die sowjetrussischen Geheimdienste weitgehend an die Anweisung Lenins, der schon im Herbst 1905, also lange vor der Oktoberrevolution erklärt hatte, dass man die Idee propagieren müsse, Terrorabteilungen von 25 bis 75 Mann aufzustellen, «sie mit jeder Art von Waffen zu versorgen, von Messern und Revolvern bis zu Bomben, und diese Abteilungen militärisch zu schulen und auszubilden.»(9) Die Kommunisten sollten «jeder Abteilung kurze und einfache Bombenrezepte und elementare Erläuterung der ganzen Arbeitsart geben, dann aber die ganze Tätigkeit ihr selbst überlassen.»(10) Getreu dieser Vorgabe bildete die GRU, wie der im Jahr 1992 in die USA übergelaufene sowjetrussische GRU-Offizier Stanislav Lunev bestätigte, im Lauf der Jahrzehnte «Terroristen aus nahezu allen Staaten der Welt aus, einschliesslich aus dem Irak, aus Libyen, dem Iran, Ägypten, Syrien, Libanon, Palästina, Italien, Deutschland, Spanien, Türkei und Lateinamerika. Wo keine Terrorbanden [...] bestanden, half die GRU, sie zu schaffen, und belieferte sie anschliessend mit der nötigen Ausbildung, Finanzierung und organisatorischen Unterstützung.»(11) Das seit den 1970er-Jahren auf diese Weise aufgebaute internationale Terrornetz erfüllt einen ähnlichen strategischen Zweck zur Vorbereitung der Weltrevolution wie die Terrorabteilungen, deren Gründung Lenin im Jahr 1905 im vorrevolutionären Russland zur Vorbereitung der Oktoberrevolution befohlen hatte. In erster Linie dient der Terrorismus dazu, die öffentliche Ordnung der bürgerlichen Staaten zu destabilisieren, um über die «Dialektik der Eskalation» eine «Revolutionäre Situation» zu schaffen. Darüber hinaus dient die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus – ähnlich wie die angebliche Klimakatastrophe (vgl. Ausgabe 9 S.25 ff.) – aber auch als Vorwand, unter dem die Kommunisten die internationale Konvergenz auf UN-Ebene als Vorstufe zur Errichtung einer Weltregierung vorantreiben.

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Zwei vom gleichen Schlag: Sozialismus und politischer Islam.

Seite 51

Mit dem Islamismus in die Neue Weltordnung

Über Jahrzehnte hinweg züchteten die sowjetrussischen Geheimdienste in Gestalt des gewaltbereiten Islamismus genau jene Bedrohung heran, die laut dem russischen Dissidenten Andrei Navrozov im Konzept der kommunistischen Langzeitstrategie dazu dient, die westlichen Nationen weit genug in Angst und Schrecken zu versetzen, dass sie sich zur «Kooperation» mit Moskau und zur Übertragung ihrer staatlichen Souveränität auf überstaatliche Organisationen bereiterklären, was langfristig auf die Errichtung einer von Moskau und Peking dominierten Weltregierung auf dem Gerüst der UN hinausläuft. Seit dem offiziellen Ende des Kalten Krieges zu Beginn der 1990er Jahre nahmen sowjetrussische Funktionäre den islamistischen Terror regelmässig zum Anlass, um eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit auf UN-Ebene zu fordern. Zum Beispiel hatte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow schon im September 1990 zu US-Präsident George Bush sen. gesagt: «Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns jetzt beide den grossen Gefahren, die dem islamischen Fundamentalismus innewohnen, bewusst sind. Das ist eine grosse Bedrohung und wir müssen zusammenarbeiten, um ihr entgegenzuwirken.»[12]

Nachdem der erste Terroranschlag auf das World Trade Center im Jahr 1993 gescheitert war, dauerte es allerdings noch fast ein Jahrzehnt, bis der islamische Fundamentalismus den sowjetrussischen Totalitarismus als primäre Bedrohung im Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit abgelöst hatte. Unmittelbar nach dem zweiten Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 klagte Gorbatschow, dass man in der Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges den «Terrorismus als die wichtigste Gefahr» vergessen habe, weil man noch zu sehr in der Konfrontation zwischen Ost und West verhaftet geblieben sei.[13] Die Anschläge des 11. September seien jedoch «ein Fehdehandschuh für die gesamte Menschheit» und damit biete sich eine «neue Chance der Zusammenarbeit».[14] Im Jahr 2003 wurde Gorbatschow noch deutlicher, er schrieb: «Der 11. September enthüllte die ganze Hinfälligkeit des Gedankens an eine unipolare Welt und zeigte, dass sogar das mächtigste Land der Erde, die USA, verletzlich ist und nicht allein mit der Bedrohung durch den internationalen, gegen die Amerikaner gerichteten Terrorismus fertig werden kann. Ich glaube, dass dieses monströse Ereignis den tragischen Untergang der Philosophie markiert, die nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Zerfall der Sowjetunion aufgekommen war. Aber es kennzeichnet auch einen Neubeginn, an dem sich die Menschen zur Lösung der globalen Probleme, die alle angehen, zusammenschliessen müssen.»[15] Unablässig rief Gorbatschow seither dazu auf, den Kampf gegen den Terrorismus auf den UN-Sicherheitsrat zu übertragen, der eine entsprechende Resolution für einen internationalen Anti-Terror-Pakt verabschieden solle, dem sich alle Nationalstaaten unterordnen müssten.[16] Gleichlautend hatte auch der russische Präsident Wladimir Putin bereits vor den Anschlägen des 11. September 2001 vor einem angeblich bevorstehenden Krieg gegen den islamischen Fundamentalismus «gewarnt» und damit die Forderungen nach einer Intensivierung der Kooperation zwischen Ost und West begründet.[17] In Kenntnis der jahrzehntelangen Unterstützung des internationalen Terrorismus durch die sowjetrussischen Geheimdienste wirkt es befremdlich, dass sich der frühere russische Geheimdienstchef Putin zu den Anschlägen auf das World Trade Center wie folgt äusserte: «Ich habe das Gefühl, als sei ich persönlich verantwortlich für das, was geschehen ist.»[18] Jedoch wollte Putin mit dieser Äusserung keinesfalls zugeben, dass seine Geheimdienste in die Anschläge verwickelt waren, vielmehr lautete seine Botschaft, dass man die Anschläge hätte verhindern können, wenn es nur eine engere internationale Zusammenarbeit geben würde und man rechtzeitig die nötigen Informationen ausgetauscht hätte.[19] Die Botschaft lautete also: Nur mit einer Kooperation zwischen Ost und West zu den Bedingungen der «Global Governance» lassen sich solche Ereignisse verhindern, oder im Umkehrschluss: Wenn man auf UN-Ebene nicht zusammenarbeitet, dann wird es weitere Anschläge geben.

> Das Zentrum des weltweiten Terrorismus liegt nicht im Irak, im Iran, Afghanistan oder Tschetschenien. Die terroristische Seuche verbreitet sich von den Büros am Lubjanka-Platz und im Kreml ausgehend in alle Welt.[11]
>
> *KGB/FSB-Überläufer Alexander Litwinenko, 2006*

Die «Islamisierung» dient zur Destabilisierung der westlichen Nationalstaaten

Die in den letzten Jahren in vielen Städten der westlichen Welt immer häufiger auftretenden ethnosozialen Unruhen, die mit der Kölner Silvesternacht von 2015 auch Deutschland erreicht haben, zeigen, dass die von den Kommunisten betriebene vorsätzliche Destabilisierung der westlichen Nationalstaaten inzwischen ein vorrevolutionäres Ausmass erreicht hat und dass nur noch eine letzte Initialzündung zur Entstehung einer wirklich «Revolutionären Situation» im leninistischen Sinne fehlt. Ein neuer Finanzcrash mit anschliessendem Wirtschaftskollaps, der zu einer Kürzung, Entwertung oder sogar zum Wegfall der staatlichen Sozialleistungen führt, könnte eine solche Initialzündung bewirken und in den überfremdeten Metropolen der westlichen Welt schlagartig und flächendeckend zum Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Zustände führen. Schon unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001 und den darauf folgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak wurde deutlich, welch enormes Potential für innere Unruhen von den Parallelgesellschaften ausgeht, die sich infolge der jahrzehntelangen Einwanderung aus der Dritten Welt in Europa und Amerika gebildet haben. Der damals beginnende

Die vom kommunistischen Ideologen Gramsci ausersehenen Ersatzproletarier dürfen in Deutschland auf äusserst milde Gerichtsurteile hoffen, da die Justiz infolge der 68er-Revolte von einem «revolutionären Gerechtigkeitssinn» im Sinne Lenins durchdrungen ist.

Spez-naz-Kom-mandos des sowjetrussi-schen Mili-tärgeheim-dienstes GRU könnten die Infrastruktur des Westens lahmlegen, kurz vor der Einleitung der militärischen Invasion, die inoffiziell «Ouvertüre» genannt wird.

> Um ein politisch und wirtschaftlich vereintes Europa in den unentrinnbaren Einflussbereich Moskaus zu treiben, um Europa ein für alle Mal zu vereinigen, muss der Westen als Ganzes in Angst und Schrecken versetzt werden – aber natürlich nicht durch Moskau. Im Gegenteil, Moskau muss sich ebenfalls als Opfer einer eindeutig von ausserhalb drohenden Gefahr darstellen. [...] Die fragliche Gefahr muss erst herangezüchtet und benannt werden, bevor sie den Westen wie ein Dämon anfallen kann. Diese Gefahr, die sich für die Rolle eines derartigen Dämons anbietet, ist grundsätzlich die islamische Welt und insbesondere der islamische Fundamentalismus.(G)
>
> *Andrei Navrozov, russischer Dissident, 2001*

«Krieg gegen den Terror» zeigte, dass die Loyalität grosser Teile der islamischen Bevölkerung im Krisenfall nicht der Nation gilt, bei der sie zu Gast sind. Zum Beispiel drohten radikale Islamisten in Grossbritannien den Regierungen in Washington und London nicht nur mit neuen Anschlägen, falls diese den Irak angreifen sollten, sondern sie riefen auch weltweit alle Moslems dazu auf, gegen ihre «gemeinsamen Feinde» zu kämpfen.[20]

In Belgien bildeten sich im November 2002 sogar bereits arabische Bürgerwehren, die ihre Landsleute vor Übergriffen der Polizei schützen sollten. Der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt kündigte daraufhin an, dass man keine Zonen dulden werde, die für die Polizei tabu seien, weil sie von kriminellen Organisationen kontrolliert würden, die wiederum unter dem Schutz politischer Agitatoren stünden.[21]

In noch deutlicherem Ausmass zeigten die Unruhen, die im Oktober 2005 in Frankreich und im August 2011 in Grossbritannien ausbrachen, dass bereits alltägliche Polizeieinsätze genügen, um in den überfremdeten Metropolen der westlichen Welt ethnosoziale Aufstände mit Plünderungen, Brandstiftungen und Strassenschlachten ausbrechen zu lassen. In beiden Fällen waren die Unruhen von revolutionären Islamisten angeheizt worden, die im letzteren Fall sogar zum Sturz der britischen Regierung aufriefen. Unterstützt wurden sie dabei von den mit Moskau verbündeten «Schurkenstaaten» Iran und Libyen, die den UN-Sicherheitsrat offiziell dazu aufforderten, das Vorgehen der britischen Polizei gegen die zumeist jugendlichen Randalierer zu verurteilen.[22] Wie die juristische Aufarbeitung der Unruhen in Grossbritannien zeigte, waren zwei Drittel der Randalierer sogenannte «jugendliche Intensivstraftäter mit Migrationshintergrund», die bereits vor den August-Unruhen im Durchschnitt 15 Straftaten begangen hatten, für die sie jedoch zumeist nur Bewährungsstrafen erhalten hatten.[23] Zweifellos ist die westliche Justiz infolge der 68er-Revolte von einem «revolutionären Gerechtigkeitssinn» im Sinne Lenins durchdrungen, der zur Folge hat, dass die Ersatzproletarier unserer Tage stets auf äusserst milde Gerichtsurteile hoffen dürfen, die ihren Terror insofern «rechtfertigen» und «prinzipiell legalisieren», dass selbst Intensivstraftäter mit Verweis auf ihre «soziale Benachteiligung» kaum je ernsthaft zur Rechenschaft gezogen werden.[24]

Moskaus Agenten entfachen den «multikulturellen Konflikt»

Ein KGB/FSB-Überläufer mit dem Decknamen «Jewgeni» enthüllte am 6. Dezember 2015 in der ukrainischen Nachrichtensendung TSN interessante Details über den Hintergrund der britischen Unruhen vom August 2011. Laut «Jewgeni» haben die russischen Geheimdienste in den vergangenen Jahren zahlreiche Agenten in die islamischen Parallelgesellschaften der westlichen Staaten eingeschleust und mit ausreichend Finanzmitteln versorgt, damit sie in ihren muslimischen Gemeinden durch Spenden an Ansehen gewinnen und Einfluss auf ihr soziales Umfeld ausüben konnten. Die Aufgabe dieser Agenten sei es ausdrücklich, die öffentliche Ordnung der westlichen Staaten zu destabilisieren und den sogenannten «multikulturellen Konflikt» zu entfachen. Auf die Frage, ob die russischen Geheimdienste hinter den Londoner Unruhen steckten, antwortete er: «Wenn Sie die Unruhen von 2009, 2010 und 2011 meinen, als die Geschäfte geplündert wurden, so wurde das in Übereinstimmung mit den Plänen durchgeführt, die vom FSB (russischer Inlandsgeheimdienst) und dem SWR (russischer Auslandsgeheimdienst) vor langer Zeit ausgearbeitet worden sind. [...] Das wurde von denen gemacht, die das Geld bekommen und weitergegeben haben, um die Situation zu verschärfen und zu destabilisieren.»[25]

> Es braucht vielleicht nur sechs Wochen, um ein Land an den Rand der Krise zu bringen. [...] Und nach der Krise mit der gewaltsamen Veränderung der Machtstrukturen und der Wirtschaft folgt die Periode der sogenannten ‚Normalisierung', die unbegrenzt andauern kann. Die ‚Normalisierung' ist ein zynischer Ausdruck aus der sowjetischen Propaganda. Als die sowjetischen Panzer im Jahre 1968 in die Tschechoslowakei einmarschierten, sagte Genosse Breschnew: ‚Jetzt ist die Situation im Bruderstaat Tschechoslowakei normalisiert'. Genau das Gleiche wird in den Vereinigten Staaten geschehen, wenn man es all diesen Idioten erlaubt, das Land in die Krise zu stürzen, den Leuten alle Arten von Sozialleistungen und das Paradies auf Erden zu versprechen, die Wirtschaft zu destabilisieren, das Prinzip der freien Marktwirtschaft zu beseitigen und eine Big-Brother-Regierung in Washington an die Macht zu bringen, mit wohlwollenden Diktatoren [...], die den Leuten alles Mögliche versprechen.(E)
>
> *– KGB-Überläufer Yuri Bezmenov, 1984*

Seite 53

Das russische Manöver Sapad-2017 (Westen-2017) war vor wenigen Monaten vom Kreml offiziell als Anti-Terror-Übung deklariert worden. Doch wurde damit möglicherweise ein totaler Krieg gegen die NATO in Europa geübt, bei dem auch Luft- und Raketenangriffe gegen strategische Ziele in Deutschland simuliert wurden? NATO-Offizielle wie General Petr Pavel bezeichneten das Manöver als «ernsthafte Vorbereitung für einen grossen Krieg».

Weitere Hinweise auf eine Unterwanderung der islamischen Parallelgesellschaften in Europa durch russische «Schläfer» stammen von einem übergelaufenen KGB/FSB-Oberst mit dem Decknamen «Igor», der in einer ZDF-Dokumentation vom 8. Februar 2017 davor warnte, dass der russische Geheimdienst FSB jahrelang als Asylbewerber getarnte Agenten nach Deutschland geschleust habe. Er sagte: «Wenn ich der Chef des deutschen Verfassungsschutzes wäre, würde ich meinen Mitarbeitern sagen, sie sollten junge Sportler aus Tschetschenien, die als Asylbewerber ins Land gekommen sind und völlig unauffällig leben, viel genauer ins Visier nehmen. Für einige dieser Sportler haben wir Dokumente fabriziert. Meine Abteilung war daran beteiligt. Wir haben ihnen gefälschte Bescheinigungen über Strafurteile, polizeiliche Ermittlungen und so weiter ausgestellt, damit sie im Westen Asyl erhalten. So konnten sie glaubhaft machen, dass sie politisch verfolgt werden.»[26] **Der Präsident des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maassen äusserte sich daraufhin sehr zurückhaltend, dass eine grosse Zahl Asylsuchender aus dem Kaukasus jedenfalls nicht ohne Kenntnisse oder sogar Unterstützung der russischen Geheimdienste nach Deutschland gelangen könne. Seiner Einschätzung nach gehe es der russischen Seite «vielleicht in Teilen auch» darum, Deutschland «zu destabilisieren».**[27] Damit sprach der deutsche Verfassungsschutzchef etwas aus, das in Wirklichkeit sehr viel bedrohlicher und gefährlicher ist, als es sich zunächst anhören mag.

Auf die Phase der Destabilisierung folgt die Krise

Wie der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov schon in den 1980er Jahren vorwegnahm, bereiten die Sowjets mit einer genau definierten, nur wenige Jahre andauernden Phase der Destabilisierung planmässig den Kollaps der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vor, auf den im Konzept der kommunistischen Strategie eine nur wenige Wochen andauernde Krise folgt, die vom völligen Versagen der nationalstaatlichen Institutionen und dem Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit gekennzeichnet ist. Das heisst, auf die vorsätzliche Destabilisierung folgt planmässig die akute Krise, während der gesetzlose Anarchie und revolutionärer Terror herrschen.[28] Den strategischen Zweck dieses revolutionären Terrors hatte schon Lenin klar formuliert: «Der Guerillakrieg, ständige Streiks, die Abnutzung des Feindes in Strassenschlachten, mal an diesem Ort des Landes, mal an jenem Ort – diese Form des Kampfes hat bereits und wird auch weiterhin wichtige Ergebnisse erzielen. Kein Staat ist in der Lage, einen hartnäckigen Kampf dieser Art lange durchzuhalten, der die Wirtschaft zum Erliegen bringt, die völlige Demoralisierung der Bürokratie und der Armee bewirkt und Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation in allen Schichten des Volkes verbreitet.»[29] Sobald dieses Chaos erreicht sei, so Lenin weiter, werde aus diesem Chaos eine neue Ordnung entstehen, die Ordnung der Revolution, welche die höchste Form des Volksaufstandes sei.[30]

Wie der ehemalige Führungsfunktionär der kommunistischen Untergrundbewegung in den USA Philipp Abbot Luce erklärte, ist das Szenario eines völligen Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung für die meisten Amerikaner nahezu unvorstellbar, weshalb sie eine derartige, plötzlich ausbrechende Krise auch völlig unvorbereitet treffen wird, und dies gilt zweifellos auch für die meisten Europäer. Die Kommunisten sind sich dessen bewusst und setzen, wie Luce betonte, ausdrücklich auf diesen Überraschungseffekt.[31] Tatsächlich bestehen laut mehreren osteuropäischen Überläufern schon seit Jahrzehnten konkrete Pläne für den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in der gesamten westlichen Welt, die ständig aktuell gehalten werden und die Luce anhand der Planungen aus den 1960er Jahren wie folgt beschrieben hat:

«Sobald die massive Gewalt ausbricht, werden die USA zu einem Tollhaus von Verwirrung und Chaos. Die Fabrikarbeiter werden Angst haben, zur Arbeit anzutreten. Das ganze Transportwesen wird zum Stillstand kommen. Wichtige Pipelines werden unterbrochen und in die Luft gesprengt und Sabotage jeder Art wird auftreten. Gewalt und Terror werden sich wie ein Feuersturm ausbreiten. [...] Weil die Unruhen ein so grosses Ausmass annehmen, werden die amerikanischen Arbeiter, die davon an ihrem Arbeitsplatz überrascht werden, nach Hause zurückkehren um ihre Familien zu beschützen. Lastwagen und Züge werden die Versorgung der Ballungszentren einstellen. Die Wirtschaft wird im Chaos versinken. [...] Das neue Konzept der Revolution trotzt Militärwissenschaft und Taktik. Das neue Konzept setzt auf Blitzangriffe in hochempfindlichen Ballungszentren, bis das Chaos auch kleinere Städte und die ländlichen Gebiete erreicht. [...] Das neue Konzept schafft die Voraussetzungen, um die gesamte Gesellschaft zu treffen, ob sie am Aufstand teilnehmen will oder nicht. Es hält den Zustand der Verwirrung und der Zerstörung aufrecht. Es bringt die konterrevolutionären Kräfte durcheinander und macht die Staatsgewalt hilflos. Tagsüber finden vereinzelte Ausschreitungen statt und massenhafte Aktivität von Heckenschützen. Die Nacht bringt den totalen Krieg, organisierte Kämpfe und grenzenlosen Terror gegen die Unterdrücker und ihre Kräfte. Ein solcher Kampf wird in weniger als 90 Tagen das Ende der Unterdrückung und der sozialen Ungerechtigkeit in den USA bringen.»[32]

Wie Luce weiter ausführte, würden Polizei und Feuerwehr nicht mehr Herr der Lage werden, wenn der revolutionäre Terror an zahlreichen, willkürlich ausgewählten Orten in schneller Folge Anschläge und Überfälle verübt, um maximales Chaos und den vollständigen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung herbeizuführen. «In unseren Grossstädten», so erklärte Luce, «würde dieser Terror die Ge-

stalt wahlloser Morde und willkürlicher Zerstörung annehmen, um eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen. Die Taktik sieht vor, Bomben in U-Bahnstationen [...] während der Hauptverkehrszeit zu zünden und Züge anzuhalten [...] und die Fahrgäste als Geiseln zu nehmen. Zahlreiche Terrorkommandos würden Sprengstoff in Kaufhäusern und grossen Geschäftsgebäuden platzieren, in der Absicht, so viele Menschen wie möglich zu töten und zu verletzen.»[33] **Bemerkenswert ist, dass diese von Luce in den 1960er Jahren beschriebenen Pläne für den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung nahezu deckungsgleich sind mit entsprechenden Konzepten, die gegenwärtig in islamistischen Kreisen kursieren. Laut dem Al-Qaida-Überläufer Irfan Peci ist es keineswegs Zufall, dass «wichtige Al-Qaida-Ideologen wie Abu Musab Al-suri ihren Anhängern raten, Carlos Marighellas Anleitung zum Terror und auch die Schriften anderer kommunistischer Grössen wie Mao, Che Guevara und Fidel Castro genauestens zu studieren und für die dschihadistische Sache anzuwenden.» In islamistischen Pamphleten wird sogar zur aktiven Kollaboration mit Linksextremisten aufgerufen. Diese revolutionäre Kontinuität zwischen dem kommunistischen Untergrund früherer Jahrzehnte und dem gegenwärtigen islamistischen Terror gibt Aufschluss darüber, dass die eigentlichen Drahtzieher dieser Planungen eigentlich Marxisten sind.**

Putin beobachtete die Kriegsspiele in West- und Weissrussland aus sicherer Entfernung.

Auf die Krise folgt die Invasion östlicher «Friedenstruppen»

Tatsächlich wäre ein Szenario, wie Philipp Abbot Luce es beschrieben hat, allein durch spontane Aufstände radikalisierter Minderheiten nicht realisierbar. Der völlige Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung erfordert geheimdienstliche Koordinierung und den Einsatz eigens dafür ausgebildeter Spezialkommandos, die den islamistischen Terror und den allgemeinen Aufruhr während der akuten Krise als Deckmantel nutzen, um die strategisch wichtige Infrastruktur eines westlichen Staates gezielt zu zerstören. Sabotageakte an unbedeutenderen Zielen würden von lokalen Terrorzellen durchgeführt, während strategisch entscheidende Ziele durch Speznaz-Kommandos des sowjetrussischen Militärgeheimdienstes GRU angegriffen würden. Vor allem die Energieversorgung, das Nachrichtenwesen und wichtige Verkehrsknotenpunkte wie Brücken, Tunnels und Eisenbahneinrichtungen sind Ziel derartiger Sabotagekommandos, aber auch die Wasserversorgung ist ein wichtiges Ziel, mit dem der Wille und die Fähigkeit zum Widerstand der angegriffenen Nation lahmgelegt werden soll. Wie mehrere Überläufer berichteten, existieren detaillierte Pläne, die Wasserversorgung wichtiger westlicher Metropolen entweder zu unterbrechen oder sogar zu vergiften. Die entsprechenden Substanzen würden in geheimen Depots bereits vor Ort auf ihren Einsatz warten.[34]

Wie der US-Politologe Jeff Nyquist ergänzte, würden derartige Anschläge und Sabotageakte ausdrücklich unter dem Deckmantel des islamistischen Terrors getarnt. Wenn nicht nur die Öffentlichkeit, sondern insbesondere die politischen und militärischen Entscheidungsträger der westlichen Welt durch die gezielte Verbreitung entsprechender Desinformation lange genug konditioniert würden, dass sie einen islamistischen Anschlag mit Massenvernichtungswaffen erwarten, wären sie nicht darauf vorbereitet, die Angriffe sowjetrussischer Speznaz-Kommandos, die einem militärischen Überraschungsangriff vorausgehen, richtig zu interpretieren und entsprechend zu reagieren.[35] **All die Anschläge und Sabotageakte, die vor dem Hintergrund der politischen Krise die öffentliche Ordnung erschüttern, zählen beim sowjetrussischen Militärgeheimdienst GRU zur Vorbereitungsphase einer militärischen Invasion, die inoffiziell «Ouvertüre» genannt wird,** was der GRU-Überläufer Suworow entsprechend dem Stand der Planungen von 1978 wie folgt erläuterte: **«Ouvertüre ist eine Serie grosser und kleiner Operationen mit dem Zweck, noch vor dem Ausbruch militärischer Kampfhandlungen die Moral des Gegners zu schwächen, eine Atmosphäre allgemeiner Verdächtigung, Furcht und Unsicherheit zu schaffen und die Aufmerksamkeit von den gegnerischen Armeen abzulenken und die Polizeikräfte auf eine riesige Zahl verschiedener Ziele aufzusplittern, von denen jedes vom nächsten Anschlag betroffen sein könnte.** Ouvertüre wird von Agenten der Geheimdienste sowjetischer Satellitenstaaten ausgeführt. In diesem Stadium handelt es sich um Grauen Terror, der auf keinen Fall im Namen der Sowjetunion ausgeführt wird. Die sowjetischen Geheimdienste hinterlassen zu diesem Zeitpunkt weder ihre eigenen noch die Visitenkarten anderer. Der Terror wird im Namen bereits bestehender Extremistengruppen durchgeführt, die in keiner Weise mit der Sowjetunion in Verbindung stehen oder aber im Namen fiktiver Organisationen. Die GRU versucht die Zwischenfälle dieser Phase als natürliche Unglücke, menschliches Versagen oder Terroranschläge zu tarnen.»[36] Unterstützt wird die Ouvertüre laut Suworow durch eine zeitgleich stattfindende Propaganda- und Desinformationsoffensive, die sich hauptsächlich gegen westliche Politiker und Militärs richtet und die für zusätzliche Verwirrung sorgen soll. Dazu wird den Medien plötzlich kompromittierendes Material zugespielt und echte oder gefälschte Skandale kommen ans Licht, die das Vertrauen der westlichen Öffentlichkeit in ihre staatlichen Institutionen untergraben und erschüttern sollen. **Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass tatsächlich bereits seit einiger Zeit durch die russische Propaganda gezielt die Vorstellung verbreitet wird, «Russland» werde Europa irgendwann «vor den Moslems retten», was als psychologische Vorbereitung einer zukünftigen Invasion verstanden werden muss, die auf dem Höhepunkt flächendeckender ethnosozialer Unruhen zu erwarten wäre.**

Dem russischen Zapad-Manöver gingen Kriegsspiele der NATO in Ungarn, Rumänien und Bulgarien voraus, doch wie bereits in der ExpressZeitung Ausgabe 06/April 2017 - Thema: Weltregierung - erläutert, wird die Schaffung eines globalen Regimes unter Kontrolle der UN von westlichen wie östlichen Regierungen gleichermassen gefördert. Sind Russland und der Westen also nur zwei Seiten derselben globalistischen Medaille?

Fortsetzung auf Seite 56

Fortsetzung von Seite 55

Die finale Invasion

Eine im Jahr 1999 von zwei Offizieren der rotchinesischen Armee unter dem programmatischen Titel «Unbegrenzte Kriegsführung» verfasste Schrift stellt unter Beweis, dass das klassische Konzept der kommunistischen Übernahme eines westlichen Staates – von der planmässigen Destabilisierung über die Krise bis zur Invasion – zwar nach wie vor gültig ist, aber mittlerweile um die Methoden der Cyberkriegsführung erweitert wurde, so dass sich in etwa nachfolgendes Szenario ergibt. Die rotchinesischen Offiziere schrieben: «Wenn es dem Angreifer gelingt, grosse Mengen Kapital aufzubringen, ohne dass die gegnerische Nation dies bemerkt und er einen heimlichen Angriff gegen seine Finanzmärkte beginnt, womit er eine Finanzkrise verursacht und er – nachdem er zuvor einen Computervirus mit einem Hackerzugang im Computersystem des Gegners installiert hat – einen Netzwerkangriff gegen den Gegner durchführt, der sein ziviles Elektrizitätsnetz, sein Verkehrsnetz, sein Finanztransaktionsnetz und seine Massenmedien vollständig lahmlegt, dann wird das die gegnerische Nation ins soziale Chaos stürzen, Krawalle auf den Strassen verursachen und eine politische Krise auslösen. Dann folgt anschliessend das gewaltsame Niederringen durch die Armee, bei dem stufenweise militärische Mittel eingesetzt werden, bis der Gegner zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen wird.»[37] **Um die anschliessende Invasion formell legitimieren und als «Friedensmission» ausgeben zu können, bedient sich die kommunistische Strategie einer eigens zu diesem Zweck gebildeten Marionettenregierung, die sich während der Krise zur provisorischen Regierung des im Chaos versinkenden Landes erklärt und deren einzige Amtshandlung darin besteht, eine Intervention östlicher Friedenstruppen zur «Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung» herbeizurufen. Es ist bemerkenswert, dass sich die Streitkräfte Russlands und Chinas schon seit Jahren in regelmässigen Militärmanövern auf ein genau solches Szenario vorbereiten. Zum Beispiel hatte bereits das erste Militärmanöver der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SZO) im Jahr 2005 unter dem Namen «Friedensmission 2005» ein Szenario zur Grundlage, bei dem ein Drittland wegen schwerer ethnosozialer Unruhen um Hilfe bat, woraufhin ein von der UN mandatierter Einsatz russischer und chinesischer Truppen erfolgte.** An diesem als «Anti-Terror-Einsatz» bezeichneten Manöver waren nicht nur Bodentruppen, sondern auch Kriegsschiffe und strategische Bomber beteiligt.[38]

In ähnlicher Weise war auch das russische Manöver Sapad-2017 (Westen-2017) vor wenigen Monaten vom Kreml offiziell als Anti-Terror-Übung deklariert worden. In Wirklichkeit wurde damit jedoch ein totaler Krieg gegen die NATO in Europa geübt, bei dem auch Luft- und Raketenangriffe gegen strategische Ziele in Deutschland simuliert wurden. Die russischen Sapad-Manöver finden regelmässig statt, und in der Vergangenheit war dabei trotz der üblichen Bezeichnung als Anti-Terror-Übung auch der Einsatz von Atomwaffen geübt worden. **Es ist offensichtlich, dass die Staaten Westeuropas einem derartigen russischen «Anti-Terror-Einsatz» auf dem Höhepunkt flächendeckender bürgerkriegsähnlicher Zustände kaum etwas entgegenzusetzen hätten, so dass das Endergebnis der Destabilisierung Europas die uneingeschränkte, militärisch erzwungene Kontrolle Moskaus über den eurasischen Kontinent wäre.** Welche Zustände in der dann folgenden Phase der «Normalisierung» zu erwarten wären, beschrieb der russische Dissident Andrei Navrozov mit den Worten: «Selbst ein Augenzeuge der Verbrechen Pol Pots wäre nicht in der Lage, sich die Hölle auf Erden vorzustellen, die ein entfesselter [sowjetrussischer] Totalitarismus, der von aussen nicht begrenzt wird, auf dem Territorium zwischen Island und Japan errichten wird.»[39]

> Die islamistische Gefahr ist ein Nebenprodukt des Kalten Krieges. Die Islamisten hätten niemals zu einer ernsthaften globalen Bedrohung werden können, wenn sie nicht von den Kommunisten unterstützt würden.
>
> *Pavel Stroilov, russischer Dissident, 2011*

Weltoktober - Wer plant die sozialistische Weltregierung?

304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027

Am Vorabend der Weltrevolution - Moskaus Strategie für die Neue Weltordnung

192 Seiten
ISBN 978-3-946168-102

Torsten Mann, Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite www.weltoktober.de.

Quellen:

Zitate:
(A) Karl Marx 1950 - Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850
(B) Lenin, V., "Guerrilla Warfare." Collected Works (Progress Publishers, Moscow, 1965), vol. 11, p. 223.
(D) Report of the Central Committee of the CPSU to the XXVI Congress of the CPSU S.19
(E) Edward Griffin - Soviet subversion of the free world press a conversation with Yuri Bezmenov
(F) Der Pate des Kreml S.383
(G) Chronicles Magazine Dezember 2001 - Who needs Islamic Fundamentalism?
(H) TheNewamerican.com 02.10.2012 - Russian Red Jihad

Text:
(1) Red Cocaine S.45
(2) vgl. Subversion of the Innocents S.179ff
(3) Subversion of the Innocents S.179ff
(4) Behind the Desert Storm S.34ff / S.92f
(5) Report of the Central Committee of the CPSU to the XXVI Congress of the CPSU S.19
(6) Speznas S.83
(7) Speznas S.84f
(8) Speznas S.81
(9) Lenin, 13. September 1905: Von der Verteidigung zum Angriff
(10) Lenin, Werke, Bd.9, S.343f
(11) Through the Eyes of the Enemy S.80f
(12) Behind the Desert Storm S.157
(13) Ntv.de 19.9.2001 - Gorbatschow bei n-tv »Nicht mit Terror auf Terror antworten«
(14) Ntv.de 19.9.2001 - Gorbatschow bei n-tv »Nicht mit Terror auf Terror antworten«
(15) Mein Manifest für die Erde S.33f
(16) de.sputniknews.com 25.11.15 - Gegen Terrorismus: Gorbatschow schlägt internationalen Anti-Terror-Pakt vor
(17) The New American 8.4.2002 - Putin: Prophet or Provocateur? / vgl. Behind the Desert Storm S.157
(18) Soviet Analyst Vol. 27 Nr. 8-9
(19) Soviet Analyst Vol. 27 Nr. 8-9
(20) Denver Post August 26, 2002 - Al-Qaeda rallies in London
(21) Euronews.net November 2002 - Arabische Bürgerwehr in Belgien gegen Polizei-Übergriffe
(22) Handelsblatt.de 11.08.2011 - Islamisten rufen zu Sturz der britischen Regierung auf
(23) Kopp online 6.09.2011 - Schockierende Wahrheit über London-Krawalle
(24) vgl. Lenin, V., Letter to D.I. Kursky (May 17, 1922). Sochineniya, vol. 33 (1951), pp. 321-322.
(25) Unian.info 07.12.2015 - Ex-FSB officer to TSN.Tyzhden: Russia involved in London, Paris attacks, ISIS
(26) Spiegel 6/2017 - Putins Schläfer
(27) Spiegel 6/2017 - Putins Schläfer
(28) Yuri Bezmenov News Word International Correspondence Feb 22-24 (1979?)
(29) Lenin, V., »Days of Bloodshed in Moscow« Collected Works, vol. 9, S.340.
(30) Lenin, V., »Guerrilla Warfare« Collected Works, vol. 11, S.176
(31) Road to Revolution S.12
(32) Road to Revolution S.27f
(33) Road to Revolution S.35
(34) Paris Match 14.8.1971, S.58-70; Through the Eyes of the Enemy S.29
(35) FSO Global Analysis J.R. Nyquist 18.9.2003 - »Waiting for the Big One«
(36) Speznas S.153ff
(37) Unrestricted Warfare S.122f
(38) Chinadaily.com14.6.2014 - SCO to promote security coop
(39) The Coming Order S.46f